

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 48 vom 3. Dezember 1982

16. Jahrgang

1 DM

Millionenbeträge aus der „schwarzen Kasse“

Bonner Politiker von Flick geschmiert

Strauß mit 950 000 Mark dabei

In seiner diesen Montag erschienenen Ausgabe veröffentlichte der „Spiegel“ Auszüge aus den Vernehmungen der Staatsanwaltschaft Bonn in Sachen Flick-Spendenaffäre. „Jahrelang“, so schreibt das Magazin, „streuten Flick-Abgesandte, vor allem der persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafter von Brauchitsch, Millionenbeträge unter Politiker aller großen Parteien, um sie gewogen zu stimmen.“

Die Enthüllungen des „Spiegels“ schlugen wie eine Bombe ein. Daß all das inzwischen der Staatsanwaltschaft vorliegende Beweismaterial gegen die Hauptbeschuldigten in der Affäre außerordentlich brisant sein mußte — dafür hatte es bereits in der vergangenen Woche vermehrte Anzeichen gegeben. So meldete die Nachrichtenagentur dpa, die Bonner Staatsanwälte hätten durchblicken lassen, daß die Verdachtsmomente gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff und seinen Amtsvorgänger Friderichs, sowie gegen die Flick-Manager von Brauchitsch, um Anklage wegen „Vorteilsnahme“ bzw. „Bestechung“ zu erheben.

Das Bundeswirtschaftsministerium teilte mit, daß gegen den Flick-Konzern ein Verwaltungsverfahren eingeleitet worden sei. Der Grund: Verdacht auf Steuerhinterziehung in Höhe von 450 Millionen Mark. Und Konzerninhaber Friedrich Karl Flick reagierte auf diese Entwicklungen mit einem spektakulären Paukenschlag: Er feuerte seine beiden Top-Manager von Brauchitsch und Vogels. Dieser Schritt wurde zwar mit einer Straffung der Konzernspitze begründet, die jüngsten „Spiegel“-Enthüllungen jedoch zeigen eindeutig, daß Flick sich jetzt genötigt sah, seine Manager zu opfern, um selbst den Kopf aus der Schlinge ziehen zu können. So hat denn der Konzernboß in seiner Aussage vor der Staatsanwaltschaft alles auf von Brauchitsch geschoben. Er selbst habe einfach nur blind alles unterschrieben, was der ehemalige Manager ihm vorgelegt habe. „Mit Sicherheit“, so heißt es im Vernehmungsprotokoll, „war Herrn Dr. Flick gegenüber mit keinem Wort davon die Rede, daß es sich hierbei um Zahlungen an Amtsträger handelte.“

Um welche Amtsträger es sich handelt und wieviel sie kassiert haben, darüber gibt ein Vermerk der Staatsanwaltschaft vom 23. Februar diesen Jahres detaillierte Auskunft:

„a) An den ehemaligen

Bundesminister für Wirtschaft Dr. Hans Friderichs in Höhe von insgesamt 365 000,— DM, b) an den Bundesminister für Wirtschaft Dr. Otto Graf Lambsdorff in Höhe von insgesamt 165 000,— DM,

c) an den Bundesminister der Finanzen Hans Matthöfer in Höhe von 40 000,— DM,



Konzernboß Flick

d) an den ehemaligen Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und jetzigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages Dr. Horst-Ludwig Riemer in Höhe von insgesamt 71 200,— DM,

e) an den ehemaligen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und jetzigen Staatssekretär im Bundeskanzleramt Manfred Lahnstein in Höhe von 35 000,— DM.“

Diese Zahlungen wurden geleistet, weil sich die genannten Herren um die Vermehrung des Flickschen Milliardenvermögens verdient gemacht hatten. Es ging dabei — der RM berichtete darüber — um den Erlös aus einem von Flick 1975 für 2 Milliarden Mark verkauften Aktienpaket des Daimler-Konzerns. 1,5 Milliarden aus diesem Verkauf konnte Flick im eigenen Unternehmen bzw. zum Erwerb der Aktienmehrheit des Gerling-Konzerns und zum Einkauf in das US-Unternehmen Grace anlegen, ohne auch nur eine Mark der normalerweise fälligen Steuer zu zahlen, die immerhin alles in allem 800 Millionen Mark ausgemacht hätte.

Möglich wurde dieses Millionen Geschenk für einen der

reichsten Männer in diesem Land dadurch, daß allen hier erwähnten Investitionen „volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit“ bescheinigt wurde. Und dafür kann nach dem § 6b des Einkommensteuergesetzes bzw. dem § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes Steuerfreiheit gewährt werden. Es bedarf dazu allerdings einer politischen Entscheidung von höchster Stelle: Ob eine solche Förderungswürdigkeit vorliegt oder nicht, darüber befindet der Bundeswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister.

Nun fragt sich ein normaler Mensch natürlich mit Recht, worin denn die „volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit“ besteht, wenn sich ein westdeutscher Milliardär einen amerikanischen Konzern unter

Fortsetzung auf Seite 2

Demonstration am 4. Dezember in Bonn

Hände weg vom Bafög!

BONN. — Am 4. Dezember um 13 Uhr beginnt in Bonn die Demonstration gegen die von der Bundesregierung geplante weitgehende Streichung der Ausbildungsförderung. Ein zunächst ausgesprochenes Verbot mußte zurückgenommen werden.

In zwei Marschsäulen werden die Demonstranten zum Hofgarten ziehen. Treffpunkt für NRW, Westberlin, Bayern und Saarland ist die Josefshöhe, für alle anderen die Kennedy-Brücke in Beuel. In Beuel treffen auch alle Sonderzüge ein.

Die Kommunistischen Studenten, der Hochschulverband unserer Partei, hat auch zu dieser Demonstration aufgerufen und mobilisiert. In der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung „Zwischenruf links“ stellen die Genossen dar, wie die beabsichtigten Maßnahmen ein Studium für Arbeiterkinder quasi unmöglich machen. Sie schreiben



Vor dem Innenministerium in Bonn —

demonstrieren am Montag verschiedene Umweltschutzgruppen. Im Ministerium begann an diesem Tag eine Anhörung zur sogenannten GVO (Großfeuerungsanlagen-Verordnung) mit der eigentlich die Abgabe von Schwefeldioxid bei Großfeuerungsanlagen reduziert werden sollte. Zu Recht befürchteten mit vielen anderen auch die Teilnehmer dieser Aktion, daß hier vor einem Forum schöne Phrasen gedroschen werden und sich dann nichts ändert.

Lohnforderung der IGM/Baden-Württemberg

Im Gespräch: 7,5%, mindestens 135 DM

STUTTGART. — Am 13. Dezember treten die drei baden-württembergischen Tarifkommissionen der IG Metall zusammen, um über die Lohnforderung 1983 Beschluß zu fassen. Wird die Forderung der schwäbischen IGM-Funktionäre lauten: 7,5 Prozent, mindestens 350 Mark? Auf einen derartigen Beschluß deutet der bisherige Verlauf der Diskussion hin.

Am 24. 11. sprachen sich mehr als 300 Funktionäre der Ortsverwaltung Stuttgart der IG Metall für eine 7,5-Prozent-Forderung sowie für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen aus. Für 7,5 Prozent mehr Lohn plädierte auch der IGM-Vertrauenskörper bei Opel/Rüsselsheim in Hessen. Am vergangenen Montag (29. 11.) berieten sich dann die drei baden-württembergischen Tarifkommissionen über die Lohnforderung. Wie verlautet, soll die Meinungsbildung zu der Forderung „7,5 Prozent, mindestens 135 DM“ geführt haben.

Der IGM-Vorstand will seine „Forderungsempfehlung“ offenbar am 20. Dezember herausgeben. Es besteht also die Wahrscheinlichkeit, daß die

schwäbische IGM sich bereits eine Woche vorher festlegt. Das wäre in der IGM ein Novum.

Es wird spekuliert, daß man in der Frankfurter IGM-Zentrale an eine Forderung um 6,5 Prozent denkt. Damit wären gegenüber der letzten Lohnrunde von vornherein Abstriche gemacht! Die Versicherung Loderers, die Reallohnsicherung sei in diesem Jahr unverzichtbares Ziel, wäre bei einer solchen Forderung nicht mehr ernst zu nehmen.

Auch 7,5 Prozent, mindestens 350 Mark, läge als Forderung bereits sehr niedrig. Aus einer Reihe von Betrieben waren von IGM-Vertrauenskörpern 200 DM Festgeld oder aber zwischen 9,5 und 11 Prozent gefordert worden.

Diese Woche

Magirus Deutz

Nach Massenentlassungen im Mainzer Werk haben die Bosse von Magirus nun auch die Vernichtung von mehr als 1300 Arbeitsplätzen im Ulmer Hauptwerk angekündigt. Seite 3

35-Stunden-Woche

RM-Serie zu einer der wichtigsten Forderungen des gewerkschaftlichen Kampfes. Seite 4.

Werftkrise

Erklärung der KPD zur Situation in der Werftindustrie. Seite 5.

Zimmermann beim BKA

Der neue Bundesinnenminister stellt die Weichen für den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats. Seite 7.

Neuer Anlauf

der belgischen Regierung ihr „einmaliges“ Kahlischlagprogramm gegen den Widerstand durchzusetzen. Seite 10.

Irland

Interview mit zwei Genossen der IRSP über den Befreiungskampf in Irland. Seite 11.

Schwarz-Schilling

Kohls Postminister ist wieder ins Gerede gekommen: Seine frühere Firma drängt jetzt auf Aufträge von der Post. Seite 12.

abschließend:

„Übrig bleiben diejenigen, deren Eltern locker den monatlichen Scheck verkraften können. Für alle anderen, die es dennoch wagen, werden zusätzliche ‚Rahmenbedingungen‘ ihr übriges tun, um auch weiterhin die soziale Auslese innerhalb des Studiums zu ‚garantieren‘. Deshalb ist für uns die Bafög-Frage auch nicht irgendeine unter anderen. Es geht nicht nur die direkt Betroffenen an. Für alle, denen Chancengleichheit keine hohle Phrase ist, für die Bildung zum grundlegenden demokratischen Recht zählt, die nicht damit einverstanden sind, daß die Hochschulen wieder zum alleinigen Privileg der Reichen werden, ist die Frage nach den sozialen Bedingungen vom Studium ebenso naheliegend. (...) Es ist tatsächlich eine der Bewährungsproben der Studentenbewegung.“

Dieser Kampf verdient die Unterstützung aller Werktätigen.



Bonner Politiker von Flick geschmiert

Fortsetzung von Seite 1

den Nagel reißt, um sein Imperium auszuweiten. Für die Bonner „Amtsträger“ jedoch war das kein Problem. Für sie reichte der im Fall einer Flick-Beteiligung am amerikanischen Grace-Konzern zu erwartende Technologie-Transfer in die BRD aus, um den § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes anzuwenden und Flick die gewünschte „Förderungswürdigkeit“ zu bescheinigen (Steuerersparnis: 450 Millionen Mark).



Belasteter Minister Lambsdorff, Vorgänger Friderichs

Die Bonner Staatsanwaltschaft stellte im Zuge der Durchsuchungen im Flick-Konzern Material sicher, aus dem hervorgeht, daß es diesen Technologietransfer nie gegeben hat. Es wurde bei der Steuerbefreiung also nicht einmal den ohnehin die Monopole begünstigenden Gesetzen Genüge getan. Selbst darüber setzten sich die zuständigen Bonner Minister noch hinweg, um sicherzustellen, daß der Milliardär von der Steuer unbehelligt blieb.

Was für ein Verhältnis zwischen dem Flick-Konzern und seinen Bonner Vertrauensleuten bestand, erhellt aus einer Notiz, in der von Brauchitsch befriedigt feststellt, daß ihm Ex-Wirtschaftsminister Friderichs „zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung“ stehe. Das hatte ihm der Minister persönlich versichert. Und als Friderichs dann aus seinem Ministersessel zur Dresdner Bank überwechselte, sorgte er im Gespräch mit von Brauchitsch für seinen Nachfolger vor. Dazu notierte der frühere Flick-Manager: „Lambsdorff ist sehr hilfreich für die Politik Friderichs im Verhältnis zur

Wirtschaft. Deshalb bittet Friderichs, daß Lambsdorff gut behandelt wird.“ Und das wurde er denn ja auch: Nach der oben angeführten Aufstellung der Staatsanwaltschaft mit 165 000 Mark.

Problematischer als zu den beiden FDP-Wirtschaftsministern gestalteten sich die Beziehungen des Flick-Konzerns zur SPD-Spitze. Und zumindest der sozialdemokratische Finanzminister Matthöfer mußte ja seine Zustimmung zu den Steuerbefreiungsaktionen geben. In der

ster Nau — RM); er war bereits über die Intervention bei Wi. (Wischnewski) unterrichtet und wird in Abstimmung mit W.B. (Brandt) auch seinerseits den erforderlichen positiven Hinweis an Ma. (Matthöfer) geben. Er bleibt an der Sache dran. Im übrigen habe ich die mit dir abgestimmte Angelegenheit in deinem Namen mit ihm geregelt.“

Matthöfer gab schließlich seine Zustimmung zur Steuerbefreiung. Diese Entscheidung wurde ihm, siehe oben, durch eine persönliche Spende von 40 000 Mark versüßt. Wesentlich wichtiger aber war — um die SPD-Spitze insgesamt gefügig zu machen — die in von Brauchitschs Vermerk angesprochene mit Flick „abgestimmte Angelegenheit.“ Und dabei handelte es sich um eine Spende an die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung in Höhe von sage und schreibe 4,5 Millionen Mark. Diese Summe dürfte im reichlichen Fluß der Flickschen Schmiergelder einen Rekord darstellen. Und sie brachte selbst den großen Boß in Rage, der sie eine „maßlose Schenkung“ nannte.

Flick an von Brauchitsch: „Als vor langem einmal von einer Zuwendung in dieser Richtung die Rede war, ging ich selbstverständlich davon aus, daß sie sich im üblichen Rahmen bewegt.“

In welches Licht bringst du das Haus, wenn wir 6b-Anträge laufen haben und gleichzeitig in die Richtung dieser Regierung Wohltaten dieser Größenordnung ausschütten ...“

Möglicherweise hat Flick hier schon kalte Füße bekommen, weil der von ihm selbst bestätigte Zusammenhang zwischen der Millionenspende und der angestrebten Steuerbefreiung nach § 6b allzu offensichtlich war. Und sicher fand er auch die Großzügigkeit, die sein Manager der SPD gegenüber an den Tag legte, für übertrieben. Sie war zwar Regierungspartei, man hatte sich mit ihr zu arrangieren und gewissen Entschei-

Buchführung, eine inoffizielle außerhalb der normalen Buchführung und eine „schwarze Kasse“, die sich im wesentlichen aus einem groß angelegten Steuerbetrug speiste. Vor allem aus dieser „Schwarzen Kasse“ sind, unabhängig von bestimmten aktuellen politischen Entscheidungen, in schöner Regelmäßigkeit Gelder an Politiker geflossen, auf die es dem Flick-Konzern ankommt.

Und wen sollte es wundern, daß hier — vor Dregger, Biedenkopf und vielen anderen — an erster Stelle Franz Josef Strauß zu finden ist? Die Verflechtung zwischen Konzern und Strauß-Partei wurde spätestens zu dem Zeitpunkt auch nach außen sichtbar, als der Flick-Topmanager Pohle sich der CSU als Schatzmeister zur Verfügung stellte. Als Franz Josef Strauß (der ja im übrigen auch schon mal auf der Flick-Yacht seinen Urlaub verbringt) von der Bonner Staatsanwaltschaft zur Vernehmung gebeten wurde, machte er aus einer „engen freundschaftlichen Beziehung“ zu dem verstorbenen Kriegsverbrecher Flick sen. wie auch zum jetzigen Konzerninhaber kein Hehl.

Der vernehmende Staatsanwalt legte Strauß daraufhin die folgenden Aufzeichnungen aus dem beschlagnahmten Hefter „CSU“ des Flick-Konzerns vor: „21.4.75 Ka/vB. wg F.J.S. 200 000,— 12.7.76 Dr. FKF wg F.J.S. 250 000,— 11.7.78 Dr. FKF wg F.J.S. 250 000,— 24.10.79 Dr. FKF wg F.J.S. 250 000,—“

Die Aufzeichnungen sind leicht zu entschlüsseln: Das Kürzel hinter dem Datum bezeichnet jeweils den Überbringer des genannten Betrags an Strauß, und zwar den früheren persönlich haftenden Gesellschafter Kaletsch, von Brauchitsch und schließlich Friderich Karl Flick selbst. Innerhalb von fünf Jahren hat Strauß also nahezu eine Million Mark kassiert; daneben nehmen sich



Flick-Produkt Leopard 2

dungen mit plazierten Schecks nachzuhelfen. Aber das mußte doch im Rahmen bleiben.

Den vom „Spiegel“ enthüllten Vernehmungsprotokollen ist zu entnehmen, daß Flick — was seine grundlegenden Interessen betrifft — auf ganz andere Figuren als Matthöfer oder Nau setzt. Denn die Spendenaffäre im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung, das ist durch diese Enthüllungen in dankenswerter Klarheit deutlich geworden, stellt nur die Spitze des Eisbergs dar; sie ist nur ein Teil der vielfältigen Aktivitäten des Konzerns, unmittelbaren Einfluß auf den Staatsapparat zu nehmen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis hat der Konzern drei Kassen geführt; eine offizielle mit normaler



Strauß: Schmiergelder von Flick persönlich kassiert

Flick-Affäre

Entlastungsmanöver der Schmiergeld-Empfänger

Strauß hetzt gegen Ermittlungsbehörde

Bundesregierung und SPD zeigten sich einig: Die „Spiegel“-Enthüllungen über die Flick-Affäre, so urteilten übereinstimmend Regierungssprecher Stolze und Kanzlerkandidat Vogel, seien „überaus bedenklich“. Aber damit meinten sie nicht etwa die jetzt enthüllten Fakten über die Flickschen Schmiergeld-Aktionen, sondern die Tatsache, daß diese Fakten nun an die Öffentlichkeit gebracht wurden.

Ob Justizminister Engelhard oder CDU-Führer Biedenkopf — alle schlugen zu Beginn der Woche in die gleiche Richtung. Da wurden die Enthüllungen als Verstoß „gegen unseren Rechtsstaat“ verurteilt, wurden „trübe Gewässer des Rufmords“ ausgemacht, und Schmiergeld-Empfänger Biedenkopf („Hier werden unbescholtene Bürger an den Pranger gestellt“) forderte gar den Rücktritt von NRW-Ministerpräsident Rau und Justizministerin Donneppe als den Vorgesetzten der Bonner Staatsanwälte.

Da konnte natürlich auch Strauß nicht fehlen, der — wie man jetzt weiß — mit fast einer Million aus der „Schwarzen Kasse“ des Flick-Konzerns finanziert wurde. Er hetzte gegen die „kriminellen Elemente im Dunstkreis der Staatsanwaltschaft“, die angeblich für die Veröffentlichung der Vernehmungsprotokolle gesorgt hätten. So soll jetzt also aus

schwarz weiß gemacht werden. Kriminell sind die Ermittler und die Informanten des „Spiegel“ und nicht etwa Flick und seine Manager bzw. die von ihnen gekauften Politiker.

Die Manöver, mit denen sich Strauß und andere jetzt aus der Affäre ziehen wollen, sind allzu durchsichtig. Und was diesen Leuten vor allem Angst macht, hat Biedenkopf ausgesprochen, als er jammerte, durch die Veröffentlichungen sei „die innere Ordnung unseres Landes bedroht.“ Denn tatsächlich sind ja die jüngsten Enthüllungen wirklich geeignet, den demokratischen Schein dieser Ordnung nachhaltig zu zerstören und sie als das zu demaskieren, was sie in Wahrheit ist: Ein System der bürgerlichen Herrschaft, in dem sich die Monopole den Staatsapparat eben auch dadurch unterordnen, indem sie sich reihenweise „Volksvertreter“ als Vollstrecker ihrer Interessen kaufen.

Initiative für Linke Liste in Schleswig-Holstein

Presseerklärung

Am 17. November tagte zum zweiten Mal in Neumünster eine linke Wahlkonferenz zum Thema der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Anwesend waren Vertreter und Mitglieder von Organisationen und Initiativen (u.a. KPD, Initiative Demokratische Sozialisten, DKP, Alternative Liste Neumünster, MLPD, Friedensinitiative Kiel-Ost, Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau Kücknitz) und unorganisierte Teilnehmer.

Ergebnis der Beratung, das von den meisten Anwesenden begrüßt wurde, war, gemeinsame Absicht, zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein die Aufstellung einer linken Liste anzustreben. Die Konferenz bildete einen Sprecherausschuß, in den unter anderen aus den Orten Neumünster, Lübeck und Kiel die Gewerkschafter bzw. Betriebsräte Alfred Westphal, Törk Hansen und Karl-Ludwig Johannsen bestimmt wurden.

Es wurden die Grundzüge einer gemeinsamen Plattform diskutiert. Schwerpunkt bildete

hier die Diskussion über den dringenden Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialabbau. Man war sich weitgehend einig, daß man an die Stelle der Politik „Den Reichen geben und Armen nehmen“ eine Politik nach dem Grundsatz „Die Reichen sollen die Krise zahlen“ setzen wolle. Die Sorge über die wachsende Ausländerfeindlichkeit und andere antidemokratische Entwicklungen bestimmte weiterhin die Diskussion über die Plattform.

Der Sprecherausschuß hat inzwischen einen Vorschlag einer Grundsatzklärung als Ergebnis der bisherigen Diskussion erarbeitet. Diese soll auf örtlichen Veranstaltungen zur Gründung der Linken Liste vorgestellt werden. Für Dezember ist dann die Formierung der Liste nach den Erfordernissen der Wahlbestimmungen vorgesehen.

Im Auftrag des Sprecherausschusses, Törk Hansen, Hochstr. 63, 2400 Lübeck, (Tel.: (0451) 406188)

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Im März dieses Jahres: Die Belegschaft des Omnibuswerkes von Magirus-Deutz in Mainz protestiert mit Warnstreiks und Demonstrationen gegen die beabsichtigte Stilllegung des Werkes. „Heute Mainz — Morgen Ulm“, heißt es warnend auf einer Schrifttafel. Inzwischen hat sich diese Warnung voll bestätigt: Massenentlassungen in Ulm sind bereits angekündigt.

Massenentlassungen bei Magirus-Deutz

Werk Ulm mit 7700 Beschäftigten droht Stilllegung!

ULM. — Bei Magirus-Deutz in Ulm haben die Kapitalisten die Entlassung von 1350 Arbeitern und Angestellten angekündigt. Darüber hinaus gibt es klare Hinweise dafür, daß dem Ulmer Werk im kommenden Jahr die Stilllegung drohen könnte. Außerdem soll auch das Mainzer Omnibuswerk, in dem jetzt noch 920 Personen beschäftigt sind, in nächster Zeit vollends stillgelegt werden.

Gegenwärtig sind im Nutzfahrzeug-Werk von Magirus-Deutz in Ulm (das übrigens direkt neben dem inzwischen stillgelegten Werk von Videocolor liegt) noch genau 7723 Personen beschäftigt. Die Ankündigung der Magirus-Bosse besagt, daß in Ulm bis zum Jahresende 1982 550 Arbeiter und 450 Angestellte ihre Kündigung erhalten (ein „Weihnachtsgeschenk“ der Magirus-Kapitalisten), und daß nach dem Jahreswechsel weitere 350 Angestellte entlassen werden sollen.

Außerdem soll in Ulm die im November und Dezember '82 für 5000 Beschäftigte durchgeführte Kurzarbeit auch im kom-

menden Jahr fortgesetzt werden.

Gleichzeitig wurde von der Geschäftsleitung vielsagend angekündigt, daß „weitere Maßnahmen im Lohnempfänger-Bereich im nächsten Jahr von der künftigen Entwicklung abhängen“. Diese Äußerung kann nur als indirekte Ankündigung einer möglichen Schließung des Ulmer Magirus-Werkes gedeutet werden, auch wenn die Zentralverwaltung der Fiat-Gruppe (Iveco-Konzern), seit Anfang der 70er Jahre Eigentümer der Magirus-Deutz AG, eine solche Absicht bereits dementiert hat.

Das „Handelsblatt“ spricht unverblümt aus, daß das De-

menti aus Turin unglaublich ist: „Die Versicherung der Fiat-Zentrale in Turin, daß sie keineswegs beabsichtige, Magirus-

Deutz in der Bundesrepublik den Garau zu machen, kann nicht beruhigen. Zu hart sind die Tatsachen vor Ort.“

Und weiter heißt es in der Unternehmerzeitung: „So mag zwar die Versicherung aus Turin stimmen, daß man nicht beab-

sichtige, diese Produktionsstätte aufzugeben. Doch es muß wohl in Betracht gezogen werden, daß in Ulm eine Situation eintritt, in der die Arbeitsplätze dort nicht mehr zu halten sind. (...) Bestenfalls gewinnt noch die Vermutung Gestalt, daß längst beschlossen ist, die Ulmer Betriebsstätte auf ein Montagewerk für in Italien gebaute Lastwagen zu reduzieren.“

Das ist wahrlich eine deutliche Sprache! Für die Belegschaft und die IG Metall muß jetzt die höchste Alarmstufe gelten. Es müssen sofort Gegenmaßnahmen und Kampf Schritte eingeleitet werden. Der Betriebsrat muß den angekündigten Massenentlassungen widersprechen und zugleich muß die IG Metall den Kampf gegen jede Entlassung und um jeden Arbeitsplatz organisieren und Schritt für Schritt entfalten.

Oder will die IGM-Führung etwa diesem weiteren schweren Angriff der Konzernherren gegen die Arbeitsplätze tatenlos zusehen? Dies darf auf keine Fall passieren! Der Kampf, den die Kollegen bei Videocolor durch ihre Betriebsbesetzung vor gut einem Jahr begonnen haben, muß jetzt bei Magirus fortgesetzt werden!

Im Frühjahr dieses Jahres war aus den Chefetagen des multinationalen Iveco-Konzerns die Stilllegung des Omnibuswerkes von Magirus in Mainz mit damals noch 1600 Beschäftigten angekündigt worden. Damals war es zu Proteststreiks und Demonstrationen der Belegschaft in Mainz gekommen. „Heute Mainz — Morgen Ulm“, hieß es damals

auf den Protestdemonstrationen. Gegen den Willen der Betriebsratsspitze und der IGM-Ortsverwaltung marschierte die Mainzer Belegschaft am 13. Mai in einem spontanen Protestzug zum Landtagsgebäude. Eine Diskussion über die Frage weitergehender Kampfmaßnahmen — Streik und Betriebsbesetzung — entstand unter den Kollegen.

Der Betriebsratsvorsitzende Rodenkirchen und die IGM-Führung wiegelten jedoch die spontane Belegschaft zur Gewehr ab. Sie redeten der Belegschaft ein, man solle stillhalten, dann bestehe noch die Chance, daß sich ein Aufkäufer für das Werk fände, der gewillt sei, die Produktion fortzuführen.

Längst hat sich dies als Betrug erwiesen. In Kürze soll das Mainzer Werk vollends dichtgemacht werden. Von den bis heute noch verbliebenen 920 Beschäftigten im Omnibuswerk in Mainz sollen lediglich 140 im Rüstungsbereich weiterbeschäftigt werden.

Insgesamt mindestens 8500 Arbeitsplätze in den Werken Ulm und Mainz sind also akut bedroht. Im gesamten Magirus-Bereich sind heute noch 11200 Menschen beschäftigt. Die Pläne der Iveco-Bosse laufen darauf hinaus, daß die meisten von ihnen arbeitslos werden. Kann man dies einfach so hinnehmen?

Schluß mit den Entlassungen! Die Arbeitsplätze bei Magirus in Mainz und in Ulm müssen erhalten bleiben! Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Satzalat — Zatsalat — Satalatz??

Satzalat!

Unseren Lesern wird nicht entgangen sein, daß ihnen in der ersten Folge unserer Artikelserie zur 35-Stunden-Woche (letzter RM, S. 4) ein regelrechter Satzalat, pardon, Zatsalat, quatsch, ein Satzalat aufgetischt worden ist. Da geht es in der dritten, vierten und fünften Spalte derartig drunter und drüber, daß wir uns entschlossen haben, diese Textpassage in korrigierter Form noch einmal abzudrucken (siehe unten).

Zweitens sei ein Fehler richtiggestellt, der sich in demselben Beitrag im Abschnitt „Samstags gehört Vati mir“ (Spalte 5) weiter unten eingeschlichen hat. Richtig muß es da heißen: „Es dauerte noch bis 1960, daß die 45-Stunden-Woche in der Bundesrepublik im großen und ganzen als normale Arbeitswoche durchgesetzt war.“ Wir haben fälschlicherweise anstatt 1960 geschrieben: 1956.

Und weil wir gerade dabei sind, noch eine weitere Richtigstellung: Auf Seite 3 im letzten RM hat sich in dem Artikel „Streik im Tischlerhandwerk?“ ein Satzfehler eingeschlichen. Dort ist die Rede von einem Tischler, der auf einer Gewerkschaftsversammlung berichtet, die „Tischlerinnen“ hätten die gewerkschaftliche Verhandlungskommission für ihren „ruhigen und sachlichen“ Verhandlungsstil gelobt, was bei den anwesenden Kollegen Empörung hervorgerufen habe. Das ist natürlich Unfug. Richtig muß es nicht heißen „Tischlerinnen“, sondern „Tischlerinnung“.

Im Folgenden nun die oben angekündigte Wiedergabe der Textpassage aus dem letzten RM, S. 4:

Im Endeffekt führen diese beiden Faktoren, Steigerung der

Produktivität und Intensivierung der Arbeit dazu, daß jener Teil des Arbeitstages, in den der Arbeiter den Mehrwert schafft, den der Kapitalist sich also unentgeltlich aneignet, enorm zunimmt gegenüber dem Teil des Arbeitstages, der zum eigenen Lebensunterhalt des Arbeiters notwendig ist.

Mit anderen Worten: Die Ausbeutung ist größer geworden und der Kapitalist des zwanzigsten Jahrhunderts bereichert sich weit mehr an der Arbeit seiner „Lohnsklaven“ als der des neunzehnten Jahrhunderts.

Von dieser Dynamik her wird einsichtig, daß der Verzicht auf den Kampf für weitere Arbeitszeitverkürzungen gleichbedeutend wäre mit dem Verzicht darauf, gegen einen immer höheren Grad der Ausbeutung Widerstand zu leisten. Zudem braucht der Arbeiter oder der kleine Angestellte aber auch

dringend mehr Freizeit, weil seine Arbeitskraft jetzt intensiver beansprucht wird. Er braucht mehr Zeit, um sich zu regenerieren, von kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten gar nicht zu reden.

Im heutigen sogenannten Spätkapitalismus kommt aber noch ein weiteres Motiv hinzu. Immer stärker wird der Kapitalismus infolge seiner eigenen Dynamik von einer allgemeinen tiefen Krise erfaßt. Zugleich wird die Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung, die sich in der Tendenz zunehmend verschlimmert. In dieser Situation drängt sich die Möglichkeit auf, durch Arbeitszeitverkürzungen den Unternehmern ein Hindernis bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Weg zu legen bzw. sie zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen zu veranlassen.

„Samstags gehört Vati mir“

Dieser Aspekt der Arbeitszeit-

verkürzung trat in Deutschland erstmalig in der Zeit der verheerenden Weltwirtschaftskrise in das Bewußtsein der Arbeiterschaft. Die Krise hatte in den Jahren 1929 bis 1931 zu einer Massenarbeitslosigkeit von noch nie gekanntem Ausmaß geführt. So wurde in der Arbeiterbewegung und im ADGB trotz der verheerenden Wirtschaftskrise über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert. 1931 tauchte erstmalig die Forderung nach der 40-Stunden-Woche in einer Broschüre des ADGB-Vorstandes auf.

Die Machtergreifung des Faschismus allerdings machte solchen Überlegungen ein plötzliches Ende. Unter der Nazi-Diktatur war das Kapital in der Lage, Fortschritte bei der Verkürzung der Arbeitszeit, die in Jahrzehnten erkämpft wurden, zum Teil schlagartig wieder rückgängig zu machen. Das war nur möglich durch die Zerschlagung der Gewerkschaften und aller politischen Organisationen der Arbeiterklasse.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clauthaler Str.), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellenhofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 18.30 - 19.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Stahlkrise — Kohlekrise Das Ruhrgebiet — Armenhaus der Republik?

Veranstaltung der KPD

Zur Diskussion über die Probleme des Reviers und den Ausweg führen die Ortsgruppen der KPD an folgenden Terminen Diskussionsveranstaltungen durch:

Dortmund

9.12.82 um 20.00 Uhr, Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldherrnstr.

Bochum

10.12.82 um 19.30 Uhr, Gaststätte Oma Hölscher, Bochumer Straße 112, Bochum/Wattenscheid

Witten

14.12.82 um 19.30 Uhr, Haus Hörster, Herbeder Str. 8

Duisburg

14.12.82 um 20.00 Uhr, Hamborner Ratskeller, Duisburger Str. 213

„Krise im Ruhrbergbau“

Diskussionsveranstaltung der KPD

Sonntag, 12.12., 11.00 Uhr

Recklinghausen

Gaststätte Berning („Zum Amstgericht“), Reitzensteinstr. 12

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Sich kaputtschufften fürs Kapital?

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist heute eine brennend aktuelle Forderung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Einerseits verschärfen die Kapitalisten rücksichtslos die Arbeitshetze und bemühen sich, „olympiareife“ Belegschaften aufzubauen, aus denen ein Maximum an Leistung herausgepreßt werden kann. Sie peitschen ihr Rezept für Profitsteigerungen durch: Mit weniger Arbeitskräften gleich viel

oder mehr an Produkten zu erzeugen. Andererseits verweigern sie einem bereits in die Millionen zählenden Heer von Arbeitern und Angestellten das elementarste Recht überhaupt: Das Recht auf einen Arbeitsplatz. Angesichts dieses schreienden sozialen Widersinns drängt sich als Alternative im Interesse der Arbeiter und Angestellten eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit geradezu auf.

Der permanente Skandal

Der IG-Metall-Chef Loderer, den nicht einmal die rabiatesten Vertreter des Unternehmertums als „Systemveränderer“ abstempeln würden, ließ sich vor Jahren mit folgenden Worten über die Realitäten unserer sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ aus:

„Es ist ein sozialer Skandal, wenn sich der eine Teil der Arbeitnehmer kaputtschufft und der andere Teil auf der Straße sitzt.“

In der Tat! Seit 1974 haben wir ein ständig wachsendes Arbeitslosenheer, und in der gleichen Zeit haben sich die Belastungen für die verbliebenen Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz immer mehr verschärft.

Zwei Millionen registrierte Arbeitslose im November 1982! Nimmt man allerdings die Dunkelziffer der von der bürgerlichen Statistik nicht erfaßten Arbeitslosen hinzu, so kommt man auf eine Zahl von mindestens drei Millionen! Und die Unternehmer treiben ihre Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge ohne Skrupel weiter voran.

Und während die Unternehmer Arbeitsplätze vernichten, während sie immer mehr Beschäftigte auf die Straße werfen, während sie einem ständig wachsenden Teil von Arbeitern und Angestellten das elementare Grundrecht auf einen Arbeitsplatz und auf eine Existenzgrundlage verweigern, zwingen sie zugleich ihre verbliebenen Belegschaften dazu, mehr, schneller und unter verschärften Belastungen zu arbeiten.

Nur ja nicht krank werden...

Das geht so weit, daß den Beschäftigten in vielen Betrieben direkt gedroht wird: Wer zu oft krank wird, der fliegt! Die Arbeitshetze wird heute mit allen Mitteln verschärft: Durch Kürzung der Akkordzeiten, dadurch, daß verbliebene Beschäftigte die Arbeit von wegrationalisierten Kollegen jetzt zusätzlich leisten müssen, durch Einführung von Leistungs- und Prämienlohnsystemen usw.

Vor allem aber verschärfen sich das Arbeitstempo und die Belastungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Einführung neuer, moderner Produktionsmethoden und Techniken. Dadurch werden die Arbeitsabläufe immer mehr standardisiert. Sich monoton wiederholende, belastende und ermüdende Routinetätigkeiten nehmen zu. Schädliche Umwelteinflüsse am Arbeitsplatz ebenfalls. Durch den Einsatz von computerisierten Informationsverarbeitungssystemen („Pai-sy“) im Zusammenhang mit Leistungs- und Prämienlohnsystemen können die Unternehmer nicht nur die Intensivierung, sondern auch eine totale

Kontrolle der individuellen Arbeitsleistung durchsetzen. Letzteres ist eine Entwicklung, die gegenwärtig gerade erst beginnt.

Im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Technologien im Produktionsprozeß weiten die Unternehmer zugleich auch die Nacht- und Schichtarbeit aus. Von ihrem nur am Profit orientierten Standpunkt her würden sich die kostspieligen neuen Anlagen und Maschinen ansonsten nicht rentieren. Bereits von 1960 bis 1972 ist die Zahl der Nacht- und Schichtarbeiter um 27 Prozent angewachsen. Und dieser Trend verstärkt sich. Über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Nacht- und Schichtarbeit ist in den letzten Jahren einiges an die Öffentlichkeit gedrungen. Daß noch vielfältige soziale, familiäre und kulturelle Nachteile und Belastungen hinzukommen, liegt auf der Hand.

Frührentner oder tot

Die Folge von all dem ist ein verschärfter Verschleiß der Arbeitskraft und sind umsichgreifende gesundheitliche Schädigungen bei den Arbeitern und kleinen Angestellten. Selbst die bürgerlichen Statistiken, die immer so angelegt sind, daß sie gewisse, für die herrschende Gesellschaftsordnung unbequeme Wahrheiten möglichst verschleiern oder undeutlich machen, — selbst sie geben erschütternde Zeugnisse von den Folgen der verschärften Ausbeutung in den Betrieben.

Daten über die Struktur der Rentenzugänge. Der Anteil vorzeitiger Verrentungen infolge von Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit an der Gesamtzahl der Rentenzugänge hat sich von 36,7 Prozent im Jahr 1973 auf 44,7 Prozent im Jahr 1977 erhöht —, also innerhalb von vier Jahren um mehr als ein Fünftel! Heute erreichen nur noch weniger als die Hälfte der Arbeiter als Berufstätige das 63ste Lebensjahr. Die Mehrheit hat sich schon vorher in den Knochenmühen des Kapitals kaputtgearbeitet: Entweder Frührentner oder tot!

Das zur Bundesanstalt für Arbeit gehörende Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) errechnete, daß unter Fortschreibung des gegenwärtigen Trends bis zum Jahr 1985 zu erwarten ist, daß nur noch 27 Prozent der Arbeiter und Angestellten als Berufstätige die Altersgrenze von 63 Jahren erreichen werden. Sicherlich spielt bei dieser Zahl neben der Frühinvalidität auch die Methode verdeckter Massenentlassungen über vorzeitiges In-Rente-schicken („59er-Regelung“) eine Rolle. Aber auch dies hängt ja mit dem Rationalisierungsterror direkt zusammen: Die Unternehmer trachten danach, sich „olympiareife Mannschaften“ als Belegschaften zu halten, aus denen sie ein Maximum an Leistung herauspressen können.

Der Teufelskreis

Zur „Aussortierung“ der nicht zu Höchstleistungen fähigen

Arbeiter und Angestellten gehen in ihrer Arbeit nach ihrer eigenen Einschätzung „an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“. Und bei den über 40jährigen ergab die Befragung einen Anteil von mehr als 60 Prozent, der sich bei der Arbeit nach eigener Einschätzung bis zum „Geht-nicht-mehr“ verausgab!

Keine Frage: Sie tun dies aus nackter Angst. Angst vor Entlassung, Angst vor dem Los der Arbeitslosigkeit. Und ohne es zu wollen, schaden sie damit nicht nur sich selbst und ihrer Familie (wenn diese zum Beispiel den erwerbstätigen Vater oder die erwerbstätige Mutter nur noch völlig ausgelaut und nervlich zerrüttet erlebt), sondern sie helfen den Kapitalisten damit objektiv, die „Angstpeitsche“ noch wirksamer zu schwingen: Höheres Arbeitstempo bringt im Endeffekt noch mehr Arbeitslose; noch mehr Arbeitslose bedingen einen noch größeren Druck auf diejenigen, die noch in Arbeit stehen. Die Angst, ebenfalls in das Arbeitslosenheer verbannt zu werden, ist unter den Kollegen in den Betrieben naturgemäß desto größer, umso extremere Formen der von Loderer konstatierte „soziale Skandal“ annimmt: Daß der eine Teil der Lohnabhängigen sich kaputtschufft, während der andere auf der Straße sitzt.

Die Arbeiterklasse muß versuchen, aus diesem Teufelskreis auszubrechen. Deshalb ist der Kampf für eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich heute eine elementare Notwendigkeit.

Lohnkosten senken

Die Kapitalisten sehen das allerdings völlig anders. Mit frommer Miene und sanft gefalteten Händen verkündet der „Kultur-mensch“ Otto Esser, seines Zeichens Präsident der Arbeitgeberverbände, die gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Ver-

höheren Umsatz erzielen. Das ist ihr Motto. Darin lassen sie sich durch nichts und von niemanden beirren. Schon gar nicht durch soziale oder moralische Skrupel.

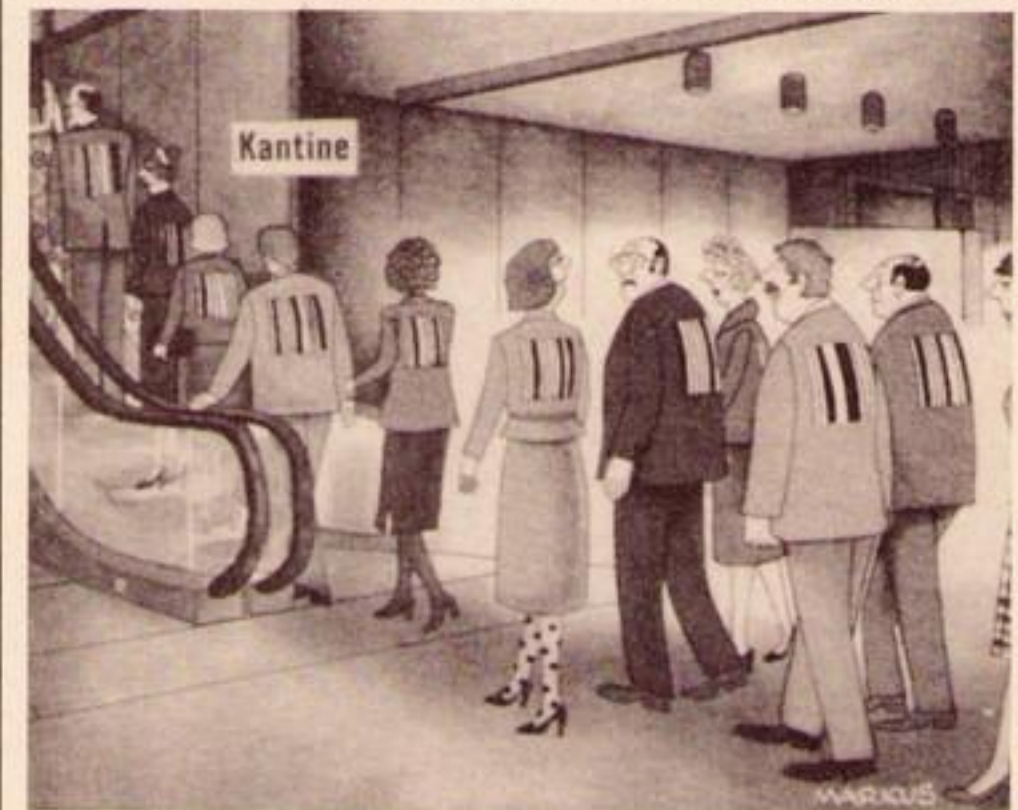
Und sie haben es bereits unerhört weit gebracht. Auf dem „Forum Arbeitszeitverkürzung“ der SPD, das Anfang November dieses Jahres stattfand, wies DGB-Vorsitzender Ernst Breit auf folgendes hin:

„Um 1000 Mark Umsatz zu erzielen, waren 1972 29 Arbeitsstunden notwendig. 1978 mußten aber nur noch 14 Stunden aufgewendet werden. Die erforderliche Zeit hat sich halbiert.“ (Zitiert aus „Welt der Arbeit“, Nr. 46, vom 18. November 1982)

Seit der Einführung der ta-

Aber wurde der Heißhunger des Kapitals nach Profitmaximierung durch diese enormen „Mahlzeiten“ besänftigt? Nicht im geringsten! Gerade die rasante Verschärfung der Ausbeutung mußte notwendigerweise zu einer schweren Überproduktionskrise führen. Und sie hat dazu geführt! Und mit dieser Krise verschärft sich der kapitalistische Konkurrenzkampf. Mit der Krise verdoppelt sich das Bestreben der Unternehmer, den „Kostenfaktor Löhne“ noch mehr zurückzudrängen. Nicht zuletzt erreicht man dies durch Arbeitsplatzvernichtung und verschärfte Arbeitshetze!

Das spürt heute fast jeder Arbeiter oder kleine Angestellte am eigenen Leib. Man wird zu-



„Ich weiß es auch nicht genau, aber irgendwie soll es dem Computer in der Personalabteilung die Arbeit erleichtern!“

riflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden im Verlauf der 60er Jahre ist die Produktivität der Arbeit, aber auch die Intensität der Arbeitsleistung, ungeheuer angestiegen. In der gleichen Arbeitszeit wird heute in nicht wenigen Fällen ein Produktionsergebnis erzielt, das sich gegenüber dem Jahr 1960 vervielfacht hat. Ein Beispiel: Bei BMW wurden im Jahr 1957 für die Bearbeitung eines Zylinderkopfes 445 Minuten benötigt. Nach Angaben des BMW-Vorstandsvorsitzenden von Kuenheim genügt 1978 für die gleiche Bearbeitung 9 Minuten. Für den Zusammenbau einer Autotür waren bei BMW 1957 genau zwei Stunden nötig. Heute spielt sich derselbe Ar-

nehmend gezwungen, in den Knochen- und Nervenmühen des Kapitals seine Arbeitskraft bis zum Äußersten anzuspannen, alle Reserven zu verausgaben, wird gezwungen, zunehmend die eigene Gesundheit zu ruinieren: Das Kapital verzehrt gieriger denn je unsere Lebenskraft, um sich immer mehr vollzusauen mit Profit. Wie anders erklärt sich sonst die Tatsache, daß im „Sozialstaat“ Bundesrepublik die Lebenserwartung der arbeitenden Bevölkerung wieder sinkt?

Sterben für das Kapital

Die durchschnittliche Lebenserwartung in der Bundesrepublik ist seit Mitte der 50er Jahre um ein Jahr gesunken. Für die Arbeiter dürfte dieser Trend allerdings über dem Durchschnitt liegen. Beispielsweise wurde die Nacht- und Schichtarbeit von den Kapitalisten — wie schon erwähnt — in den letzten 20 Jahren drastisch ausgeweitet. Schichtarbeiter aber haben hierzulande heute im Durchschnitt nur 63 Jahre zu leben!

Heute sterben zunehmend mehr Arbeiter und Angestellte, bevor sie sich zur Ruhe setzen und ihre Rente in Anspruch nehmen können, für die sie Jahr um Jahr ihren Beitrag gezahlt haben. Das ist der Tribut, den das Kapital verlangt. Die Unternehmer und höheren Beamten übrigen erfreuen sich laut Statistik einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 77 Jahren.

Und eben diese Unternehmer und ihre Freunde in Politik und Staatsapparat sind es, die unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verteuern. Die Unternehmerverbände haben in ihrem berühmten Tabukatalog die 35-Stunden-Woche auf den Index gesetzt. Was könnte für ihre Profitinteressen denn auch förderlicher sein als jener soziale Skandal, der darin besteht, daß ein Teil von uns sich für sie kaputtschuffen muß, während ein anderer, rapide anwachsender Teil von uns auf der Straße sitzt, im Elend der Arbeitslosigkeit?



0 bis 0,20 Minuten: Rad fassen



0,20 bis 0,40 Minuten: Rad schleppen



0,40 bis 0,60 Minuten: Rad einpassen

So bestätigt die Statistik, daß bei den Arbeitern und Angestellten seit Jahren die Zahl der chronischen Erkrankungen zunimmt, wobei sich die Betroffenheit in zahlreichen Krankheitsgruppen zugleich in jüngere Altersklassen verschiebt. Und zwar belegt die Statistik, daß arbeitsbedingte Gesundheitsschäden und Erkrankungen bei den „Angehörigen unterer Einkommensgruppen“ überproportional häufig auftreten.

Eine Anklage gegen den Rationalisierungsterror der Unternehmer sind die statistischen

Belegschaftsmitglieder und ihrer Ersetzung durch „besseres Menschenmaterial“ kommt den Unternehmern die Existenz eines großen Arbeitslosenheeres in jeder Hinsicht sehr zupass. Selbst solche Arbeitsplätze, die früher in der Regel mit älteren oder körperbehinderten Kollegen besetzt wurden, bleiben jetzt jüngeren und gesunden Arbeitern vorbehalten!

Wie brutal der Leistungsdruck in den Betrieben verschärft wird, deutet das Ergebnis einer Befragung des Instituts für Arbeits- und Sozialfor-

kürzung der Arbeitszeit seien wirtschaftlich verantwortungslos und verderblich „für uns alle“; dadurch werde der Kostendruck für die Unternehmer steigen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit „unserer deutschen Wirtschaft“ untergraben usw. usf.

Bei Licht besehen sind wir Arbeiter und Angestellten für diese Herren nichts weiter als Kostenfaktoren, die es möglichst niedrig zu halten gilt. „Lohnkosten senken!“ Mit weniger Beschäftigten den gleichen oder — noch besser — einen

beitgang in sieben Minuten ab! (Aus: „Druck + papier“, 25/26/1980, „Rationalisierung warum und für wen?“)

Allein diese Beispiele lassen erahnen, wie märchenhaft die Unternehmerrgewinne gestiegen sein müssen. Denn die unerhörten Steigerungen von Produktivität und Arbeitstempo waren weder mit Preissenkungen noch mit Arbeitszeitverkürzungen in einer auch nur irgendwie vergleichbaren Relation verbunden; ebenso wenig auch mit einem entsprechenden Anwachsen der Reallohne.

Erklärung der KPD zur Entwicklung der westdeutschen Schiffbauindustrie und zur Lage der Beschäftigten auf den Werften

Tausende Werftarbeiter und -angestellte in Kurzarbeit. Enorme Leistungsverdichtung durch Akkordkürzungen und neue Lohnsysteme. Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen durch „Ausdünnen“ der Belegschaften und Stilllegung von Betriebsstätten.

Dies kennzeichnet die Lage der Beschäftigten in der westdeutschen Schiffbauindustrie im Winter 1982.

Angst um den Arbeitsplatz, Unsicherheit um Kampfformen und Kampfmethoden bestimmen noch das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten. Aber in zunehmendem Maße entwickelt sich die Bereitschaft und Fähigkeit den Rationalisierungsmaßnahmen organisiert entgegenzutreten.

Mehrtägige Streikaktionen der Vulkanesen in Bremen, Demonstrationstreik der HDWler vor dem Kieler Landeshaus, Warnstreiks und Demonstrationen der Belegschaft von Blohm & Voss und der AG Weser. Dieser Kampf ist unumgänglich. Denn die Schiffbauindustriellen setzen zu einer erneuten „Strukturvereinbarung“ an.

Bereits in den sechziger Jahren wurden entscheidende Weichen gestellt

Aus neun Großwerften wurden durch Konkurs (Schlieker/Hamburg), Verkauf (Stücklen/Hamburg) und Fusion (Howaldtswerke und Deutsche Werft) fünf Großwerften gemacht. Fanden 1960 fast 60000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende Arbeit und Ausbildung auf den Großwerften, so waren es 1973 über 30 Prozent weniger, nur noch gut 40000.

Auf diese Weise versuchten die Manager der Werften ihre gute Position auf dem stetig wachsenden Schiffbaumarkt vor allem gegen Japan und Schweden zu halten, und ihre enormen Gewinne zu stabilisieren.

Mit mehr als 1,2 Milliarden Mark Subventionen finanzierte der Staat mit Steuergeldern diese „Anpassungsmaßnahmen“ der Werftindustrie bis 1973.

Der große Bruch auf dem Schiffbaumarkt kam Mitte der siebziger Jahre

Die stetige Ausweitung des Welthandels bis Mitte der siebziger Jahre wurde vor allem durch den Öltransport hervorgerufen. Das führte zu einer enormen, spekulativen Ausweitung der Schiffbaukapazitäten, um am Tankerboom teilzuhaben. Um sich dieser Entwicklung anzupassen und auch in der Zukunft Höchstprofite im Schiffbau zu verdienen, ließ die Bundesregierung eine „Werftenquote“ erstellen, in der festgelegt wird,

wie sich die westdeutsche Schiffbauindustrie entwickeln soll.

Nur noch auf den Großwerften in Emden (Thyssen-Nordseewerke), in Bremen bei einer Großwerft (Vulkan oder AG Weser) und in Kiel bei der HDW soll Großschiffbau betrieben werden. In Hamburg soll nur noch eine Großwerft existieren, die neben Reparatur und anderer Fertigung als Ergänzung Spezialschiffbau betreibt.

Zur Durchführung dieser „Anpassungsmaßnahmen“ zahlte der westdeutsche Staat von 1973 bis 1982 über 5 Milliarden Mark Werfthilfe!

Entgegen den Annahmen eines stetigen Wachstums des Schiffbaumarktes in der „Werftenquote“ von 5 bis 6 Prozent gab es, ausgelöst durch den sogenannten Ölshock und die weltweite Rezession 1974/75, einen schweren Einbruch im weltweiten Schiffbaumarkt.

Die Konkurrenz verschärfte sich erheblich durch die sprunghaft rückläufige Nachfrage nach neuen Schiffen, vor allem Tankern.

Dies traf vor allem Japan, das erhebliche Kapazitätseinschränkungen vornahm. Aber auch die westdeutsche Schiffbauindustrie mußte ihre auf den Großtankerbau aufgeblähten Kapazitäten einschränken, um die Gewinne zu stabilisieren. Erneut werden die Krisenlasten auf die Beschäftigten abgewälzt. Obwohl allein die Großwerft HDW aus den Jahren 1970 bis 1975 einen versteckten Gewinn von einer halben Milliarden Mark gemacht hatte, wurden erneut Belegschaften „ausgedünnt“, Produktionsstätten zusammengelegt und geschlossen. Über 10000 Arbeitsplätze wurden von 1973 bis 1980 auf den fünf Großwerften vernichtet.

Der Staat als Organisator der Strukturbereinigung

Nicht nur über die Subventionszahlungen von über 6 Milliarden Mark griff der Staat ein: Zugunsten der privaten Konzerne Thyssen, Krupp, Siemens, AEG und der beteiligten Banken, den Besitzern der Privatgroßwerften, griff der staatliche Salzgittekonzern aktiv in die Strukturbereinigung ein. Er übernahm es, die über 30000 Beschäftigten (1960) in sechs Produktionsstätten der HDW auf heute weniger als 12000 in nur drei Produktionsstätten abzubauen.

Dabei ging es gemäß der Werftenquote der Bundesregierung insbesondere um die Schleifung des Hamburger Werkes. Fast 13000 Arbeitsplätze wurden auf der HDW/Hamburg vernichtet. Das sind fast 45 Prozent der auf den Großwerften seit 1960 vernichteten Arbeitsplätze! Während der gleichen Zeit verdoppelte die Thys-

senwerft Blohm & Voss ihre Beschäftigtenzahl.

Heute, Anfang der achtziger Jahre, hat sich die Krise des Welthandels, der Weltschiffahrt und des Weltschiffbaus verschärft

Entgegen allen Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftsweisen ist der Weltseehandel seit 1980 um 8 Prozent zurückgegangen. Ursache ist die Wirtschaftskrise der kapitalistischen Länder, allen voran die USA, Japan und die BRD. Dennoch erhöhte sich, angetrieben durch die Konkurrenz der Reeder, die Welthandelsflotte um 2 Prozent. Das hat zu einer Aufliebertonnage von über 1000 Schiffen mit mehr als 60 Millionen tdw geführt; das sind 10 Prozent der Welthandelsflotte.

Ein Ende der Weltwirtschaftskrise ist nicht in Sicht, und damit auch kein Ende der Krise im Schiffbau.

Um den schrumpfenden Markt wird der Konkurrenzkampf immer härter. Immer mehr Länder gehen zum Protektionismus über.

Auch der westdeutsche Schiffbau, der bisher von 2/3 Exportaufträgen profitierte, muß ein Schrumpfen der Auftragseingänge hinnehmen. Mehr und mehr schaltet sich der Staat ein, um für die Bundesrepublik als eine der stärksten Handelsnationen die Basis für die Erhaltung einer nationalen Handelsflotte und einer eigenen Kriegsschiffproduktion zu erhalten.

Höchstprofite im Bereich des Handelsschiffbaus sind auf den deutschen Werften nur noch mit staatlichen Subventionen und erheblichen Rationalisierungsmaßnahmen zu erreichen. Deshalb setzen die Werftmanager heute erneut zur Strukturbereinigung an. Gleichzeitig fordern sie ein 1,25 Milliarden Werfthilfeprogramm von 1983 bis 1985.

1983 soll die Werftenquote zügig in die Tat umgesetzt werden

- In Hamburg, bei der staatlichen HDW, soll der Schiffsneubau endgültig eingestellt werden. Das bedeutet nicht nur die Vernichtung von über 2000 Arbeitsplätzen, sondern führt geradewegs zur Übernahme der so nicht überlebensfähigen Restwerft durch Blohm & Voss: wie 1970 festgelegt!
- In Bremen werden bei der Vulkan 500 Arbeitsplätze vernichtet, bei der AG Weser sollen es 150 werden und die Fusion beider Werften steht nach wie vor im Raum: wie 1970 festgelegt!
- In Kiel sollen bei der HDW weitere Kapazitäten abgebaut und etwa 2000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Ihre Anpassungsmaßnahmen an das Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft haben stets nur die Sicherung von Höchstgewinnen zum Ziel gehabt. In den 60er und 70er Jahren waren

- In Emden, bei den Nordseewerken, scheint die Strukturbereinigung durchgeführt zu sein.
- Auch die mittleren Werften werden verstärkt in den Umstrukturierungsprozeß einbezogen. So im Bremer Raum, wo durch die geplante Fusion von der SUAG, Richmers und der HAPAG-LLOYD hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet würden. Oder in Lübeck, wo bei der bankeigenen Flender Werft erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen vor der Tür stehen.

Die Stellung der westdeutschen Werftindustrie soll gehalten werden

Die Stellung der westdeutschen Werftindustrie soll gehalten werden

Durch die bisherigen gewaltigen Rationalisierungsmaßnahmen ist es den westdeutschen Werftmanagern gelungen, trotz nur geringfügiger Beteiligung am Tankerboom bis heute ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu halten:

Immer noch ist der westdeutsche Schiffbau die Nr. 1 in Europa und die Nr. 2 in der Welt, hinter Japan! (Gemessen allerdings in gewichteten BRT, die Aufschluß über die nötigen Arbeitsstunden geben.) Und das wollen die Besitzer der Werften, die Chefs in den Etagen der Stahl- und Elektrokonzerne und der beteiligten Banken auch bleiben. Auf jeden Fall wollen sie ihre hervorragende Stellung im Spezialschiffbau und zunehmend im Kriegsschiffbau halten. Denn in diesen Bereichen versprechen sie sich weiterhin Höchstprofite.

Und dafür sollen die Arbeiter und Angestellten auf den Werften bluten!

- Erhebliche Akkordkürzungen und die Einführung neuer Entlohnungssysteme soll eine Leistungssteigerung von 20 bis 30 Prozent erzwingen, bei gleichzeitigem Lohnabbau;
- Kurzarbeit für Tausende bringt Lohnverlust und gleichzeitig Ebbe in die Kasse der Arbeitslosenversicherung;
- auf ganzer Linie Streichung von Sozialleistungen und erkämpften Rechten;
- und vor allem: Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen; Ruinierung der Existenz tausender Familien ohne Hoffnung auf Besserung.

Die Strukturbereinigungen haben stets nur die Probleme der Werfteigner gelöst

Ihre Anpassungsmaßnahmen an das Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft haben stets nur die Sicherung von Höchstgewinnen zum Ziel gehabt. In den 60er und 70er Jahren waren

die Auswirkungen für die Beschäftigten meist „sozial abgefedert“. „Abgefedert“ dadurch, daß in der Regel neue Arbeitsplätze gefunden wurden, daß der Reallohn stieg und durch Überstunden der Lohn aufgebessert werden konnte. Sozialpläne bewirkten meist ein mehr oder weniger reibungsloses „Anpassen“ der Belegschaften an die sich verändernde Marktlage.

Heute aber bewirken die Maßnahmen der Schiffbaumanager Reallohnabbau bei gleichzeitiger Leistungssteigerung bei den einen, Arbeitslosigkeit ohne Hoffnung auf Besserung bei den anderen.

Das chaotische Konkurrenzprinzip der kapitalistischen Wirtschaft führt dazu, daß der, der am kostengünstigsten produziert, am Drücker bleibt und so Höchstgewinne erzielen kann.

So hat sich im westdeutschen Schiffbau die Produktivität der Beschäftigten seit 1960 vervierfacht! Waren 1960 in der gesamten westdeutschen Schiffbauindustrie über 100000 Beschäftigte nötig, um einen Umsatz von 2,6 Milliarden zu erzielen, so erarbeiteten 1970 etwa 80000 Beschäftigte bereits 3,6 Milliarden und 1978 knapp 65000 Beschäftigte fast 6,5 Milliarden Umsatz!

Heute führt der Eintritt von Ländern, in denen die Arbeiterbewegung diktatorisch niedergehalten wird, wie Südkorea und Brasilien, in den weltweiten Schiffbaumarkt — bei gleichzeitig schrumpfender Nachfrage — dazu, daß der westdeutsche Schiffbau nur dann mithalten und Höchstprofite machen kann, wenn er sich aus dem sogenannten Primitivschiffbau zurückzieht, sich mehr dem Spezialschiffbau, der Offshorefertigung und der Anlagen- und Meerestechnik zuwendet und gleichzeitig die Kosten durch Reallohnsenkung, Leistungssteigerung und Arbeitsplatzvernichtung gesenkt werden.

Die Krise im Schiffbau wurde und wird in diesem System der „freien Marktwirtschaft“ allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Kriegsschiffbau sichert nur kurzfristig Arbeitsplätze, aber nicht den Frieden

Auch der Markt des Spezialschiffbaus und der anderen Fertigung ist aufgrund der Weltwirtschaftskrise eng begrenzt und hart umkämpft. „Kein großer, nur so ein bißchen Krieg, das würde helfen“, sagte ein Reeder. Aber „ein bißchen Krieg“ — wer will einen solchen Ausweg? So schreibt ein Journalist in den „Kieler Nachrichten“ am 29.10.82:

„Die erhebliche Zunahme der Marineaufträge auf den westdeutschen Werften als Er-

satz für den nicht so profitablen Handelsschiffbau deutet daraufhin, daß der Krieg als Lösung der Probleme der kapitalistischen Wirtschaft immer enger in die Überlegungen der Mächtigen auch unseres Landes einbezogen wird. 80 Prozent Kriegsproduktion bei Blohm & Voss brachte 1981 einen Gewinn von 160 Millionen Mark! 75 Prozent der Aufträge im Schiffsneubau bei HDW/Kiel sind Marineaufträge. Großer Anteil von Marineaufträgen auch in Emden und bei Vulkan zeigen, daß bereits heute Tausende von Arbeitsplätzen davon abhängen, daß Kriege vorbereitet werden!

In diesem System der Marktwirtschaft werden unsere Forderungen nicht erfüllt!

Ein gesicherter, humaner Arbeitsplatz — eine nicht gesundheitsschädigende, befriedigende Arbeitsleistung — einen gesicherten, steigenden Lebensstandard — und die Erhaltung des Friedens können erst verwirklicht werden, wenn nicht mehr der Höchstprofit in der Wirtschaft regiert, sondern wenn die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten die Produktion bestimmt. Wenn nicht mehr das Chaos der Konkurrenz und das Auf und Ab der Konjunktur die Produktion bestimmt, sondern die Arbeiter und Angestellten selbst die Produktion planen und leiten. Erst dann wenn nicht mehr das Kapital, sondern die Arbeiterklasse das Sagen im Staat hat, erst dann werden unsere Forderungen erfüllt werden können.

Nur der Kampf gegen Werftmanager, Werftbesitzer und die Regierungen kann unsere Forderungen durchsetzen

Heute gehen die Herren der Werften aufs Ganze. Die Politiker, ob SPD, ob FDP, ob CDU oder CSU, die Regierungen in Kiel, Hamburg, Bremen, Niedersachsen oder Bonn unterwerfen sich den sogenannten Sachzwängen der Marktwirtschaft und unterstützen die Pläne der Werftherren mehr oder weniger offen. Die Beschäftigten der Werften können sich nur selber helfen.

Die IG Metall muß dem Kampf Richtung geben und ihn organisieren!

So wenig es aber das Konzept der Führung der IG Metall bisher verhindern konnte, daß Tausende von Arbeitsplätzen

Fortsetzung auf Seite 6



Erklärung der KPD zur Entwicklung der westdeutschen Schiffbauindustrie

Fortsetzung von Seite 5

vernichtet und trotz erheblicher Leistungssteigerungen der Reallohn abgebaut wurde, so wenig kann diese Politik der Sozialpartnerschaft heute unsere Probleme lösen. Die Führung der IG Metall verfügt weder über ein richtungsweisendes Konzept noch über eine erfolgsversprechende Kampfaktik. Im Gegenteil!

- Politisch eng verbunden mit der SPD, unternimmt die Gewerkschaftsführung nichts, um den Kampf der Belegschaften zu unterstützen, sondern blockiert ihn, wie jüngst beim Vulkan und der HDW in Hamburg.

- Sie spricht sich nicht gegen die kapitalistische Konkurrenz aus, sondern fordert wie O.v. Steeg die Schiffsbaubosse noch auf, „sich dem Preiskampf zu stellen“ und „Roboter einzusetzen“! Wohlwissend, daß dies nur auf Kosten der Beschäftigten auf den Werften möglich ist.

- Sie unternimmt nichts, um die „natürliche“ Konkurrenz zwischen den Werftbelegschaften abzubauen und den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, die Werftherren, zu fördern und zu organisieren.

Diese Politik der Unterwerfung unter die Ziele und Maßnahmen der Werftherren stößt zunehmend auf den Widerstand der Belegschaften und der klassenkämpferischen Gewerkschafter und Betriebsräte.

Die Gewerkschaftsführungen auf allen Ebenen müssen gezwungen werden, den Kampf zuzulassen; nur so können die weiterreichenden Pläne der Werftherren vereitelt werden.

Die IG Metall muß dem Kampf Richtung geben und ihn organisieren!

Auf den Werften ist der entscheidende Hebel um das Erforderliche zu tun:

- Die Organisation innerbetrieblicher Abwehrkämpfe
 - Die überbetriebliche Zusammenarbeit
 - Die Vereinheitlichung der Einschätzungen der Lage und der Forderungen
- sind das Gebot der Stunde!

Die KPD unterstützt entschieden alle Bemühungen, den Kampf aufzunehmen und erfolgreich zu führen

Die KPD fordert für die Beschäftigten der westdeutschen Werften:

- Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung!
- Subventionen nur bei Arbeitsplatzgarantie!
- Arbeit durch — verstärkte Sicherheitseinrichtungen auf Schiffen
- staatliche Aufträge im Bereich Energie und Umweltschutz!
- Abbau der Rüstungsproduktion!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich jetzt!
- Volle Rente mit 60 Jahren!
- Bei Kurzarbeit: Lohnausgleich und Arbeitsplatzgarantie!
- Schluß mit Leistungsverdrückung und Lohnabbau!
- Schluß mit der Streichung von erkämpften Rechten und sozialen Leistungen!

Internationaler Kongreß gegen Fremdenfeindlichkeit, Abschiebung ausländischer Arbeiter und Gefährdung des Rechts auf Asyl

Am 30. und 31. Oktober fand in Basel unter Anwesenheit von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen aus zwölf Ländern ein internationaler Kongreß zu den Themen Fremdenfeindlichkeit, Abschiebung ausländischer Arbeiter und Gefährdung des Rechts auf Asyl statt. Der Kongreß verabschiedete die untenstehende Resolution.

Resolution

Schwer beunruhigt durch die Massenprozesse in der Türkei, deren Ziel die physische Vernichtung jeglicher Opposition ist, betroffen von der Lektüre eines geradezu grotesken „Verfassungsentwurfs“, der nichts anderes als die Institutionalisierung eines faschistischen Staatsterrors bezweckt, verlangen wir:

1. Die sofortige Bildung einer internationalen Kommission von Juristen, die paritätisch bestimmt wird durch:

- a) die — wegen ihrer wirtschaftlichen oder anderen Beziehungen mit dem gegenwärtigen türkischen Staat — betroffenen europäischen Regierungen;
- b) die Vereinigung der kurdischen und türkischen Gastarbeiter und jener Gruppen, die sich in Europa für diese Gastarbeiter einsetzen oder gegen Rassismus kämpfen.

Diese internationale Kommission soll sich in die Türkei begeben, um den laufenden Prozessen beizuwohnen, die Abwicklung der hängigen Verfahren zu überwachen, Gefängnisse und andere Orte, wo Menschen gefangengehalten werden, zu besuchen, und um die bereits gefällten Urteile einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Darüber hinaus soll sie eine Stellungnahme der neuen, dem Referendum unterliegenden Verfassung ausarbeiten. Diese Stellungnahme soll aufzeigen, ob diese Texte mit der internationalen Erklärung der Menschenrechte vereinbar und für die Mitgliedsstaaten des Europarates und die anderen großen internationalen Organisationen annehmbar sind. Es ist auch zu prüfen, ob sie den Statuten der NATO entsprechen.

2. Bis zur Übermittlung des Rapports dieser Kommission soll jegliche wirtschaftliche, finanzielle und militärische Unterstützung einschließlich der Lieferung von Waffen eingestellt werden.

3. Empört über die stillschweigende aber häufig vorkommende und folgenschwere Kooperationsbereitschaft gewisser staatlicher Polizeiorgane und des Justizapparats mit der türkischen Militärjunta, die sich in bilateralen Übereinkünften zur Repression aller gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Opposition zeigt, fordern wir:

3.1. Das sofortige Verbot jeglicher Auslieferung von Kurden und Türken, deren Überstellung die Behörden von Ankara unter dem Vorwand, es handle sich um „Kriminelle“, verlangen.

3.2. Die rasche Anerkennung der politischen Flüchtlinge, die um Asyl ersuchen.

3.3 Die Auflösung der Sammellager und die Abschaffung der Zwangsarbeit. Jeder Flüchtling soll die gleiche Behandlung erfahren wie die Bürger des Landes, in dem er Aufnahme findet.

4. Der Schutz aller organisierten und nicht organisierten Flüchtlinge und Gastarbeiter gegen Verstöße seitens über-eifriger Behörden sowie gegen Mißhandlungen durch rassistische oder neo-nazistische Randgruppen.

Wir erwarten die sofortige Auflösung solcher Gruppen, sowie Ausweisung oder lange Haftstrafen für deren Anhänger, die sich unter anderen Namen neu konstituieren oder rückfällig werden.

Verfaßt vom Baseler Kongreß am 30. und 31. Oktober 1982

Gilbert Crucifix, Belgique; Ellen Thielen, BRD; Hans-Jürgen Schmitz, BRD; Eduardo Lopes, Chile; Association TECLAM, Tradition et Culture, Latino-Américaine, France; François Bouchard, France; Nicolas Furet, France; Jane Cousins, Großbritannien; Sheila Duckenfield, Großbritannien;

nien; Guido Gorret, Italien; Sissel Brodal, Norwegen; Brigitte Busch-Windhab, Österreich; José Neves, Portugal; Arthur Villard, Schweiz; Denis Payot, Schweiz; Alain Wyler, Schweiz; Cornelius Koch, Schweiz; Ascencion Uriarte, Spanien; Mustafa Katilan, Türkei.

Zu dem Treffen, das diese bemerkenswerte Resolution verabschiedete, hatte die Europäische Kooperative Longo Mai eingeladen, und Teilnehmer unterschiedlichster politischer Richtungen aus elf europäischen Ländern waren gekommen. Einen Eindruck davon vermittelt die Liste der Unterzeichner. Sie verrät auch, wer neben einem Mainzer Rechtsanwalt, einer Vertreterin des Türkei- und Türkei-Kurdistan-Arbeitskreises Stuttgart und eines Vertreters des Aktionsausschusses gegen Sammellager und Zwangsarbeit Regensburg, aus Westdeutschland anwesend war: Ellen Thielen, die Geschäftsführerin der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

In der neuesten Ausgabe des „Volksechos“ schreibt sie über

die grundsätzlichen Ziele des Kongresses:

- Das Zusammenbringen verschiedenster Initiativen, Organisationen und Parteien aus verschiedenen europäischen Ländern;
- gemeinsames Sammeln von Informationen über Mißstände und Vorkommnisse;
- gemeinsame Einschätzung der Gesamtlage: Ausländerfeindlichkeit und Aufhebung des Asylrechts;
- Bekanntmachung von regionalen und landesweiten Mißständen auf internationaler Ebene;
- Verurteilung der ausländerfeindlichen Äußerungen von Personen, Parteien und Behörden in den Massenmedien;
- Verurteilung der behördlichen Praktiken, Gerichtsurteile und Gesetzesänderungen, die

das Grundrecht auf Asyl demonstrieren, durch den Europarat und den Internationalen Volksgerichtshof Den Haag.“

In Zusammenhang mit den Arbeiten des Kongresses steht auch ein **Offener Brief an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland**, in dem es heißt:

„Wir, die Unterzeichner, ersuchen die Bundesregierung, die asylsuchenden Türken und Kurden (wie andere Asylsuchende auch) nach dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen von 1957 zu behandeln, d. h. die ihr, der Bundesregierung, vorgegebene Entscheidungsfreiheit über die Auslieferung, die der Zulässigkeitsentscheidung der Richter übergeordnet ist, souverän zu nutzen, um den Grundsätzen der Humanität Rechnung zu tragen.“

Es sind uns, den Unterzeichnern, eine Anzahl von Auslieferungsbegehren der türkischen Regierung bekannt, in denen sie nachweislich politische Gegner krimineller Straftaten verdächtigt oder beschuldigt, um so von Fall zu Fall das Europäische Auslieferungsübereinkommen von 1957 außer Kraft zu setzen.

Wir, die Unterzeichner, sind über diese Praxis betroffen. Uns irritiert jedoch gleichermaßen die Praxis der Auslieferungsverfahren, in denen häufig (wenn auch nicht durchweg) die Haltbarkeit des Verfolgungsgesuches seitens der türkischen Regierung nicht überprüft wird.

Um so einhelliger ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gefordert — eben-

so wie die Regierungen der Schweiz, Frankreichs und anderer europäischer Staaten, in denen türkische Asylanten um Aufnahme ersuchen, gefordert sind — ihre Entscheidungsfreiheit über jede Auslieferung auch nach dem Abschluß von Auslieferungsverfahren wahrzunehmen. Die Wahrung der Humanität gehört zu den vornehmsten Pflichten der Völker und ihrer Regierungen.“

Zu den 50 Erstunterzeichnern dieses Briefes gehören:

Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, BRD; Max Frisch, Schriftsteller, Schweiz; Sean McBride, Vize-Gesandtschaftsleiter, UNO, Friedensnobelpreis 1974, Lenin-Friedenspreis 1976, America Medal for Justice 1978, Hammerkjold peace award 1980, Mitglied der Internationalen Juristenkommission; Prof. Louis Genevois, Ehrenprofessor der Wissenschaftlichen Fakultät der Universität von Bordeaux, Frankreich; Prof. Robert Jungk, Schriftsteller, Österreich; Martin Gregor-Dellin, Präsident des PEN-Clubs, BRD; Heinrich Albertz, Pastor, ehem. Bürgermeister von West-Berlin, BRD; Alain Tanner, Filmproduzent, Schweiz; Günter Anders, Schriftsteller, Österreich; Martin Hirsch, ehem. Richter am Verfassungsgerichtshof, BRD; Richard Schmid, ehem. Richter am Oberlandesgerichtshof von Stuttgart, BRD; Dorothee Sölle, Theologin, BRD; Prof. Fubert Sölle, BRD; Hans A. Pestalozzi, Schriftsteller und Journalist, Schweiz; Prof. Richard Hauser, Center of human rights and responsibilities, Großbritannien; Prof. Walter Jens, Schriftsteller, Mitglied des PEN-Clubs, BRD; Yehudi Menuhin, Musiker, Großbritannien; Hans Joachim Sell, Schriftsteller, Mitglied des PEN-Clubs, BRD; Pfarrer Martin Stöhr, Evangelische Akademie Arnolds-hain, BRD.

Auf dem Baseler Kongreß wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Eine von ihnen befaßt sich mit der Einrichtung eines Koordinationsbüros, das am 30. 10. konstituiert wurde. Die Teilnehmer beschlossen die Gründung eines „Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter“ mit Sitz in Basel.

In dem Ergebnisbericht dieser Arbeitsgruppe heißt es unter anderem:

„Das Komitee soll jederzeit fähig sein, eine ‚Interventionsdelegation‘ aufstellen zu können. Die erste Aktion dieser Art ist für Mitte November vorgesehen. Eine Delegation wird die ‚Sammellager‘ für kurdische und türkische Flüchtlinge in der BRD besuchen. Die Mitglieder des Büros sollen in jedem Land Leute kontaktieren, die bei ähnlichen Aktionen teilnehmen könnten. Anwälte, Juristen, Ärzte, Pfarrer, Gewerkschafter, Vertreter nicht-staatlicher Organisationen, Persönlichkeiten etc.“

Die angekündigte erste Aktion hat inzwischen stattgefunden — allerdings nicht mit dem Ergebnis, das sich ihre Teilnehmer erwünscht hatten. Denn sie wollten ihre Arbeit in Bayern beginnen. Die Strauß-Regierung aber verwehrte ihnen den Zutritt in irgendeines der Lager! Eine Haltung, aus der die tiefe Verachtung der Menschenrechte spricht, ebenso wie die Sorge vor internationaler Verurteilung der menschenfeindlichen Praktiken der bayerischen Staatsregierung.

Die Arbeiten des Komitees verdienen Unterstützung. Sie sind sicher auch für die vielen örtlichen Komitees im Bundesgebiet interessant.

Für die eingehendere Information über den Baseler Kongreß empfehlen wir die Dezember-Ausgabe des „Volksechos“, sowie die Materialmappe über die Arbeiten des Kongresses, die für 10 Mark erhältlich ist. Beides kann angefordert werden bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Maria-Hilf-Str. Aachen.



Ein alltägliches Bild in Westdeutschland: Ausländische Mitbürger und Asylsuchende werden abgeschoben. Für manchen bedeutet das Folter und Tod.

In Westdeutschland kein Asyl — in Beirut ermordet

Wie bundesdeutsche Gerichte Asylsuchende in den Tod schicken, dafür brachte die „taz“ am 29. November ein erschütterndes Beispiel.

Am 26. Februar 1981 wurde der staatenlose Palästinenser Sabar Ali Khativ auf Anordnung der Ausländerbehörde Mühlacker festgenommen, mit dem Ziel, ihn nach Beirut abzuschieben. Er hatte 1975 in der Bundesrepublik politisches Asyl beantragt, weil er Verfolgung und Ermordung fürchtete — er hatte seit 1970 in den Reihen der El Fatah am Freiheitskampf teilgenommen und war auch gegen die Milizen der Falangisten eingesetzt gewesen. Der Antrag wurde im August 1980 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt.

Als Sabar Ali Khativ An-

walt Gerhard Härdle von der Verhaftung und der geplanten Abschiebung seines Mandanten erfuhr, teilte er sofort der zuständigen Ausländerbehörde mit, daß er dagegen Widerspruch einlegen und einen Antrag beim Verwaltungsgerichts-Karlsruhe stellen werde. Er bat, in Anbetracht der knappen Zeit, die Abschiebeaktion sofort zu stoppen. Eine entsprechende Stellungnahme gab der Vorsitzende der 5. Kammer des Karlsruher Verwaltungsgerichts ab. Zu der Zeit saß Sabar Ali Khativ noch im Polizeiwagen auf dem Weg zum Frankfurter Flughafen, wäre dort also auch noch zu erreichen gewesen — die Abschiebung hätte ohne weiteres verhindert werden können. Das aber geschah nicht. Zwei Stunden später meldete die Ausländerbehörde, er sei im Flugzeug

nach Beirut unterwegs.

Als Begründung zur Ablehnung seines Asylantrags hatte das Bayerische Gericht unter anderem angeführt, daß es sich, „soweit sich der Kläger durch die Falangisten, eine christliche Miliz im Libanon, bedroht fühlt, um keine asylrechtlich beachtliche staatliche Verfolgung handelt. Denn die Falangisten üben im Libanon keine staatliche oder staatsähnliche Gewalt aus; es kann auch nicht angenommen werden, daß diese Kräfte politisch und militärisch die Oberhand gewonnen hätten und künftig das Geschehen im Libanon bestimmen würden.“

Im September dieses Jahres wurde Sabar Ali Khativ bei den Massakern in den Lagern Shatila und Sabra von Falangisten umgebracht.

Zimmermann beim BKA

Der neue Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) richtet sich in seinem Amt ein. Dazu gehört auch sein Auftreten vor verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen in seiner neuen Funktion. Die erste Behörde in seinem Geschäftsbereich, die er besuchte, war das Bundeskriminalamt (BKA).

Das geschah nicht von ungefähr. „Sie können daraus den hohen Stellenwert ersehen, den ich dem Auftrag Ihres Amtes beimesse“, versicherte er am 23. November. BKA-Präsident Boge und den versammelten Mitarbeitern des Amtes.

Auftrag des BKA ist unter anderem, das über den Bürgern der Republik ausgebreitete Datennetz noch enmaschiger zu knüpfen und damit den Weg zu einem Polizeistaat zu ebnen, der jeden einzelnen seiner Bürger voll unter Kontrolle hat und damit die Niederschlagung von Widerständen gegen die Regierungspolitik erleichtern kann. Wir haben im „Roten Morgen“ mehrfach darüber berichtet, unter anderem über die Ausführungen über geplante Einschränkungen beim Datenschutz. Zimmermann bemerkte jetzt dazu: „Besondere Bedeutung messe ich auch den Aufgaben zu, die das BKA als Zentralstelle für die Verbrechensbekämpfung zu erfüllen hat. Das INPOL-System beispielsweise ist — obwohl erst zehn Jahre alt — aus der polizeilichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. (...) Die Fortentwicklung von INPOL wird uns sicherlich noch weitere Vorteile bringen. Mein parlamentarischer Staatssekretär Carl Dieter Spranger hat an dieser Stelle vor drei Wochen bei der Fachtagung des BKA einige grundsätzliche Ausführungen zu Datenverarbeitung und Datenschutz gemacht. Er hat ganz in meinem Sinne gesprochen.“ — Das war ja auch anzunehmen.

Das Hauptthema, das Zimmermann bei seinem Antrittsbesuch im BKA anschnitt, war die sogenannte „Terrorismusbekämpfung“.

Trotz der Verhaftung von Klar, Mohnhaupt und Schulz, so behauptete er, sei die Gefährdung durch die RAF und vor allem durch die Revolutionären Zellen immer noch sehr groß. Hierbei geht es ihm vor allem um die paar stattgefundenen und womöglich in Zukunft wieder stattfindenden Aktionen gegen Einrichtungen der US-Armee im Bundesgebiet. „Diesen Gruppen wird es nicht gelingen, die Verunsicherung herbeizuführen, die sie vor allem auch im Verhältnis zu unseren amerikanischen Verbündeten anstreben. Wir werden unseren amerikanischen Mitbürgern, denen wir viel verdanken, allen erforderlichen Schutz gewähren“, versicherte Zimmermann. Und über die Isolierung dieser Gruppen führte er aus: „Auch Personengruppen, die unserem Staat und unserer Gesellschaft ablehnend gegenüberstehen, erschrecken vor der Brutalität, die darin liegt, in einem von amerikanischen Familien bewohnten Hochhaus Bomben zu legen. Der Tod von Frauen und Kindern wird bewußt in Kauf genommen.“

Den Terrorismus dieser Gruppen und ihre volks- und arbeiterfeindliche Ideologie lehnen wir ab. Andererseits ruft bei uns der bloße Umstand von Anschlägen auf Militäreinrichtungen der US-Imperialisten nicht die Trauer hervor, die Zimmermann gerne sehen möchte. Und wenn in diesem Zusammenhang von Brutalität die Rede ist — sicher ist das Töten von amerikanischen Kindern ein Verbrechen, aber es sind auch noch keine getötet worden —, so denken wir immer noch zu allererst an die Brutalität amerikanischer Truppen in allen Teilen der Welt, denen so viele unschuldige

Menschen und so viele Kinder zum Opfer fielen, im Napalmfeuer verbrannten... Und eine Regierung, die uns diese Mördarmee als Beschützer verkaufen will, hat uns auch aus diesem Grunde zum Gegner. Und was den Terrorismus betrifft, so haben wir nicht vergessen, daß unser werter Herr Innenminister ganz persönlich über die verschiedenen Staatsschutzbehörden mehr mit der Organisation von Terrorbanden (die angeblich zur Bekämpfung der „richtigen“ Terroristen da sein sollen) zu tun hat, als er jemals öffentlich zugeben wird.

Bei Zimmermanns Ausführungen über den Terrorismus fällt vor allem auf, daß er nicht ein einziges Wort über die Verbrechen der Neonazis verliert, denen in den letzten zwei Jahren so viele Menschen zum Opfer gefallen sind, wie nie zuvor. Zimmermann spekuliert über die Auswirkungen von Anschlägen auf amerikanische Häuser. Aber er sagt nichts zu den von furchtbaren Erfolgen gekrönten Anschlägen auf Asylantenheime und Ausländerwohnungen. Das ist für ihn und seine CSU kein Thema. So erschien auch in Zimmermanns Parteizeitung „Bayernkurier“ am 20. 11. ein Artikel mit der Überschrift: „Extremistische Umtriebe — Die Hauptgefahr droht von links“, in dem zwar an einigen wenigen Stellen vom „Rechtsextremismus“ die Rede ist, von Gewalttaten allerdings nur insofern die Rede ist, als daß sie „zurückgegangen“ seien, ansonsten werden ihre „Gesetzesverstöße“ mit „meist primitive Agitation“ gekennzeichnet. Und zur Gesamtsituation heißt es: „Die spektakulären Terroranschläge, die Mitte der siebziger Jahre unser Land erschütterten, fehlen zwar, dennoch zeigt sich nicht ein Ausstieg aus der Gewalt, sondern ein Wandel in der Anwendung von Ge-

walt.“ Gewalt von „links“ ist gemeint.

Die spektakulären Terroranschläge fehlen... Man fragt sich, ob München denn nicht in Bayern liegt. Ob ausgerechnet die CSU-Leute dort die einzigen sind, die noch nie beim Oktoberfest waren. Es stimmt tatsächlich: In diesem Artikel fehlt, ebenso wie bei Zimmermanns Rede, das Oktoberfest-Massaker vollständig.

Den „Bayernkurier“-Artikel hat Alfred Sauter (MdB) geschrieben, Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern. Lebendes Beispiel dafür, wie vernagelt sich Zimmermann und seine Gesinnungsfreunde die deutsche Jugend wünschen.

Derlei Ausführungen, besonders natürlich die des Innenministers, machen deutlich, daß die neue Regierung nicht willens ist, ernsthaft etwas gegen die terroristischen Neonazis und zum Schutz der Bürger und besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen, etwa unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen, zu tun. Wer mit solcher Lässigkeit das schlimmste terroristische Verbrechen der Nachkriegszeit aus der Geschichte streicht, gerade weil es von Neonazis verübt worden ist, und deshalb nicht in die eigene Propagandalinie paßt, der macht sich der Begünstigung solcher Verbrechen schuldig.

Zimmermann geht noch weiter. Er vollbrachte in seiner BKA-Rede den Brückenschlag vom angeblich so gefährlichen „Links“-Terrorismus zu linken politischen Bewegung: „Die Grenzen zwischen Terrorismus und Extremismus sind fließend geworden.“ Der „Links-extremismus“ beginnt für Zimmermann bekanntlich noch rechts von der DKP. Womit deutlich wird, daß es der Regierung bei ihren gegenwärtigen und zukünftigen Maßnahmen auch durchaus nicht bloß um ei-

nen Schlag gegen die Terroristenhäuferlein, sondern genau um die Bekämpfung der linken, der gesamten fortschrittlichen Bewegung geht. Und es gehörte ja bereits in der Vergangenheit zu den Praktiken der Bundesregierung, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus beispielsweise Gesetze zu

schaffen, die allgemeine Grundrechte des Volkes zunichte machen.

Nach dem Motto: Der Zimmermann im Haus erspart die Axt, soll jetzt die Zerschlagung demokratischer Rechte beschleunigt weitergehen und der Faschisierung der Weg gebahnt werden.

Beschlagnahmt



Die oben abgebildete Kassette ist nicht mehr zu haben: Franz Josef Strauß ließ sie im Laden des Münchner Kleinverlegers Jürgen Heckel beschlagnahmen. Zusammen mit 48 anderen, 451 davon waren allerdings bereits verkauft. Sie enthält Auszüge aus Straußens berühmter „Wienerwald-Rede“, die er 1976 in einem Sitzungssaal des Wienerwald-Konzerns vor dem Landesausschuß der Jun-

gen Union hielt. Dabei sprang er recht unsanft mit den führenden Politikern der Schwesterpartei CDU um; damals fiel auch das Wort über den jetzigen Bundeskanzler Helmut Kohl, er würde „nie Kanzler werden“: „Er ist total unfähig. Ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles dafür.“ Inzwischen soll das ja nicht mehr gelten; Kohl hat sich nach Strauß Worten entwicklungs- und lernfähig gezeigt und sei den Anforderungen seines Amtes „heute gewachsen“. Mit dem Vertrieß der Kassette sah Strauß die „Vertraulichkeit des Wortes“ und seine Urheberrechte verletzt. Er hat übrigens damit zum ersten Mal zugegeben, daß er die bereits mehrfach in Auszügen veröffentlichte Rede tatsächlich so gehalten hat. Und das trifft sicher auch auf andere Reden zu, aus denen bisher schon zitiert wurde, wogegen er aber zum Teil prozessierte.

Wirklichkeitsnahes Training

FRANKFURT. — Die Hallen des stillgelegten ehemaligen VDM-Stammwerkes in Frankfurt erhielten vor einigen Wochen kurzfristig eine neue Bestimmung: Als Übungsgelände für die Polizei! Eine Gruppe von noch nicht entlassenen Arbeitern, die Heizungen abbauen sollten, fühlten sich unvermittelt „wie im Krieg“: Eine Horde von Polizisten mit Maschinengewehren rannte durchs Werk. Schüsse peitschten durch die Hallen.

Ein „ideales Übungsgelände“, hatte man im Polizeipräsidium befunden: Hier solle die Schutzpolizei „ihren Ausbildungsstand verbessern“, hier könne man „mal wirklichkeitsnah proben“.

Wirklichkeitsnahes Proben — für den Einsatz gegen Streiks und Betriebsbesetzungen wohl.

Im Nachhinein bereitete die Publizität, die diese Übung und die allzu offenerzogenen Verlautbarungen der Polizeiführung erreichten, den Verantwortlichen doch einige Kopfschmerzen. Man wolle auf das Übungsgelände in Zukunft verzichten, wurde verlautbart.

Ein Erfolg des Protestes. Aber die Polizeiobere haben hier einmal selbst für einen ganz kurzen Moment die Maske des „Freundes und Helfers“ abgenommen und das Gesicht von Arbeitermördern erkennen lassen. Das sollte man nicht wieder vergessen.

Zu kleine Wohnung — ausgewiesen!

SCHWETZINGEN. — Mindestens zwölf Quadratmeter Wohnfläche muß in Baden-Württemberg jedem dort lebenden Ausländer zur Verfügung stehen. Endlich mal eine menschenfreundliche Bestimmung? — O nein.

Welche Auswirkungen diese Bestimmung wirklich hat, mußte vor kurzem eine italienische Familie erleben.

Im April dieses Jahres wurde die Drei-Zimmer-Wohnung dieser Familie, die bereits seit 1973 in der Bundesrepublik lebt, durch einen Brand zerstört. Die

Behörden wiesen den nunmehr Obdachlosen ein Notquartier zu, und sie begannen, sich eine neue Wohnung zu suchen — allerdings ohne Erfolg. Die behördlich verordnete Unterkunft hatte nun aber für die siebenköpfige Familie nur 57 Quadratmeter — 84 müßten es laut Vorschrift sein. Das heißt aber nun keineswegs, daß die Behörden sich selbst aktiv in die Bemühungen einschalten müßten, für die Familie eine angemessene Unterkunft zu finden. Ihre „Lösung“: Die Größe der Familie sollte der Größe der Wohnung angepaßt werden —

der 16jährige Sohn Maurizio, der mitten in der Ausbildung stand, sollte ausgewiesen werden!

Sein Pech: Er wurde erst 16, als er schon in der Notunterkunft wohnte. Deshalb wurde die nunmehr fällige Aufenthaltsgenehmigung für ihn nur für drei Monate befristet erteilt, und auch nur jeweils befristet verlängert, zuletzt bis zum 12. Dezember. Als seine Familie um eine schriftliche Begründung für dieses Verhalten der Behörde forderte, wurde sie noch stärker unter Druck gesetzt. Am 7. November erhielt

sie den Bescheid, Maurizio habe bis spätestens zum 15. November das Land zu verlassen, sonst werde er von der Polizei abgeschoben! Am 15. November versteckten die Eltern ihren Sohn, von dem sie sich natürlich nicht trennen wollten. Aus dem Radio erfuhren sie erst an diesem Tag, daß ihm noch einmal eine Frist gegeben wurde — wieder nur für sechs Monate.

Die Familie aber war bereits entnervt. Sie gab auf: Alle Familienmitglieder haben inzwischen die Bundesrepublik verlassen. Das läuft dann amtlich unter „freiwilliger Ausreise“...

„... Deutschland in Ordnung bringen“

MÜNCHEN. — Am 18. November gab Franz Josef Strauß in seiner Funktion als Ministerpräsident vor dem Bayerischen Landtag die Regierungserklärung ab. Darin bekräftigte er unter anderem das Bemühen der Bayerischen Staatsregierung, auf eine Verschärfung der reaktionären Gesetzgebung im gesamten Bundesgebiet hinzuwirken.

Seine Position erläuterte Strauß, der übrigens auch mit keinem Wort auf die Umtriebe der Neonazis einging, unter anderem so: „Die Gewalt auf der Straße hat bei uns dank der entschiedenen Haltung der bayerischen Staatsregierung, der bayerischen Behörden und der Gerich-

te nie das Ausmaß erreicht, das in anderen Ländern zu verzeichnen war. Brokdorf und Bremen, Frankfurt und Berlin, um nur einige Namen zu nennen, markieren Stationen einer langen Kette gewalttätiger Demonstrationen. Unsere Forderung an den Bundesgesetzgeber bleibt unverändert: Das Demonstrations- und Versammlungsrecht muß verschärft werden. Vermummung und passive Bewaffnung bei Demonstrationen müssen gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt werden. Der Erlass von versammlungsrechtlichen Auflagen reicht nicht aus. Die Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen muß wieder unter Strafe gestellt werden. Der Tatbestand des Landfriedensbruchs muß novelliert und den

Bedürfnissen der Sicherheitslage angepaßt werden.“

„Unsere Polizei hat eine wirksame Organisation und eine Ausrüstung, die den Anforderungen angepaßt ist. Zum Schutz der Polizeibeamten vor gewalttätigen Demonstranten hat Bayern als erstes Land und gegen teilweise heftigen Widerstand den Reizstoff CS eingeführt.“

„Verfassungstreue Demokraten können keine Gemeinsamkeiten haben mit Kräften,

• die die parlamentarische Demokratie als eine wesentliche Voraussetzung der freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung in Frage stellen;

• die das imperative Mandat fordern und damit die Gewissensfreiheit der vom Volk ge-

wählten Abgeordneten ablehnen;

• die sich ausdrücklich zur außerparlamentarischen Aktion, d.h. zum Widerstand gegen rechtmäßig gefaßte Beschlüsse von Parlamenten und Regierungen bekennen.“

Der letzten Einlassung zufolge hält Strauß also jede Demonstration gegen irgendeinen Bestandteil der Regierungspolitik bereits für eine kriminelle Handlung.

Ach ja, das Motto der Strauß'schen Erklärung soll nicht vergessen sein: „Bayern in Ordnung halten, Deutschland in Ordnung bringen.“ Das große „Aufräumen“ ist angesagt. Der „starke Mann“ hockt wieder in den Startlöchern. Es gilt, ihn zu stoppen.

Dienstanweisung

Du mußt einfach davon ausgehen, daß alle da draußen Kriminelle sind. Ich wünsch Dir Glück bei Deinem ersten Dienst, Junge.



Neuer Todesschuß

WESTBERLIN. — Ohne Zurück oder vorherigen Warnschuß erschoss ein 26jähriger Polizeiobermeister aus höchstens fünf Metern Entfernung in Schöneberg den 18jährigen Andreas P. von hinten. Anwohner bezeug-

ten dies. Die Polizei war alarmiert worden, weil in einen Trödeladen eingebrochen worden sei: der Erschossene soll der Einbrecher gewesen sein. Der Todesschuß verweigert alle Angaben.

Presseerklärung, 27. 11. 1982

Drei Hamburger bei
Polenhilfe-Transport
verhaftet

Am 19. 11. 1982 wurden bei der Einreise in die DDR drei Hamburger Fahrer eines Polenhilfe-Transporters verhaftet. Es sind

- der Dipl. Volkswirt **Hans Jürgen Schulz**, 49;
- seine Frau, die Lehrerin **Barbara Schulz**, 46;
- die Angestellte **Marlene Kühn**, 54.

Alle drei sind aktive Gewerkschafter. Hans Jürgen Schulz und Marlene Kühn sind Betriebsräte bei der „Neuen Heimat“ in Hamburg. Barbara Schulz ist GEW-Mitglied. Die Hilfsgüter, die am 19. 11. nach Polen sollten, wurden in der Schule von Barbara Schulz, der „Stormarn-Schule“ in Ahrensburg, und unter der Belegschaft der „Neuen Heimat“ gesammelt. Insgesamt drei LKWs mit

Kleidern und Nahrungsmitteln verließen am 19. 11. 1982, abends, Hamburg.

An dem Grenzübergang Lauenburg/Horst wurden die LKWs durchsucht. Dabei wurde im LKW von Hans Jürgen Schulz, Barbara Schulz und Marlene Kühn irgendetwas gefunden, was die DDR-Behörden beanstandeten. Hans Jürgen Schulz wurde von den übrigen abgetrennt und man warf ihm ein „Zollvergehen“ vor. Nach einer Nacht Wartezeit durften die zwei anderen LKWs, die von Kollegen und Freunden der drei Verhafteten gefahren wurden, nach Polen weiterfahren. Sie sind inzwischen nach Hamburg zurückgekehrt. Der LKW vom Ehepaar Schulz und Marlene Kühn blieb in der DDR, und die

drei Fahrer wurden verhaftet.

Nach einer Woche Haft und energischen Bemühungen der Angehörigen der drei, mit Hilfe westdeutscher Behörden Auskunft über das Schicksal der Verhafteten zu erhalten, erklärte die DDR, die drei Hamburger wären in Haft, und gegen sie laufe ein Ermittlungsverfahren wegen eines „massiven Zollvergehens“ und wegen „staatsfeindlicher Hetze“ nach § 106 Strafgesetzbuch der DDR.

Der § 106 StGB der DDR ahndet sogenannte staatsfeindliche Hetze gegen Organe oder führende Persönlichkeiten der DDR. Wer die „sozialistischen Grundlagen“ der DDR und ihre „Freundschaft- und Bündnisbeziehungen“ diskriminiert, wird demnach mit Gefängnis zwischen 1 und 10 Jahren bestraft.

Der Polenhilfe-Transport war auf dem Transitweg in die VR Polen. Die DDR-Behörden haben bisher nicht mitgeteilt, was bei den Verhafteten gefunden wurde und was sie bewog,

den drei Gewerkschaftern die Weiterreise zu verbieten und sie zu verhaften. In unbestätigten und unklaren Äußerungen ist von verbotenen Druckschriften für Polen die Rede.

Nach letzten Informationen sitzen die Verhafteten wahrscheinlich in Schwerin im Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft Schwerin ist für die Ermittlungen verantwortlich.

In Hamburg hat sich ein „Ständiges Treffen von Angehörigen und Freunden der Verhafteten“ zusammengesetzt, um alles zu tun, die drei Verhafteten so schnell wie möglich freizubekommen. Dieses „Treffen“ ist verantwortlich für die Presseklärungen und steht für weitere Informationen zur Verfügung.

Ständiges Treffen der Angehörigen und Freunde der Verhafteten. Adresse:
Jörn Schulz,
Jesselallee 29c,
2000 Hamburg 73,
Tel.: (040) 6784387.

Zum Atom-
waffenhelden
Reagan!

Eine Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD, die angeblich zur Sicherung des Friedens gedacht sind, muß als Lüge herausgestellt werden.

Zum ersten: Eine Lagerung der Reaganschen A-Waffen verstößt gegen das Grundgesetz. (Artikel 1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Zum zweiten, US-Atomwaffen waren und sind nie für eine Sicherung des Friedens in der Welt. Der Beweis liegt klar auf der Hand. Die USA waren im eigenen Land nie von japanischem Boden aus bedroht, und dennoch fielen amerikanische Atombomben 1945 über Hiroshima und Nagasaki. Es war geplantes Massenmorden, es geschah um die sogenannte Freiheit der US-Imperialisten zu verteidigen! Es müßte reichen.

W.K., Essen

MGs endlich
behandeln

Liebe Genossen der Redaktion, wir waren am 6. November in Hamburg und erlebten, wie Leute von den Marxistischen Gruppen ganz massiv die Demonstrationsteilnehmer anpöbelten, weil sie an der Demonstration teilnahmen: „Die dumme Masse läuft den Führern hinterher“ und so weiter.

Dagegen sind wir natürlich vorgegangen. Aber haben sie nicht im Grundsatz recht (mit den Kritiken, wie sie in ihren Flugblättern stehen)?

Könntet ihr nicht dazu mal im „Roten Morgen“ Stellung nehmen? Rot Front

Genossen aus Flensburg

Glück-
wünsche

Thessaloniki, den 30. 10. 82

Liebe Genossen der Redaktion!

Zum 15. Jahrestag des „Roten Morgen“ überbringt Ihnen die Redaktion der Zeitung „Oktober“, Zentralorgan der griechischen marxistisch-leninistischen Organisation SAKE, ihre revolutionären Grüße.

Möge dieser Jahrestag dem deutschen Proletariat neue Kampfkraft geben in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie und den modernen Revisionismus jeder Schattierung, sowie auch im Kampf für die Schmelzung der revolutionären Einheit im Rahmen des proletarischen Internationalismus.

Mit revolutionären Grüßen
die Redaktion „Oktober“

+++ Leserbriefes +++ Leserbriefes +++ Leserbriefes +++

Wo bleibt die Analyse?

Leserbrief mit der Bitte um Veröffentlichung (das hätte ich mir schenken können, ich weiß, ihr veröffentlicht die Leserbriefe, auch wenn sie andere Meinungen als die Redaktion vertreten.)

Ich möchte Stellung nehmen zu eurer Berichterstattung zu den Ereignissen in Polen.

Ebenso wie die gesamte westdeutsche Presse, Rundfunk und Fernsehen veröffentlicht ihr regelmäßig Artikel zu den verschiedenen Ereignissen in Polen. Gut so. Um mich darüber zu informieren, brauche ich aber nicht unbedingt den „Roten Morgen“. Unsere bürgerliche Presse leistet da geradezu Heroisches. Ich brauche auch nicht den „Roten Morgen“, um zu erfahren, daß der letzte angekündigte Streik durch massiven Einsatz der Militärmacht im wesentlichen verhindert wurde. In dieser Frage ist unsere bürgerliche Presse natürlich nicht mehr ganz so heroisch, es stehen ja — wie ihr richtig anmerkt — zu viele eigene Interessen, sprich Kredite auf dem Spiel. Aber selbst dazu brauche ich noch nicht den „Roten Morgen“ — obwohl er das natürlich berichten soll — denn das kann ich mir als politisch eingetragener Mensch — und Polen ist nicht die erste Militärdiktatur in der Geschichte — natürlich denken.

Ich brauche aber den „Roten Morgen“ und das erwarte ich von einer kommunistischen Zeitung, daß er diese Ereignisse genauer analysiert. Und zwar nicht nur die Taten der Militärregierung — wie gesagt, diese Taten gleichen sich immer unheimlich — sondern insbesondere die Taten bzw. Aktionen, aus denen ich als Mitglied der Arbeiterbewegung in unserem Land lernen muß, die ich beurteilen muß.

Und da frage ich: Wo bleibt diese Analyse im „Roten Morgen“? Ich verstehe durchaus, daß ihr euch im Moment in euren Diskussionen mit sehr vielen Fragen beschäftigen müßt, die die Situation, die Entwicklung der Arbeiterbewegung, das Eingreifen der Kommunisten in unserem Land betreffen. Das muß ich im Moment auch und das ist sicher immer die wichtigste Frage, mit der man sich beschäftigen muß. Das darf aber nicht dazu führen, daß man Ereignisse in anderen Ländern nur sehr oberflächlich beurteilt und sich sagt, wenn ich den Artikel im wesentlichen so schreibe, daß was Positives über die Arbeiterbewegung und was Negatives über die Militärdiktatur drin steht, dann reicht das für die Leser einer kommunistischen Zeitung aus. (Der Artikel im „Roten Morgen“ Nr. 46 über Polen war nicht der erste dieser Art.)

Tatsache ist doch: Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Polen hat durch die Errichtung der Militärdiktatur einen Schlag veretzt bekommen, eine zeitweilige Niederlage erlitten. Objektiv auf jeden Fall. Wie hat sie darauf reagiert? Ein Teil der Führung, der sich keine Illusionen über die Langwierigkeit des Kampfes und über die Generäle, die revisionistische Parteiführung und all die anderen Typen und Kräfte gemacht hat, die wollen, daß in Polen alles beim Alten bleibt, ging folgerichtig in den Untergrund — sofern sie noch die Gelegenheit dazu hatten — und führte von dort den Kampf weiter.

Zum Beispiel mit dem Aufruf zum Generalstreik, der nicht befolgt bzw. unterdrückt wurde. (Aber natürlich auch mit vielen anderen Aktionen.)

Und da muß ich als kommunistische Zeitung, als Teil (ja Vorhut!) der Arbeiterbewegung dieses Landes, der es ja auch passieren kann, daß sie sich auf einmal im Untergrund wiederfindet, fragen: War dieser Aufruf zum Generalstreik zu diesem Zeitpunkt richtig? Ich meine, er war nicht richtig. Solidarność ist seit Monaten verboten, die Führung ist im Untergrund bzw. verhaftet, die Militärregierung demonstriert ihre Macht, die Kirche — leider ein sehr wichtiger politischer Faktor in Polen — tut das, was sie immer tat, sie wiegelt ab. In dieser Situation muß man genau überlegen, ob ein Aufruf zum Generalstreik das geeignete politische Mittel ist, ob er überhaupt befolgt wird bzw. befolgt werden kann. Denn auf der anderen Seite: rufe ich zum Generalstreik auf und der Aufruf wird nicht befolgt, ist das eine Schwächung und eine Niederlage der Führung der Bewegung und der Bewegung insgesamt. Und in einer Situation, in der man sowieso schon geschwächt ist, sollte man sehr genau überlegen, ob man sich eine solche Niederlage leisten kann.

(Nur als Anmerkung: wenn die Reaktion einen Sieg errungen hat, muß ich unter größtmöglicher Vermeidung von Verlusten einen geordneten Rückzug antreten, um meine Kräfte wieder zu sammeln und möglichst bald zum Gegenschlag auszuholen zu können. Lenin hat darüber sehr interessante Sachen geschrieben.)

Eine weitere Frage, die in euren Artikeln nicht behandelt oder höchstens am Rande behandelt wird, ist die Frage der von der polnischen Regierung zugelassenen „Gewerkschaften in einem Betrieb“. Ihr schreibt zwar, welche Absichten die Regierung damit verfolgt und was davon zu halten ist, aber das reicht meines Erachtens nicht aus. Die Situation ist doch: Solidarność ist verboten und die Generäle werden sie nicht wieder zulassen. Muß ich als Kommunist dann nicht überlegen, in welcher Art ich diese „staatlichen“ Gewerkschaften nutzen kann? (Ich weiß, in Polen gibt es keine kommunistische Partei, in

der Solidarność arbeiten die Kommunisten nicht organisiert, aber ihr seid Kommunisten und könnt euch deswegen auch nicht um die Untersuchung dieser Frage herumdrücken. Auch hier möchte ich wieder bemerken, daß Lenin über diese Frage sehr aufschlußreiche Äußerungen von sich gegeben hat.) Wäre es nicht sinnvoll, daß Solidarność aus dem Untergrund heraus auffordert, in diese Gewerkschaften hineinzugehen und sie als legales Forum (denn viele legale Möglichkeiten gibt es nicht mehr) zu benutzen, seine Forderungen dort zu vertreten? Denn das ist natürlich eine Möglichkeit, an die Arbeiter eines Betriebes heranzukommen, mit ihnen zu diskutieren, legale und illegale Arbeit miteinander zu verbinden.

Eine dritte Sache ist, daß ihr euch mit den verschiedenen Strömungen in der polnischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und den Strömungen, die von außen auf sie einwirken, höchst unzureichend beschäftigt. Es sind ja nicht nur die Generäle, die von außen einwirken! Als ihr den Artikel im RM 46 geschrieben habt, stand die Freilassung von Walesa auf der Tagesordnung. Dazu finde ich kein Wort. Walesa ist natürlich auf der einen Seite eine Symbolfigur, auf der anderen Seite aber der Vertreter der rechten, der opportunistischen Strömung der Solidarność. Und wenn die Generäle ihn jetzt freilassen, ist das einmal ein Zeichen ihrer Stärke, zum anderen aber auch ein Zeichen, daß sie diesen Mann nötig haben, um ihre Ziele durchzusetzen. Was heißt es denn, wenn Walesa meint, die Stunde der nationalen Widervereinigung habe geschlagen, aber daß er nicht in die Knie gehen wolle? Natürlich, Herr Walesa geht nur dann in die Knie, wenn er will, wo es notwendig ist z.B. zu Füßen von Hochwürden Glomp oder in der Basilika der Schwarzen Madonna!

Also Genossen, nicht nur Berichterstattung — die erwarte ich von euch natürlich auch, vor allem über all die Dinge, die in der bürgerlichen Presse nicht stattfinden — sondern und vor allem, wenn es Fragen der Arbeiterbewegung betrifft: kommunistische Analyse! In diesem Sinne
Rot Front
Ellen T., Aachen

Da fehlt was

Als ich heute (leider verspätet angekommen) den „Roten Morgen“ Nr. 46 lese, fällt mir auf, daß über zwei wichtige Ereignisse der letzten Woche nichts, aber auch gar nichts drin steht: Nichts über den Bundesparteitag der Grünen und nichts über den Tod von Breschnew. Wie ist das zu erklären? Eine Stellungnahme zu der Entwicklung bei den Grünen ist ja wohl wichtig, überall wird die Diskussion über sie und ihr Wirtschaftsprogramm geführt, nur im RM nicht! Oder kommt das noch was? In diesem Zusammenhang möchte ich euch bitten, Einschätzungen der Grünen als „kleinbürgerlich-reformistische Partei“ (RM 44 S. 2) auch zu begründen, damit wir uns mit ihr nicht schlagwortartig, sondern inhaltlich und sachlich auseinandersetzen können.

Auch der Tod von Breschnew kann nicht einfach übergangen

werden. Immerhin hat dieser Mann mit seiner Partei und seiner Politik (z.B. „Breschnew-Doktrin“) das Zeitgeschehen wesentlich geprägt — einmal ganz wertfrei ausgedrückt.

Was uns am Ort außerdem bewegt, ist das verstärkte Auftreten der MLPD. Hier müßte unser Zentralorgan mal grundlegende Stellungnahmen zur Parteigründung und Politik dieser Gruppe abgeben! Insgesamt beklage ich also eine zu geringe Auseinandersetzung mit anderen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung und der „Linken“, was das auch immer sei.

Und zum Schluß noch einmal eine Bitte: Gestaltet die Seiten des RM leserfreundlicher, d.h. laßt zwischen den Artikeln mehr Platz und macht diese nicht zu lang!

Rot Front
B. aus Oberhausen

Spendenliste

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Seite der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

W.K., Bremen	700,— DM
P.H., Hamm	100,— DM
I.H., Hamburg	1000,— DM
KPD Kreuzberg	1090,— DM
B.V., Stuttgart	700,— DM
J.E., Peine	50,— DM
I.R., Hamburg	300,— DM
Insgesamt	3940,— DM

Damit gingen für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher 108397,10 DM bei uns ein.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne zum
5. ordentlichen Parteitag
der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

**200 000 DM Spenden für die
KPD bis zum Jahresende!**

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Gabriel García Márquez

Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez, einer der bedeutendsten Autoren der Gegenwart, ist in diesem Jahr mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet worden. Sein bekanntestes (und wohl auch bestes) Werk ist der umfangreiche Roman

Gabriel García Márquez Hundert Jahre Einsamkeit

ROMAN

KWI



Hundert Jahre Einsamkeit. Verlag Kiepenheuer und Witsch. Leinen 34,— DM, Broschur 14,80 DM.

Mit einer für europäische Leser ungewohnten Mischung aus realistischer Beschreibung, Mythen, Legende und Groteske erzählt Márquez hier die Geschichte der Familie Buendía und des von ihr gegründeten Karibik-Dorfes Macondo — eine Geschichte, in der sich die ganze Tragödie Lateinamerikas widerspiegelt. Márquez versteht es wie kaum ein anderer zeitgenössischer Autor, den Leser in den Bann seiner Erzählung zu schlagen. Das gilt besonders auch für seinen letzten Roman **Chronik eines angekündigten Todes.** Verlag Kiepenheuer und Witsch; Leinen 19,80 DM.

Ort der Handlung ist, wie in den meisten Werken des Autors, wieder das kleine Dorf an der karibischen Küste. Ein Erzähler rekonstruiert den Tod des Santiago Nasar, der mit Wissen und Billigung des ganzen Dorfes umgebracht wurde, weil er ein Mädchen entjungfert hat. Ein in diesem Herbst in deutscher Übersetzung veröffentlichtes Buch von Márquez zeigt eine andere Seite im Schaffen des kolumbianischen Autors:

Bericht eines Schiffbrüchigen. Verlag Kiepenheuer und Witsch (KiWi Bd. 13); Broschur 10,80 DM.

Es ist die wahre Geschichte eines Marinesoldaten, der auf einem Floß ohne Wasser und Proviant fast zwei Wochen lang hilflos auf der Karibik trieb. Márquez hatte diese Reportage,

Büchertips für Weihnachten

die brisante Enthüllung über das kolumbianische Militär enthält, während der fünfziger Jahre in einer Zeitung als Fortsetzungsgeschichte veröffentlicht — mit dem Erfolg, daß die Zeitung vom Regime verboten wurde.

Weitere Romane und Erzählungen von Gabriel García Márquez sind bei Kiepenheuer und Witsch und, als Taschenbücher, bei dtv erschienen.

Politik und Zeitgeschichte

Im kommenden Jahre jährt sich zum 50. Male die Machtergreifung des Hitlerfaschismus. Die Schreckensherrschaft der Nazis begann mit einer großangelegten Provokation gegen die Arbeiterbewegung und die kommunistische Partei. Der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand war der Auftakt zu einer Welle der brutalen Unterdrückung und Kriminalisierung aller Linken in Deutschland. Noch im gleichen Jahr erschien das Braunbuch, eine Gemeinschaftsarbeit von Antifaschisten innerhalb und außerhalb Deutschlands, das zum ersten Mal zusammenhängend den Terror der Nazis gegen die Arbeiterbewegung beschrieb und die Nazi-Lügen über den Reichstagsbrand widerlegt. Das Braunbuch ist als Faksimile-Nachdruck erschienen.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Faksimile-Nachdruck des Originals vom 1. August 1933. Röderberg-Verlag, Frankfurt, ISBN 3-87682-589X, 15,— DM

Ebenfalls im Röderberg Verlag erschien jetzt eine Materialsammlung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung des Hitlerfaschismus. Faschismus an der Macht — dargestellt in Bildern, Dokumenten, die ein eindringliches Bild dieser Epoche geben. Lehrreiches, informatives Material, das die notwendige Kenntnis der faschistischen Herrschaft fördert. Heute, 50 Jahre danach, werden angesichts der erneuten schweren Wirtschaftskrise, erneuter Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden Kriegsgefahr die katastrophalen Ereignisse und Entwicklungen von damals zum alarmierenden Lehrstück.

Heinz Brüdigam: Faschismus an der Macht. Berichte Bilder, Dokumente über das Jahr 1933, 50 Jahre danach. Röderberg Verlag, 19,80 DM

Die Ansichten des prominenten Friedenskämpfers Harry Belafonte, sein Lebensweg, seine Schwierigkeiten als engagierter Künstler im großen Showgeschäft, seine Haltung zu den USA heute dokumentiert das Buch „Was mich bewegt“. „Ich bin oft genug im Gefängnis gewesen. Ich habe die McCarthy-Zeit erlebt. Ich habe in den USA die Unterdrückung von Gedanken und Idealen erlebt. Ich habe aus allem gelernt.“ Das „andere Amerika“ spricht.

Harry Belafonte Was mich bewegt

Gespräche mit
Günter Amendt
Konkret
Literatur Verlag



Harry Belafonte: Was mich bewegt. Gespräche mit Günter Amendt, Konkret Literatur Verlag, 144 Seiten mit vielen Fotos, 16,80 DM

Endlich gibt es auch eine Ausgabe des Grundgesetzes, die wir empfehlen können. Der Grafiker und Satiriker F.K. Wächter hat sie herausgegeben. Mit vielen erläuternden Zeichnungen und handschriftlichen Anmerkungen interpretiert Wächter den Gesetzestext. Zitat: „Die Bürde des Menschen ist unantastbar!“

F.K. Wächter: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. VSA Verlag, 7,80 DM

Bildbände

In der letzten Zeit hat es viele gute Initiativen zur Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterkultur gegeben. Ein besonders gelungenes Beispiel dafür

war eine Hamburger Ausstellung in diesem Jahr, in der alle Aspekte der örtlichen Arbeiterkultur — vom Agitprop bis zum Radsportverein — aus den Jahren um 1930 präsentiert wurden. Der sehr materialreiche und großzügig bebilderte Katalog dieser Ausstellung

Vorwärts und nicht vergessen ist im Verlag Frölich & Kaufmann erschienen und kostet 25,— DM.

Ein Klassiker auf dem Gebiet der Arbeiterkultur ist inzwischen schon das

Hochlarmarker Lesebuch



Kohle war nicht alles
100 Jahre Ruhrgebietgeschichte
Anni Viehag

Hochlarmarker Lesebuch. Asso Verlag, 39,80 DM.

Der großformatige Band enthält Dokumente, zeitgenössische Fotografien, Briefe, Tagebuchauschnitte usw., aus denen sich die Geschichte einer Bergarbeiterkolonie bei Recklinghausen zusammensetzt.

Nach der Revolution von 1910 bis 1917 erlebte Mexiko einen einzigartigen Aufschwung der Malerei, der sich in der Herstellung der berühmten, riesigen Wandbilder niederschlug. Eine gute Darstellung von Theorie und Praxis dieser revolutionären Kunst gibt — mit vielen farbigen Abbildungen — der Katalog **Wandbild Mexiko.** Verlag Frölich & Kaufmann, 30,— DM.

Frans Masereel, revolutionärer Künstler, hat mit seinen Linolschnitten, Grafiken, Zeichnungen immer wieder gegen den imperialistischen Krieg Stellung genommen. Seine sämtlichen Arbeiten gegen den Krieg liegen jetzt in einem Band vor. Es handelt sich um Arbeiten für Zeitungen, um Illustrationen von Antikriegsromanen der Schriftsteller Romain Rolland und Henri Barbusse, um den Abdruck ganzer Mappen und Hefte mit Antikriegsarbeiten.

Das Werk, das den ganzen Zeitraum vom ersten Weltkrieg

bis zur Zeit nach dem zweiten Weltkrieg umfaßt, ist gut kommentiert und von Theo Pinkus engagiert eingeleitet. Leider gibt es den fast 700 Seiten starken, großformatigen Wälzer „nur“ bei 2001, dafür ist der Preis ein echter Knüller.

FRANS MASEREEL BILDER GEGEN DEN KRIEG

Frans Masereel, Bilder gegen den Krieg, Zweitausendeins, 25,— DM

Kassetten und Werkausgaben

Der Süddeutsche Verlag bringt in diesen Wochen in einem Sonderangebot eine siebenbändige Werkausgabe von Oskar Maria Graf auf den Markt. In dieser außergewöhnlich gut ausgestatteten Kasette sind folgende Werke des bayrischen „Balsac's in Lederhosen“ enthalten: Das bayrische Dekameron, Das Leben meiner Mutter, Der harte Handel, Die Chronik von Flechting, Flucht ins Mittelmäßige, Kalendergeschichten, Wir sind Gefangene. Obwohl fast alle Bücher auch in der Taschenbuchreihe von dtv erschienen sind, ist diese Werkausgabe recht preiswert.



Oskar Maria Graf. Ausgewählte Werke in 7 Bänden. Leinen mit farbigem Umschlag, Schmuckkassette. Süddeutscher Verlag. 98,— DM

Ebenfalls 98 Mark kostet die zehnbändige Taschenbuchausgabe des Gesamtwerkes von Kurt Tucholsky bei Rowohlt. Die zehn umfangreichen Bände bieten viel Lesevergnügen, von den polemisch-satirischen Artikeln des entschiedenen Demokraten und Republikaners aus der Weimarer Zeit, bis hin zu seinen scharfen Angriffen auf die Klassenjustiz und die Reaktion. Seine Attacken gegen Militarismus und Spießbürgertum sind ebenso interessant wie seine vielen Literaturkritiken und die berühmten „Schnipsel“ — zeitkritische, satirische Anmerkungen, die oft heute noch reale Zustände treffen.

Kurt Tucholsky Gesammelte Werke

Kurt Tucholsky. Gesammelte Werke. Zusammen ca. 4000 Seiten. Rowohlt Taschenbuch Verlag. 98,— DM

Als vor gut einem Jahr im Athenäum Verlag 20 Bände der Malik-Bücherei erschienen, kostete die Kasette auch 98 Mark. Heute ist sie in Buchhandlungen, die modernes Antiquariat oder Restauflagen verhöckern, für 39,90 Mark zu haben. Auch die Versandbuchhandlungen „Wohltat“ und „Büchner“ in Westberlin bieten sie zu diesem Preis an.

Der Malik Verlag, von George Groz und Wieland Herzfelde gegründet, ist neben der Herausgabe vieler revolutionärer, vor allem russischer Bücher, auch durch die Arbeiten John Heartfields, des Fotomonteurs und Bruder des Verlagsgründers, bekannt geworden.

Die „Kleine Malik-Bücherei“ enthält 20 schmale Bändchen mit verschiedensten Inhalten, z.B. Werke von Gorki und Majakowski, Upton Sinclair und André Marty, Gedichte, Erzählungen, Büchners Revolutionsbriefe wie auch historische Texte zum reaktionären Preussentum.

Für den Bücherfreund, den zeitgeschichtlich Interessierten ein guter Tip:

Kleine Malik-Bücherei, Künstlerische und historische Dokumente der sozialen und kulturellen Kämpfe aller Völker in Vergangenheit und Gegenwart. Unveränderter fotomechanischer Nachdruck der 1924 bis 1926 von Wieland Herzfelde herausgegebenen Bände. Athenäum-Verlag. Z.Z. nur 39,90 DM.

SONDERANGEBOTE

Modernes Antiquariat —

Begrenzte Anzahl leicht beschädigter Bücher:

1. Hans Lorbeer: Zur freundlichen Erinnerung; Berlin (Ost) 1960; statt 1,60 DM jetzt nur —,50 DM
2. Julius Fucik: Wir lieben unser Volk; Berlin (Ost) 1956; statt 5,40 DM jetzt nur 2,— DM
3. Maxim Gorki: Autobiographische Romane; dtv-Dünndruck-Ausgabe; München 1976; statt 11,80 DM jetzt nur 5,— DM
4. Antonin Zapotocky: Neue Kämpfer werden aufstehen; Berlin (Ost) 1952; statt 3,60 DM jetzt nur 2,— DM
5. Erich Weinert — Eine Biographie von Werner Preuß; Berlin (Ost) 1970; statt 6,80 DM jetzt nur 4,— DM
6. Alex Wedding: Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck; rotfuchs; Reinbeck 1973; statt 4,80 jetzt nur 2,— DM



7. A. Fadejew: Die junge Garde, Roman Bd. II; Verlag Neuer Weg; Stuttgart 1974; 4,— DM
8. Maxim Gorki: Klim Samgin — Roman in 4 Bänden; Berlin (Ost) und Weimar 1976; statt 50,— DM jetzt 20,— DM
9. A. Fadejew: Die Neunzehn; Roman aus dem russischen Bürgerkrieg; Verlag Neuer Weg; Tübingen 1972; statt 9,80 DM jetzt 4,— DM
10. Georg Büchner: Werke und Briefe — Dramen, Prosa, Briefe, Dokumente —; dtv-München 1965; statt 5,80 DM jetzt 2,50 DM
11. H.J. Kawalum (Hrsg.): NATO — Maßband und Moten; Weltkreis Verlag; Dortmund 1979; statt 9,80 DM jetzt 1, DM

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

DIE GESCHENKIDEE

MUSIK VON ELBE 1 „Schönes Land“

Das aktuelle Programm der Hamburger Polit-Rock- und Folk-Gruppe „Elbe 1“ ist jetzt auf einer Musikkassette zu hören. Das Programm „Schönes Land“ enthält alle von den letzten Auftritten bekannten „Renner“. Hier die Titel:

Schönes Land / Wir wollen leben / I ho' was g'sea / Weine nicht / Elbe / Kopfsalat / Diana / Hobby / Hey, Halleluja / Heilighschein / Du wehrst dich /

Für nur 15,— DM zu bekommen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.





Neuer Anlauf der belgischen Regierung

Lohnkürzungen, sozialer Kahlschlag und geringere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

Im Frühjahr dieses Jahres gingen Fotos aus Belgien um die halbe Welt: 10000 Stahlarbeiter lieferten sich in Brüssel stundenlange Straßenschlachten mit 1500 hochgerüsteten Polizisten. Bilder von Kämpfen, die in dieser Härte in der gesamten Geschichte der EG noch nicht dagewesen waren. Die Regierung des konservativen Ministerpräsidenten Martens schreckte zunächst einmal zurück. Jetzt will sie ihr Wirtschaftsprogramm im zweiten Anlauf vollends über die Bühne bringen.

Richtschnur sollen dabei die Maßnahmen bei der staatlichen Fluggesellschaft Sabena sein: Dort waren die fast 10000 Beschäftigten mit einer generellen Einkommenskürzung um 17 Prozent konfrontiert worden. Ähnliches soll nun, wie schon im Frühjahr, auch den Arbeitern vor allem aus der Stahlindustrie, aber auch aus den Textilwerken, passieren. Die Stahlarbeiter sollen eine Lohnkürzung um — durchschnittlich — 15 Prozent hinnehmen.

Es ist ein ganzes Programm, das für alle Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik Maßnahmen enthält, das da auf die belgische Arbeiterklasse zurollt. Das brutalste Programm einer konservativen Regierung, das selbst die Maßnahmen in England und den USA noch in den Schatten stellt. So soll nicht nur die Arbeitszeit nahezu überall verkürzt werden, natürlich mit entsprechender Lohnkürzung, sondern es soll auch das ganze System der Sozialversicherung (Arbeitslosigkeit, Rente, Krankheit) dermaßen „reformiert“ werden, daß am Ende ein ganz anderes System dabei herauskommt.

Denn natürlich tobt die reaktionäre Propaganda auch in Belgien, daß es die maßlosen Ansprüche der Arbeiter, der Werktätigen seien, die die Staatsfinanzen und Unternehmensgewinne vernichtet hätten. Der „überzogene Sozialstaat“

sei an allem Schuld — meinte der belgische Unternehmerverband und kündigte durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden das Ende der „Ära der Sozialpartnerschaft“ und den Beginn einer „Zeit härtester Auseinandersetzungen“ an. Und dementsprechend formulierte die Regierung ihr Programm, vom König abgesegnet, gegen dessen Erlasse zu streiken an sich illegal ist. Nur daß sich die Stahlarbeiter nicht darum kümmern. Vor allem die Offenheit, mit der diese „Roßkur“ verfolgt wird, brachte die Arbeiterschaft zum Kampf. Denn während ihnen alles genommen werden soll, was die letzten 30 Jahre erreicht wurde, werden die Unternehmer mit Steuergeschenken, Investitionsbeihilfen usw. förmlich überhäuft.

Tatsache aber ist, daß der wirtschaftliche Aufschwung in Belgien in der Vergangenheit vor allem durch die Ansiedlung zahlloser Filialen multinationaler Konzerne zustandekam, die über Jahrzehnte hinweg einen Großteil der gemachten Profite aus dem Land brachten. Und die heute noch schneller als die einheimischen Kapitalisten-Betriebe schließen. Über 600000 Arbeitslose gibt es in dem kleinen Staat, das ist rund jeder siebte Erwerbstätige.

Die Pläne der Regierung würde diese Menschen, die zusammen mit ihren Familien über eine Million zählen (über ein

Drittel von ihnen sind Jugendliche) ins Elend stürzen. Deshalb gab es auch in diesem Jahr schon die größten Arbeitslosen-demonstrationen in der Nachkriegsgeschichte des Landes.

Die brutale arbeitgeberfeindliche Politik der Regierung hat auch dazu geführt, daß der katholische Gewerkschaftsverband, lange Jahre eine treue Stütze jeglicher konservativer Politik, sich zunehmend radikalisierte. Und nachdem im Frühjahr über 100000 katholische Gewerkschafter sich, entgegen den Anordnungen der Zentrale, am vom sozialistischen Gewerkschaftsbund ausgerufenen Generalstreik beteiligten, wurde auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von katholischer Seite erstmals stark unterstrichen. Der Zusammenschluß der beiden fast gleichgroßen Richtungsgewerkschaften zu einem Einheitsverband ist im Laufe dieses Jahres immer wieder von zahlreichen Organisationen gefordert worden.

Da der Organisationsgrad von beiden zusammen gemessen überdurchschnittlich hoch ist, wäre dies ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Kampfes gegen die Regierungspolitik. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken ist in den letzten Monaten von verschiedenen Seiten, aber stets im Dienste des Kapitals, der flämisch-wallonische Gegensatz angeheizt worden.

Mitterrands neueste Maßnahmen

Visumszwang und Amnestie in Frankreich

Zwei innenpolitische Entscheidungen sind in den letzten Tagen in Frankreich gefällt worden. Für Bürger nord- und westafrikanischer Staaten wurde bei der Einreise nach Frankreich der Visumszwang beschlossen. Dafür wurde für die Militärs, die vor 21 Jahren gegen de Gaulles Algerien-Entscheidung putschen wollten, eine Amnestie erlassen.

Beide Maßnahmen sind ein weiterer Schritt auf dem Weg der Koalitionsregierung der PSF und der PCF weg von den einstigen Wahlversprechen und hin zu einer Politik, die immer mehr jener der vorherigen konservativen Regierungen gleicht.

Die Bürger der drei nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Algerien, sowie jener westafrikanischer Staaten, die mit Frankreich durch den Kolonialismus verbunden waren und noch sind, konnten seither frei einreisen, sofern sie entweder Unterkunft, einen geringen Geldbetrag oder eine Rückreiseterminierung angeben konnten. Viele von ihnen wurden als illegale Arbeiter angeworben und fristeten ein rechtloses Dasein.

Sofort nach dem Wahlsieg der Linkskoalition wurde ein demokratisches Wahlversprechen erfüllt — allerdings da schon nur zum Teil: Über 100000 illegal beschäftigte Arbeiter erhielten nachträglich die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, sowie das Recht, sich zu sozialen Vereinigungen zusammenschließen zu dürfen (über die Gewerkschaften hinaus). Das war ein Schritt, aber dabei blieb es. Weder wurden alle illegalen Arbeiter dadurch erfaßt (nach allgemein vertretenen Schätzungen waren es etwa ein Drittel von allen), noch wurde diese Politik fortgeführt. Außerdem war es die erklärte Politik der neuen Regierung, alle Maßnahmen zur Familienzusammenführung zu unterstützen, was zuerst auch geschah. Wenn auch hier nicht in großem Umfang, so war dies doch eine Politik gegenüber ausländischen Mitbürgern, die sich sehr deutlich von der Ausländerpolitik schon der Bonner SPD/FDP-Regierung unterschied und erst recht von der neuen Bonner Rechtsregierung.

Auf der anderen Seite war die militante Ausländerhetze in Frankreich seit langem schon breiter als etwa in der Bundesrepublik. Geschürt wurde sie vor

allem von den ehemaligen Algerien-Franzosen, die ihr Herrenleben auf den besten Böden der „Algerie française“ vermißten. Aber gerade deshalb hängt dieser doppelte Beschluß der Pariser Regierung so eng zusammen, ist er ein so starkes Signal.

Denn die Generäle und hohen Offiziere, die jetzt von ihren Anklagen und Strafen wegen ihres Putschversuches von 1961 amnestiert wurden, gehörten natürlich zum politischen Kern jener Kräfte, die in Frankreich Ausländerhetze betrieben und eben speziell gegen Nordafrikaner.

Nachdem im Verlaufe des Jahres 1982 schon immer deutlicher wurde, daß die zunächst so viel gepriesene „andere Wirtschaftspolitik“ sich immer mehr an die normale, sozialdemokratische Krisenpolitik im Kapitalismus anlehnt, wird nun auch im politischen Bereich die große Wende des Jahres 1981, als noch Hunderttausende mit roten Fahnen den Wahlsieg feierten, allmählich der Vergangenheit zugeordnet.

4,8 Millionen Bürger anderer Staaten leben heute in Frankreich, etwas mehr als in der Bundesrepublik. Bei der geringeren Einwohnerzahl Frankreichs ist der Prozentsatz ausländischer Bürger aber wesentlich höher als in der Bundesrepublik.

Bezeichnenderweise aber stammen die ersten öffentlichen Überlegungen amtlicher Stellen zu einer Veränderung der Ausländerpolitik aus dem Frühjahr und Sommer dieses Jahres. Denn erst in diesem Jahr wurde sichtbar, daß die ausländischen Arbeiter vor allem von den ihnen zugestanden Rechten auch Gebrauch machen. Sie waren die treibende Kraft bei den politisch wichtigen Streiks in der Automobilindustrie Frankreichs, wo sie die Hauptmasse der Bandarbeiter stellen.

Und da wurden dieselben Überlegungen laut, wie man sie auch aus der Bundesrepublik zur Genüge kennt: Nicht nur von der Rechten wurde gehetzt „zu viele Ausländer“ und der Untergang der „grande nation“ vorausgesehen, sondern auch die Sozialdemokraten meinten plötzlich, zu viele Ausländer gefährdeten die Pläne zu ihrer Integration in der Gesellschaft. Daraus werden jetzt Schlüsse gezogen und die Amnestie rundet dies ab.

Meldungen

England: Kein Rassismus?

LONDON. — 60 Prozent aller westindischen Jugendlichen in Großbritannien (zwischen 15 und 20 Jahren) sind ohne Arbeit.



Bei den aus Asien stammenden Jugendlichen dieses Alters sind es 40 Prozent, die ihr Dasein als Arbeitslose fristen. Bei einer Befragung meinte jeder vierte Jugendliche aus Westindien und jeder fünfte aus Asien, daß ihre Hautfarbe Hauptgrund ihrer Arbeitslosigkeit sei. Daß der Rassismus dabei eine Rolle spielen meinten alle.

Auch die Hälfte der befragten weißen Jugendlichen neigte zu der Ansicht, daß der Rassismus bei den Einstellungsmethoden der Kapitalisten eine Rolle spiele.

Der Umfrage, die von der Kommission für Rassengleichheit ausgewertet wurde, wußte die britische Regierungspartei nur entgegenzusetzen, in ihrem Lande gäbe es keinen Rassismus.

Spanien: Wo bleibt die Wende?

MADRID. — Rund einen Monat nach dem Wahlsieg der PSOE und eine Woche vor ihrem Regierungsantritt fehlte noch jede konkrete Aussage über beabsichtigte Maßnahmen.

Alles, was bisher bekannt wurde, waren die Gespräche, die der künftige Regierungschef Gonzalez mit Vertretern der Armee, des Unternehmerverbandes und der ausländischen Investoren hatte. Alle äußerten sich befriedigt über die „Mäßigung“ Gonzalez.

Oberkommandierender Lacaile Leloup vernahm zufrieden, daß die Regierung keine Säuberung in der Armee vor habe, sondern alles ihm überlassen werde.

Der Kapitalistenverband CEOE äußerte ebenfalls seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit, nachdem noch nach der Wahl eine heftige Propagandakampagne von dort aus geführt worden war.

Und der Beauftragte der Hanover-Bank (Rockefeller) aus den USA war auch zufrieden.

Dagegen mehrten sich, auch in der demokratischen Presse, die Stimmen, die sich fragen, ob da überhaupt irgendwelche Wechsel geplant werden...

Nach langem Gerangel

Nakasone neuer japanischer Premier

Über einen Monat lang dauerte die internen Auseinandersetzungen in der japanischen Dauerregierungspartei LDP um die Nachfolge des seitherigen Ministerpräsidenten Suzuki, der am 27. Oktober offiziell seine

Rücktrittsabsicht kundtat. Nun ist mit Nakasone abermals ein Mann der Tanaka-Fraktion gewählt worden, wie schon die beiden Nachfolger Fukudas seit November 78, eben Suzuki und vor ihm Ohira.

Die LDP, angeblich eine Partei mit einer Million Mitgliedern, ist in Wirklichkeit nichts anders als der politische Ausschuß der japanischen Kapitalisten, die sich heute in ihren Auseinandersetzungen um zwei ehemalige Ministerpräsidenten scharen: Tanaka, der nicht einmal mehr Mitglied der LDP ist (der wegen der Lockheed-Bestechungsaffäre vor Gericht steht) und sein Nachfolger und Gegenspieler Fukuda.

Was den Charakter dieser LDP zeigte — unter vielem anderem — sind zwei Tatsachen: Diese „Partei“, die faktisch seit der Niederlage der Armeen des Tenno die Regierung führt, verfügt nicht einmal über ein Parteiprogramm. Und: Es ist bekannt, daß einer der vier Kandidaten, die jetzt Ministerpräsi-

dent werden wollten, Staatsminister Komoto alleine die Beiträge für 400000 Parteimitglieder, 10 Millionen jährlich, bezahlte.

Die Unterschiede zwischen den beiden Fraktionen sind nur unwesentlich, solange sie politische Aussagen und Ziele betreffen. Beide Führer sind nicht nur Konservative, sondern auch ausgesprochen rechts. Tanaka aber verfolgt die Linie, die Regierungsgeschäfte seien die Domäne der Berufspolitiker. Sein siegreicher Kandidat Nakasone ist dafür bestes Beispiel, er war seit 1947 Abgeordneter und seit langen Jahren Minister. Fukuda will die großen Bosse selbst in die Regierung bringen, um eine „reibungslosere“ Politik machen zu können, wo beispielsweise solche Dinge wie Be-

stechung nicht mehr nötig sind. Deshalb hatte er auch seinen entsprechenden Kandidaten: Eben jenen Komoto, der der größte Reeder Japans ist und einer der prominentesten Vertreter einer forcierten Aufrüstungspolitik, verständlicherweise vor allem bei der Marine.

Daß Tanaka seinen Mann Nakasone nun noch einmal durchgesetzt hat, heißt beileibe nicht, daß Fukudas Linie damit gescheitert wäre. Seine Schwäche war, daß er mehrere Kandidaten ins Rennen schicken mußte, um eine Wahl nur der Parlamentsfraktion (die in der Satzung bei bis zu drei Kandidaten vorgeschrieben ist) zu verhindern, in der Tanaka die klare Mehrheit hat. Handelsminister Abe, Schwiegersohn des frühe-

ren Premiers Kishi und ebenfalls zu den großkapitalistischen Sippen gehörend, gewann ebenfalls einen beträchtlichen Anteil der Stimmen in der Parteiwahl, deren genaue Ergebnisse vorsichtshalber nicht bekannt gegeben wurden, denn es wären daraus ja Aufschlüsse über die tatsächliche Mitgliederzahl zu gewinnen.

Was das japanische Großkapital mit seiner wachsenden Direktbeteiligung an den Regierungsgeschäften erreichen will, ist eine härtere Haltung im schärfer werdenden Handelskrieg, der sich zwischen Japan und seinen kapitalistischen Konkurrenten immer deutlicher bemerkbar macht. Eine härtere Haltung, wie Komoto ankündigte, nach innen und außen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Aus Anlaß der Demonstration, die in Dortmund gegen den britischen Imperialismus stattfand, und der daran anschließenden Veranstaltungen in Dortmund und Bochum, führte ein Redakteur des „Roten Morgen“ ein Gespräch mit zwei Mitgliedern der Irischen Republikanischen Sozialistischen Partei (IRSP), das wir im folgenden in Auszügen wiedergeben.

Interview mit zwei Mitgliedern der IRSP

Wie ist das Verhältnis der Republikaner zur organisierten Arbeiterschaft in Irland?

IRSP: Dazu muß man wissen, daß die irischen Gewerkschaften vom Typ her dieselben sind wie hier. Ihrem Charakter nach sind sie reformistische Gewerkschaften. Sie verhalten sich zum Kampf um die nationale Befreiung so, daß sie diesen Kampf entweder ignorieren, oder, wenn sie Stellung dazu beziehen, dann sind sie dagegen. Die Führung sagt, daß dieser Kampf die Arbeiterklasse spalten würde. Aber man muß hier unterstreichen, daß es der Imperialismus war, der die sechs nördlichen Bezirke abgetrennt hat, der die Arbeiterklasse spaltet. Deshalb haben alle nationalistischen Parteien und Organisationen keine offiziellen Verbindungen zur Gewerkschaft — aber alle unsere Mitglieder sind auch Mitglieder der Gewerkschaften und arbeiten dort. Und wir organisieren dort auch Aktionen. So gab es vor kurzem eine Betriebsbesetzung bei einer Autofabrik in Belfast. Das war die Fabrik von diesem de Lorean, der sich alles von der britischen Regierung bezahlen ließ, als er aus Amerika kam. Er wollte immer mehr Geld, bis er schließlich 80 Millionen Pfund Sterling erhalten hatte. Da wurden Sportwagen für die Amerikaner gebaut, aber die wurden wegen der Wirtschaftskrise in den USA von niemand mehr gekauft. So schloß er die Fabrik, die Briten wollten ihm auch kein Geld mehr geben. Deshalb besetzten die Arbeiter die Fabrik und forderten von der britischen Regierung den Erhalt der Arbeitsplätze, daß die Fabrik verstaatlicht werde usw. Bei dieser Aktion waren sehr viele Mitglieder unserer Partei und anderer republikanischer Organisationen beteiligt. Und auch protestantische Arbeiter waren dabei, eben auch weil unsere Leute nicht sagen, wir sind die IRSP, sondern weil wir sagen, wir sind Arbeiter und ihr seid Arbeiter. Wenn wir nicht so handeln würden, würden wir ja tatsächlich die Einheit vergessen.

War dieser Kampf von der Gewerkschaftsführung unterstützt worden?

Nein. Oder besser: Nicht im Kampf, nur in Reden. Das ist in Irland überhaupt wohl anders als hier. In Irland ist es sehr schwer, dahin zu kommen, daß die Gewerkschaften einen Streik offiziell führen. Deshalb machen die Arbeiter illegale Streiks

und die dauern oft monatelang. Und sie versuchen alles, um die Gewerkschaften in die richtige Richtung zu drängen, sie gehen nicht raus, sondern bleiben drin, trotz allem. Und wir versuchen, alle diese kleineren Bewegungen der Arbeiter zusammenzufassen. Nicht mit einer Lösung wie die Gründung neuer Gewerkschaften, weil das unmöglich ist.

Welches ist denn die größte Gewerkschaft?

Das ist die Irish Transport and General Workers Union, die ungefähr 200000 Mitglieder hat, die aus vielen Branchen besteht, beispielsweise auch eine Sektion für Bauarbeiter. Es gibt 15 verschiedene Sektionen. Und sie entstand auf einer revolutionären, einer antiimperialistischen Basis. Sie wurde von James Connolly gegründet. Aber als er ermordet worden war, gingen seine Nachfolger, die ihn schon immer bekämpft hatten, aber ihm gefolgt waren, weil er ein großer Führer war, auf einen anderen Kurs.

Aber es gibt auch zahlreiche kleine Gewerkschaften für die verschiedensten Berufe. Und die Konfusion wird noch größer dadurch, daß es irische und britische Gewerkschaften gibt. Nicht nur in den sechs Bezirken (im Norden), sondern auch in den 26 Bezirken im Süden.

Wir sind natürlich dafür, daß die Leute in irischen Gewerkschaften sind, denn die britischen Gewerkschaften stehen für unsere Leute außerhalb jeder Kontrolle. Bei den britischen Gewerkschaften gibt es natürlich auch keine einzige, die etwas für den nationalen Befreiungskampf tut, bei den irischen auch nur einige wenige kleine Gruppierungen.

Aber andererseits muß man wieder sagen, daß einige der britischen Gewerkschaften im Süden einfach besser sind als die irischen — das ist wirklich ziemlich konfus, diese Lage.

Was für eine Rolle spielt nun eigentlich die Religion? Weil hier hört man normalerweise stets nur, daß es sich um einen religiösen Kampf handelt. Welche Rolle spielt das nun innerhalb der Arbeiterbewegung? Welche Widersprüche gibt es da, wie entwickelt sich das?

Nun, geschichtlich gesehen ist das, daß England, als es vom Feudalismus zum Kapitalismus überging, den Protestantismus annahm. Und als einen Teil der Bestrebungen, Irland zu einer britischen Grafschaft zu ma-



Befreiungskampf in Irland

Mehrere hundert Menschen nahmen am Wochenende an der Demonstration in Dortmund und den darauffolgenden vier Veranstaltungen in NRW teil, die zur Solidarität mit dem irischen Kampf gegen den britischen Imperialismus organisiert wurden. Wenn man über Irland bei uns Nachrichten hört, dann geht es meist um Bomben

und ähnliches, dann toben die Propagandamedien der westdeutschen Reaktion über „IRA-Terroristen“ usw. Aber: Was passiert eigentlich alles in Irland? Wie ist das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und nationalem Befreiungskampf, wie ist heute dort die politische Situation, nach den Wahlen?

chen, entsandten sie dann auch protestantische Siedler aus England nach Irland. Hier geschah ein Zusammenschluß solcher Siedler, die oft als Pächter bei den großen Grundbesitzern arbeiteten, und sie waren gemeinsam die Protestanten. Das ist der historische Grundzug.

Mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus wurden viele der protestantischen Grundbesitzer Fabrikeigentümer, während auf der anderen Seite die Menschen ohne Land zu Arbeitern wurden.

Und da wurden die verschiedenen Glaubensbekenntnisse von Beginn an sehr deutlich zur Spaltung der Arbeiter benutzt. Viele — protestantische — Kapitalisten machten den protestantischen Arbeitern viele Versprechungen, stellten sie auch besser und hetzten gegen die katholischen Arbeiter. Und als dann im letzten Jahrhundert der Befreiungskampf begann, da

waren die Nationalisten eben vor allem die Arbeiter und die kleinen Bauern. Und die britischen Imperialisten trauten es der irischen Bourgeoisie offensichtlich nicht zu, die Revolution zu verhindern, deshalb spalteten sie einen Bereich des Landes im Norden, diese sechs Bezirke, ab. Eben weil es da, unter der geringen Bevölkerung, anderthalb Millionen Menschen, eine Million Protestanten gab, die protestantisch waren. Aufgrund der in langen Jahren gewachsenen Bindungen. Sie wollten in ihren Überlegungen von Beginn an diese Nordprovinzen als Basis für den Kampf gegen den Rest des Landes nutzen, falls dort eine revolutionäre Entwicklung stattfinden sollte.

Denn natürlich ist die irische Bourgeoisie für den Imperialismus, arbeitet mit ihm zusammen, profitiert von ihm, aber die Briten wollen das selbst unter Kontrolle halten.

Was nun die Solidaritätsaktionen von diesem Wochenende betrifft, wart ihr eigentlich enttäuscht, von dem Echo, das diese Aktionen hervorgerufen haben?

Nein, so nicht, es ist halt schwierig hier, das hat man auch schon bei den Aktivitäten der PLO gesehen, wo sie bei einer Großveranstaltung in Frankfurt ja auch nur 400 Menschen hatten. Das hat sicher viele Ursachen, aber eine davon ist natürlich, daß es immer noch sehr viele Menschen hier gibt, die die ausländischen Truppen als Schutzmacht ansehen, eben auch die britischen Truppen, und daß die Briten natürlich auch hier sehr viel Propaganda machen. Da müssen wir eben dagegen angehen, und in diesem Sinne nützen solche Aktionen immer, auch wenn nicht allzu viele Menschen neu dazukommen.

Und die Menschen sind eben mit anderen Problemen konfrontiert, mit der Arbeitslosigkeit, den Löhnen, oder wohl

auch der Friedensfrage. Das gibt es auch bei uns, obwohl Irland formal ein neutrales Land ist, aber das ist eine proimperialistische Neutralität, keine wirkliche. Da gibt es zahllose Dinge, in denen mit der NATO zusammengearbeitet wird, zum Beispiel Flugrechte im Luftraum usw. Oder Radarstationen in unserem Land, die von der NATO benutzt werden. Und so entsteht auch eine Bewegung zur Verteidigung unserer Neutralität. Und auch im Norden gibt es viele Menschen, die die Neutralität wollen, die nicht einsehen wollen, warum wir unser Land in einen Krieg verwickeln lassen sollten.

Die bürgerlichen Parteien im Süden machen ständig neue Versuche, sich in Richtung auf die NATO zuzubewegen, da geht das Konzept einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft umher. Eine EG-Einheit sozusagen. NATO durch die Hintertür eben. Aber die Reaktion betreibt das immer offener.

Abschließend noch eine Frage: Was habt ihr zu den kürzlich stattgefundenen Wahlen in beiden Teilen Irlands zu sagen, welche Entwicklungstendenzen werden da sichtbar?

Was die Wahl betrifft, so haben wir fast ein Jahr lang eine Kampagne gemacht, um den Menschen den Glauben an dieses neue britische Parlament zu nehmen. Das ist für die Briten nur ein Mittel, damit sie sagen können, sie seien kein Unterdrücker, dies sei keine Kolonie, das sei „Selbstregierung“. So waren dann unsere Menschen auch alle gegen dieses Parlament, und alle radikalen, antiimperialistischen Strömungen und Organisationen traten für den Boykott ein. Was dann geschah, war, daß die SDLP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) für die Wahlen eintrat. Sie ist eine proimperialistische Partei, aber der Beschluß zur Wahlteilnahme wurde nur nach hefti-

gen Auseinandersetzungen in ihren eigenen Reihen mit allerknappster Mehrheit von zwei oder drei Stimmen gefaßt. Viele Mitglieder, auch führende, waren dagegen, auch aufgrund der Überzeugungsarbeit, die man in den Reihen dieser Partei gemacht hat.

Nach diesem Beschluß forderte die Sinn Féin, die politische Partei der IRA, diese katholische Partei heraus, indem sie ebenfalls zur Wahl antrat, mit einem Boykottprogramm. Sie bekam 10 Prozent aller Stimmen, das sind 35 Prozent aller katholischen Wähler. Und diese Bewegung war so stark, daß die Sozialdemokraten erklärten, sie würden ihre Sitze nicht einnehmen. Jetzt sind alle 19 republikanischen Sitze in diesem „Parlament“ leer, die 14 der SDLP und die 5 der SF. Aber man muß damit rechnen, daß die SDLP einen Handel mit den Briten macht... Und deshalb soll es jetzt auch einen Zusammenschluß aller radikalen Gruppierungen geben, mit dem Ziel, das Stormont (Parlament) zu zerschlagen, das wir gerne weitergehen sehen würden auf dem Weg dieses Gebilde Nordirland zu zerschlagen, die Briten rauszuwerfen. Denn wir alle arbeiten ja gemeinsam an einem Ziel, was wir auch sonst von IRA oder INLA, von Sinn Féin oder IRSP usw. noch für Ziele haben: Die Briten rauszuwerfen.

Im Süden wurden die Wahlen ausschließlich von den beiden großen Parteien bestimmt, bürgerliche reaktionäre Parteien, die sich darin überboten, Sparprogramme zu machen usw.

Glückwünsche zu albanischen Jahrestagen

Aus Anlaß des 70. Jahrestages der Unabhängigkeit Albaniens und des 38. Jahrestages der Befreiung des Landes und des Sieges der Volksrevolution sandte das Zentralkomitee ein Glückwunschschreiben in die SVR Albanien. Der Brief, gerichtet an den Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung, den Vorsitzenden des Ministerrats und den 1. Sekretär der PAA unterstreicht im Namen der KPD, daß diese Jahrestage für das albanische Volk echte Feiertage sind.



Plastikgeschosse — eine tödliche Waffe der Reaktion.

Die Affäre Schwarz-Schilling weitet sich aus

Minister reingewaschen — Industrie trumpft auf

Bonn. — Die Kabel-Fernseh-Lobby in Bonn wird immer frecher. Mit Unterstützung führender Politiker will sie ihre Interessen durchsetzen.

Der „Rote Morgen“ berichtete in seiner Ausgabe vom 19.11. schon einmal über die privaten Geschäfte des Postministers. Nachdem seine Verbindung mit Unternehmungen bekannt wurden, über die er direkt, oder indirekt von den Kabel-Fernseh-Projekten profitieren würde, hatte Bundestagspräsident Stücklen (CSU) dem Postminister schriftlich bescheinigt, „daß ein Verstoß gegen die Verhaltensregeln“ nicht erkennbar ist.

Mittlerweile wurde aber klar, daß dieser Bescheid nicht etwa das Ergebnis irgendeiner Prüfung ist, sondern eher der privaten Meinung Stücklens entspricht. Die anderen Mitglieder des Bundestagspräsidiums verlangen — bislang erfolglos — von Stücklen endlich aufgeklärt zu werden, auf „welche Grundlagen“ er sein Urteil aufbaue. Auf welchen Grundlagen Schwarz-Schillings jahrelange Lobby-Rolle für die Privatfernsehinitiatoren baute, ist bewiesen: Es ist die Beteiligung an entsprechenden Firmen.

Eine dieser Firmen, deren Interessen Schwarz-Schilling immer vertreten hatte, an der er über seine frühere Accumulatorenfabrik, die jetzt seiner Frau gehört, beteiligt war, die PKK, trumpft groß auf.

PKK, das ist die „Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation mbH“. Diese Firma, praktisch Generalunternehmer für die privatwirtschaftliche totale Verkabelung der BRD und Vorreiter des Privatfernsehens für Springer, Bertelsmann und Co., hat in Verhandlungen mit der Bundespost jetzt massiv verlangt, daß es endlich losgeht — das Postmonopol soll durchbrochen werden.

Die Verhandlungen, die nach Bekanntwerden als völlig „normal“ geschildert wurden, erfolgten streng nach den geltenden Vorschriften, hieß es aus

Schwarz-Schillings Postministerium.

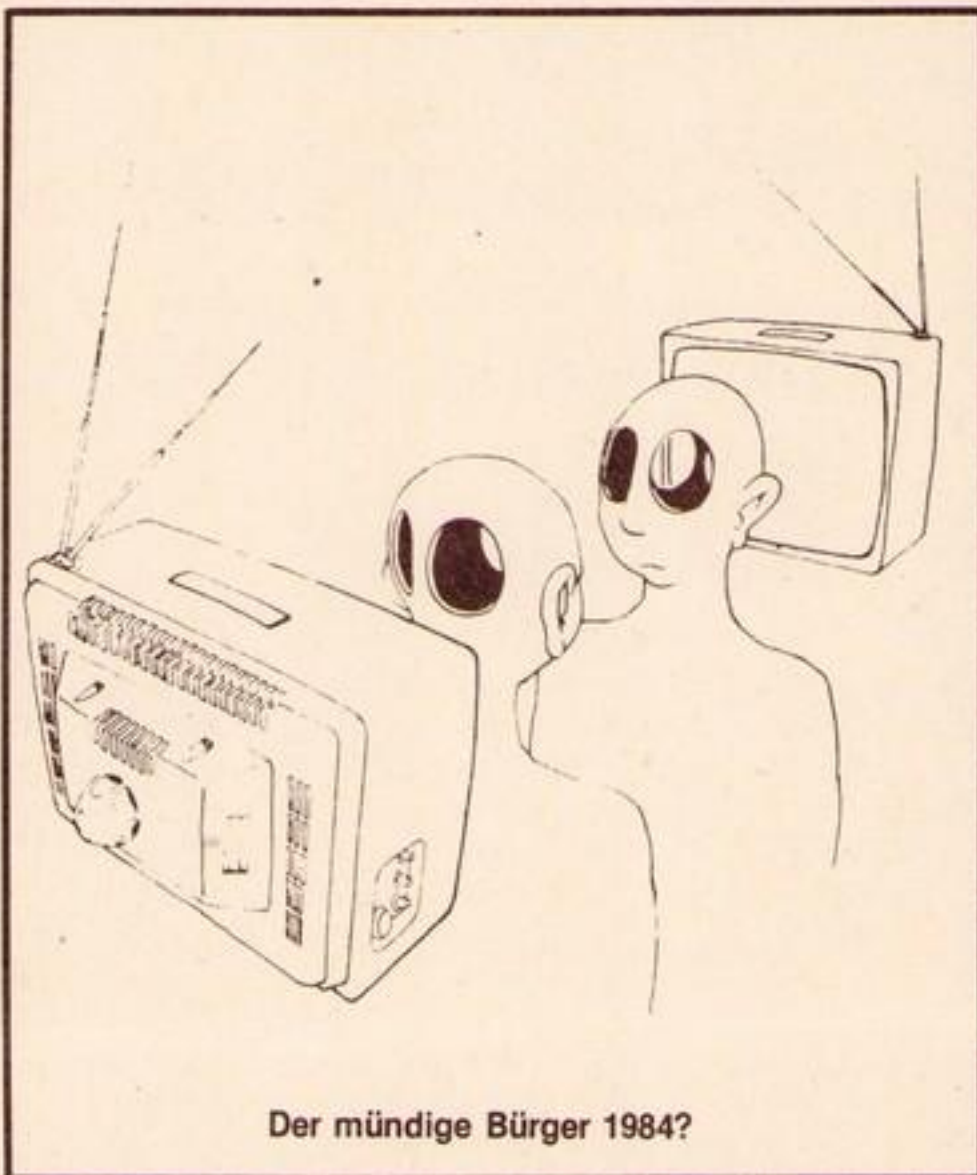
Die PKK verlangt von der Bundespost das Recht, nicht nur Gemeinschaftsantennenanlagen errichten zu dürfen, sondern will auch Breitbandkabelnetze verlegen. Das bedeutet in nahezu allen Bereichen der Fernmeldekommunikation die offene Konkurrenz zu allen bisherigen Einrichtungen unter dem staatlichen Postmonopol.

Über die technischen Konzepte will die PKK allein entscheiden. Die Post solle lediglich ein Mitspracherecht für die Konzeption der „Schnittstellen zwischen öffentlichen und privaten Netzen“ haben.

kabelung, die vom PKK-Konzept abweichen.

Der verlangte Vertrag soll mindestens fünf Jahre gelten, die PKK will aber 20 Jahre lang über die von ihr erreichten Kabelnetze uneingeschränkt verfügen. Danach soll die Post sich verpflichten, die alten Netze zum „Verkehrswert“ der PKK abzukaufen.

Diese alarmierenden Vorgänge von Bonn sind nicht nur ein eindeutiger Beweis für einen ganzen Sumpf aus Korruption und Verfilzung von Staatsposten und Wirtschaftsinteressen, sondern zeigen auch ganz deutlich, wie man in Bonn daran



Der mündige Bürger 1984?

Sollte die Post aus sogenannten „übergeordneten Interessen“ ein PKK-Konzept für die Verkabelung nicht billigen, will die PKK eine vertragliche Vereinbarung, daß entstehende Mehrkosten von der Post übernommen würden.

Bezahlen soll die Post auch alle Anforderungen an der Ver-

geht, den ganzen Medienbereich den großen Industriekonzerne abzutreten. Die Regierung Kohl betreibt die Verkabelung total — Springer darf sich freuen, wenn's so weitergeht kommt „Bild“ und ähnliches bald elektronisch in jeden Haushalt. Schwarz-Schilling und seine Freunde machen's möglich.

Mietrecht: Zuviele Kinder — Kündigungsgrund!

Hamm. — Das Oberlandesgericht Hamm hat jetzt ein extrem familien- und kinderfeindliches Urteil gefällt. Danach steht dem Vermieter ein Kündigungsrecht für Wohnungen zu, wenn die Vermieter im Laufe der Zeit zu viele Kinder bekommen.

In vorliegendem Falle war eine 57qm große Wohnung an eine Familie mit drei Kindern vermietet worden. Als noch drei Kinder dazukamen, kündigte der Vermieter. Das zuständige Amtsgericht lehnte diese Kündigung ab.

In der höheren Instanz, dem Oberlandesgericht, wurde die Kündigung jedoch für rechtens erklärt. Wegen „Überbelegung“, wie das Gericht urteilte. Dieses Urteil ist ein Grundsatzurteil (OLG Hamm, 4ReMiet 13/81) und kann praktisch für alle ähnlich gelagerten Fälle als Rechtsgrundlage verwendet werden.

PS: Dieser Urteilsspruch ist natürlich mal wieder von einer „gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaft“ durchgeföhren worden...



Heinrich Böll

Köln. — Eine miese Schmierkomödie führte der Rat der Stadt Köln, insbesondere die CDU-Ratsfraktion auf, als es darum ging, Heinrich Böll die Ehrenbürgerwürde zu verleihen.

In der ursprünglichen Begründung hatte es geheißt, daß Böll „dem meisterhaften Erzähler und Schriftsteller von internationalem Range“ die Ehrenbürgerwürde auch verliehen werden sollte als dem „mutigen Verteidiger von Freiheit und

Ehrenbürgerschaft für Heinrich Böll

Keine Ehrung für den Demokraten

freier Meinungsäußerung“ und dem „kritischen und engagierten Beobachter gesellschaftlicher Fehlentwicklungen!“.

Das ging der CDU zu weit. Sie wollte einer Begründung mit derart „schmückendem Beiwerk“ nicht zustimmen. Diese reaktionäre Auffassung wurde von SPD und FDP im Stadtrat nicht etwa zurückgewiesen, sondern man gab dem Druck nach und formulierte eine neue Begründung, die, so Oberstadtdirektor Kurt Rossa, „jedem die Möglichkeit gibt, seinen Böll“ zu ehren.

Die neue offizielle Begründung lautet jetzt: „Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll, dem meisterhaften Erzähler und Schriftsteller von internationalem Rang, in Würdi-

gung seines literarischen Werkes und seines gesellschaftspolitischen Engagement, das auch in seinen Werken zum Ausdruck kommt, das Ehrenbürgerrecht seiner Vaterstadt Köln zu verleihen.“ Trotz dieser viel schwächeren Begründung, der „mutige Verteidiger von Freiheit“, der „engagierte Beobachter gesellschaftlicher Fehlentwicklungen“ wird nicht mehr geehrt, gab es immer noch Gegenstimmen und Enthaltungen von Seiten der CDU.

Ist das schon der Beginn einer neuen Stimmungsmache gegen kritische Intellektuelle, wie sie unter Kanzler Erhard in der „Pinscher“-Diffamierung ihren Höhepunkt erreichte? Die Kölner CDU und das Nachgeben der anderen Parteien läßt Schlimmes befürchten.

„Der Papa wird's scho richt'n!“

Kein Wehrdienst für Strauß'ens Söhne?

München. — Bislang mußte noch keiner der beiden Söhne von Franz Josef Strauß zur Bundeswehr. Wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Schöfberger in einem Artikel unter der Überschrift „Wehrgeschichte oder Der Papa wird's schon richt'n“ enthüllt, ist der eine Sohn „untauglich“, der andere wegen einer Computerpanne nicht eingezogen worden.

Der Ältere, Max Josef Maria Strauß, ist bereits 1978 aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert worden. Was jedoch Max Josef Marias Schießwutigkeit keinen Abbruch getan hat. Erst vor kurzem hat er vor Gericht gestanden, weil er auf der Jagd ein streng geschütztes Birkhuhn geschossen hat. Allerdings „verbotsirrtümlich“ wie das Gericht herausfand und ihn freisprach.

Der jüngere Sohn des bayerischen Landesvaters, Franz Georg, hat sich noch 1980 damit gebrüstet, er brauche nicht zum Bund und könne seinem Papa im Wahlkampf helfen, was er dann auch ziemlich großmäulig tat. Nachfragen haben jetzt ergeben, daß die Technik daran schuld war.

Wie alle Wehrpflichtigen waren Franz Georg Strauß'ens Daten in einem Computer gespeichert. Allerdings mit einer Sperrvorrichtung, die für alle „sicherheitsgefährdeten Personen“ keinerlei Auskünfte zu-

ließ. Als die Einwohnermeldebehörde ihr Datensystem umstellte, funktionierte die Sperrvorrichtung ausgezeichnet. Keine Angabe von Franz Georg Strauß war mehr in der neuen Kartei.

Als es daraufhin dann aber zu Nachfragen kam, war es zu spät. Die begonnene Berufsausbildung war so weit fortgeschritten, daß eine Einberufung frühestens 1983 laufen kann. Dazu sagte ein Beamter des Kreisverwaltungsreferates trocken: „Es gibt keine Besonderheiten bei der Wehrrfassung von Prominentensöhnen“. Und wie sprach noch vor kurzem Kanzler Kohl: „Die Pflicht zum Wehrdienst müsse „auch eingefordert werden — und zwar von

allen. Der Staat darf doch nicht länger zulassen, daß die einen dienen und die anderen verdienen.“

Ein interessantes Licht auf diese Affäre wirft auch der neueste Plan aus Bonn, eine sogenannte „Wehrsteuer“ einzuführen, für Leute, die keinen Wehrdienst leisten. Man kann sicher davon ausgehen, daß eine solche Abgabe die Sprößlinge von Franz Josef Strauß ein müdes Lächeln kostet und mit einem Griff ins Portemonnaie aus der Welt geschaffen ist.

Erlaubt sich der kleine Mann das gleiche Vorgehen, trifft ihn die finanzielle Belastung wesentlich stärker. „Wehrgerechtigkeit“ in der BRD.



Der alte Strauß im Panzer — seine Söhne verdrücken sich

Noch ein Skandal.

ZDF-Fernsehratsmitglied und Medien-Manager

Regierungssprecher Stolze im Zwielficht

Bonn. — Daß ausgerechnet der Regierungssprecher im Fernsehrat des ZDF, dem Kontrollorgan der Anstalt, arbeitet, und für „Ausgewogenheit“ und die Richtlinienherstellung des Senders verantwortlich ist — sollte eigentlich Grund genug für Empörung sein.

Bei Diether Stolze, Kohl-Regierungssprecher, kommt aber noch einiges hinzu. Der ehemalige Mitherausgeber der „Zeit“ ist in den Fernsehrat als Nachfolger des heutigen Postministers Schwarz-Schilling gewählt worden, weil diesem wegen seiner privatwirtschaftlichen Interessen Befangenheit nachgewiesen worden war.

Bei Stolze sieht es aber nicht viel anders aus. Er ist Gründer der „merca media Gesellschaft für Kommunikation- und Finanzberatung mbH“. Diese Firma, die heute unter dem Namen von Frau Stolze läuft, beschäftigt sich, so die offizielle Eintragung im Handelsregister, mit der „Vermittlung von Beiträgen für Fernseh- und Rundfunkanstalten“. Die Firma arbeitet eng mit dem Hamburger Film- und



Multi-Media-Manager Stolze: „Ich fühle mich nicht befangen“

Fernsehgroßproduzenten Trebitsch zusammen und unterhält sogar eine gemeinsame Produktionsfirma, die „Arbor-TV-Filmproduktion GmbH“.

Regierungssprecher, ZDF-Fernsehratsmitglied, Medienberater und Produzent, wenn das keine Befangenheitsgründe liefert! Diether Stolze allerdings letzte Woche zum „Stern“, der diese Verbindungen enthüllte: „Ich fühle mich nicht befangen!“

18 Monate Minister — 4000 Mark Pension!

Das konnte verhindert werden:



„Arbeitsloser Minister sucht leitende Position“.

Wiesbaden. — Nur 18 Monate war Klaus Jürgen Hoffie (FDP) Minister. Das Debakel seiner Partei bei der Landtagswahl kostete ihn seinen Posten.

Das SPD-Kabinett in Wiesbaden sprach ihm jetzt ein „Ruhegehalt“ für seine Verdienste im öffentlichen Dienst zu. 4000 Mark monatlich bekommt er, weil, so die Befürworter dieses Beschlusses, ein ehemaliger Minister auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln sei, und man ein früheres Kabinettsmitglied, so wörtlich, „nicht zum Sozialfall“ machen wolle.

Kritiker des Beschlusses wies Hoffie mit der Bemerkung ab, bei den 4000 Mark handele es sich lediglich um ein „Schoppegeld“!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 48, 3 Aralık 1982

Yıl: 16

1 DM

Strauß 950 bin DM rüşvet aldı

Flick, Bonn'daki politikacılara rüşvet yedirdi

Bu hafta pazartesi günü çıkan "Spiegel" dergisi yeni sayısında, Flick tekelinin rüşvet yedirme skandalı üzerine Bonn Savcılığı'nın ifadelerini aldığı politikacıların açıklamalarının özetini yayınladı. Dergi, "Flick'in görevlendirdiği şahısların, özellikle de tekel müdürü Brauchitsch'in yıllarca, tüm büyük partilerin politikacılarına milyarlarca Mark rüşvet yedirdiğini" yazmaktadır.

"Spiegel" dergisinin yayınladığı bu ifadeler bir bomba patlaması gibi etki yaptı. Flick firması yolsuzluğunda yer alanlar üzerine savcılığın elinde bulunan ispat delillerinde yeterince bilginin olduğuna dair daha geçen hafta bir dizi gerçek nokta açığa çıktı. Örneğin Alman Haber Ajansı, dpa, Bonn Savcılığı'nın elinde, Eski Ekonomi Bakanı Friedrichs'e, yeni Ekonomi Bakanı Lambsdorff'a, Flick tekelini yöneticileri von Brauchitsch ve Nemitz'e karşı "kazanç sağlama" ya da "rüşvet yedirme" nedeniyle dava açmak için yeterli bilginin olduğunu açıkladı.

Federal Ekonomi Bakanlığı Flick tekeline karşı dava açıldığını belirtti. Bunun nedeni ise: Flick'in 450 milyon Mark vergi kaçırdığı şüphesinin doğmasıdır. Tekel sahibi Friedrich Karl Flick ise bunun üzerine hemen tekel yöneticileri olan von Brauchitsch ve Vogels'in çıkışlarını verdi. Gerçi Flick bu önlemleri, yöneticilerin sayısını azaltmakla gerçekleştirdiyse de, "Spiegel" dergisinin yayınladığı yazılar bunun sadece Flick'in kendi paçasını kurtarmak için yöneticileri kurban ettiğini en çıplaklığıyla ortaya koymaktadır. Örneğin tekel patronu savcının önünde verdiği ifadede vergi kaçırma ve rüşvet yedirme sorumluluğunu tümüyle işletmesinin yöneticisi von Brauchitsch'in üzerine yıktı. Kendisinin ise işletmesinin eski yöneticisinin önüne koyduğu her şeyi incelemeyen imzaladığını ileri sürdü. Örneğin ifadesinin geçirildiği tutanakta "Dr. Flick'in kesinlikle" yolsuzluklardan haberinin olmadığı yazılı.

Bu yolsuzluğa adları karışan devlet görevlilerinin kimler olduğunu ve ne kadar rüşvet aldıklarını bu yılın şubat ayında savcılığın yaptığı kayıtlar göstermektedir:

a) Eski Federal Ekonomi Bakanı Dr. Hans Friedrichs toplam olarak 365 000 DM;
b) Federal Ekonomi Bakanı Dr. Otto Graf Lambsdorff 165 000 DM;
c) Federal Maliye Bakanı Hans Matthöfer 40 000 DM (...)"

Bu sırayı devam ettirebiliriz. Ancak makalenin kapsamı açısından bu kadar yeterli olduğu kanısındayız.

Bu baylara paralar, onların Flick tekelinin servetinin artmasına hizmet ettiklerinden

dolayı verildi. Örneğin Flick tekelini 1975 yılında Daimler Benz'deki hisselerini 2 milyar Mark'a sattı ve bu paranın bir bölümünü Amerikan tekeline yatırdı. Bunun için ise bir tek Pfennig vergi dahi ödemedi ki, bu da 800 milyon Mark tutuyordu.

Bu ülkenin en zenginlerinden birine bu milyonlarca hediye, onun yaptığı yatırımların "ekonomi politikası teşvik etme özelliği" tanınarak yapıldı. Ve bu ise kanuna göre vergiye tabi değildir.

Flick tekelini ile onun Bonn'daki güvenilir adamları arasında nasıl bir ilişkinin olduğunu von Brauchitsch'in aldığı bir not çok açık bir şekilde gün ışığına çıkarmaktadır. O, bu notunda eski Ekonomi Bakanı Friedrichs'in "günün her saatinde hizmetinde" olduğunu yazmaktadır. Friedrichs bakanlık kol-tutundan Dresdner Bank Yönetim Kurulu'na geçtiğinde de, kendisinden sonraki ekonomi bakanını da bu iş için tavsiye etmeyi ihmal etmedi.

Buna karşılık SPD'de durum daha farklıydı. Sosyal-demokrat Maliye Bakanı Matthöfer'in Flick'in vergiden muaf tutulması eylemini desteklemesi gerekiyordu. Ancak SPD içinde Flick'e yapılan vergi hediye-lerine karşı hoşnutsuzluk giderek artmaya başladı. İki bakan Flick'e yapılan vergi hediye-lerini eleştirdiler. Ancak bunun da oluruna baktı Flick tekelini yetkilisi.

SPD yönetiminin tam desteğini ve susmasını sağlamak için Flick tekelini Friedrich-Ebert-Stiftung'a 4,5 milyon Mark bağışta bulundu.

Son olarak ortaya çıkan gerçek olgulara göre, Flick tekelini üç ayrı defter tutuyor; bunlardan biri resmi olanı, diğeri resmi olmayanı, üçüncüsü ise "tamamen gizli olanı". Bu sonuncusunda, yapılan vergi kaçakçılığı ve yedirilen rüşvetler kayıtlı edilmiştir.

Tekelin Strauss'a yaptığı "bağışlar" diğerlerini gölgede bırakıyor. Tekel, Franz Josef Strauss'un partisiyle içiçe geçmiştir. Ve tutulan ayrı bir defterde ise CSU partisine ne kadar bağış verildiği yazılı. Para alanların başını Strauss çekiyor. Strauss'un ifadesini alan savcı Flick tekelinde el konulan "CSU" defterinde kendisine toplam olarak 950 bin DM

rüşvet yedirildiğinin yazılı olduğunu belirtiyor. Bu defterde ayrıca paranın kimler tarafından Strauss'a verildiği bile yazılı. Örneğin bunlardan biri von Brauchitsch, diğeri ise Friedrich Karl Flick vs. Ayrıca Strauss'un genç Flick'in kitle katili babası ile de oldukça olumlu ilişkileri vardı. Böylece Strauss 5 yıl içinde toplam olarak 1 milyon Mark'a yakın para alıyor ki, bunun yanında Matthöfer'in aldığı para gölgede kalıyor. Diğer yandan Strauss, ifadesi alındığında bu paraları almadığını reddetmedi. Sadece "defterde tutulan notların doğru olup olmadığı üzerine bir şey söylemek istemiyorum" dedi.

4 Aralık'ta Bonn'da

Bursların kısıtlanmasına karşı yürüyüş

BONN. — Federal Hükümet'in orta ve yüksek okul öğrenci burslarını kısıtlamak istemesi üzerine, buna karşı 4 Aralık'ta Bonn'da bir yürüyüş yapılacak. Saat 13'te başlayacak bu yürüyüş daha önce Bonn Polis şefi tarafından yasaklanmıştı. Ancak yoğun proestoların sonucunda o bu yasağı tekrar geri almak zorunda kaldı.

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti yerli ve yabancı öğrencilerin burs alma haklarını tamamen kökünden biçmek istiyor. Hükümetin bu adımını protesto etmek için Alman Yüksek Okul Öğrenciler Birliği 4 Aralık'ta bir yürüyüş yapmayı kararlaştırdı.

Yürüyüşçüler 4 Aralık'ta iki koldan Hofgarten'e doğru ilerleyecekler. Kuzey Ren Vestfalye, Bavyera, Batı Berlin ve Saarland Eyaletleri, Josefshöhe'de, diğer eyaletler ise Beuel'deki Kennedybrücke'de buluşacaklar. Ayrıca tüm özel trenler de Beuel'e gidecek.

Partimiz KPD'nin, Yüksek Okul Birliği, Komünist Yüksek Okul Öğrencileri (KS) de bu yürüyüşe katılmaya çağırmakta ve bunun için seferberlik yapmaktadır. Yoldaşlar, gazeteleri "Zwischenruf Links"ın yeni sayısında CDU/CSU Hükümeti'nin öğrenim yardımlarını tamamen kısıtlamasındaki ya da tamamen durdurmasındaki amaçının; işçi çocukları için yüksek öğrenimi imkânsız kılmak ve yüksek öğrenimi sadece zengin



YÜRÜYÜŞ. — Bu hafta pazartesi günü çevre koruma dernekleri Bonn'daki İçişleri Bakanlığı'nın önünde bir protesto gösterisi yaptılar. Çevre sağlığına zararlı olan maddelerin fabrikalardaki fırınlarda azaltılması üzerine bu hafta Bakanlık'ta iki gün süren bir forum düzenlendi. Ancak ne varki diğer insanların yanı sıra protesto eylemine katılanlarda da haklı bir şekilde forumda boş sözlerin söyleneceği ve bunların pratikte yankısını bulmayacağı doğrultusunda endişeler doğmaktadır.

Baden-Württemberg'te

İGM, yüzde 7,5 zam talebinde bulunmayı düşünüyor

STUTTGART. — 1983 yılı için ücret artışı talebini kararlaştırmak amacıyla 13 Aralık'ta İG Metall'in Baden-Württemberg'teki üç toplu sözleşme komisyonu bir araya gelecek. Baden-Württemberg İGM—Yöneticilerinin ücret zammı talepleri, en az 350 DM olmak üzere yüzde 7,5 mi olacak? Şimdiye kadar sürdürülen tartışmalar bu yönde bir talebin ileri sürüleceğine işaret ediyordu.

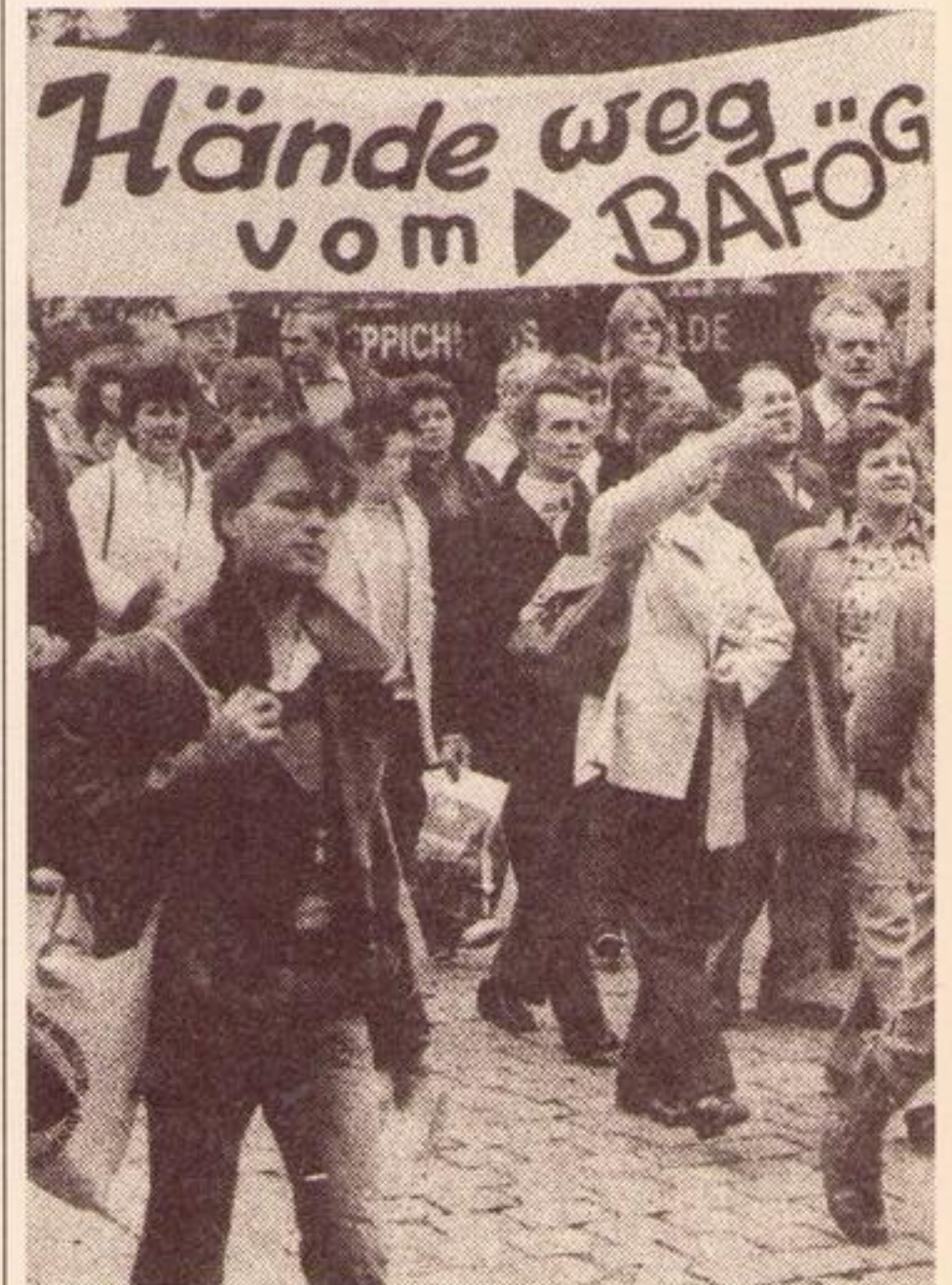
24.11.1982 tarihinde İGM Stuttgart Yerel Örgütü'nün 300'ün üzerinde sendika elemanı yüzde 7,5'lik bir ücret zammı talebinin ileri sürülmesinin ve düşük ücret gruplarının etkili bir biçimde yükseltilmesinin doğru olduğunu belirttiler. Yüzde 7,5'lik bir ücret zammı talebinin ileri sürülmesi gerektiğini Hessen Eyaleti'nin Rüsselsheim şehrindeki Opel İGM sendika temsilcileri de vurguladılar. Bu hafta pazartesi günü toplanan Baden-Württemberg'teki üç toplu sözleşme komisyonu ücret artışı

talebi üzerine görüştüler. Açıklandığı kadarıyla bu toplantıda "en az 135 DM olmak üzere yüzde 7,5'lik ücret zammı talebini ileri sürme görüşleri ortaya atılmış.

İGM Merkezi Yönetim Kurulu "talep tavsiyesini" 20 Aralık'ta açıklamak istiyor. Böylece İGM Baden-Württemberg örgütünün ücret zammı talebini merkezi yönetimden bir hafta önce belirleyeceği ihtimali gündeme gelmektedir. Bu da İGM içinde yeni bir şey olacaktır.

Yapılan spekülasyonlara göre, İGM Merkezi Yönetimi'nin yüzde 6,5'lik ücret zammı talebinde bulunmak istediği ileri sürülmektedir. Geçen yıla göre bununla daha başından toplu sözleşme turlarında daha düşük bir ücret zammı anlaşmasının yapılması göze alınmaktadır! Böylesi bir talebin ileri sürülmesi durumunda İGM Başkanı Loderer'in bu yıl gerçek ücretleri garantileme vaz geçilemeyecek bir hedeftir demesi de artık ciddiye alınamaz!

Ayrıyeten en az 350 DM olmak üzere, yüzde 7,5 ücret zammı talebi de oldukça düşüktür. Bir çok işletmede İGM sendika temsilcileri 200 DM sabit ya da en az yüzde 9,5 ile yüzde 11 arasında ücret zammı talebini ileri sürdüler.



4 Aralık'ta Federal Hükümet'in bursları kısıtlama planına karşı Bonn'da yapılacak istenen yürüyüş polis şefi tarafından yasaklanmıştı. Ancak sürdürülen protestolar sonucunda yasak kararı kaldırıldı.

Çalışma saatinin kısıtlanması uğruna mücadele 150 yıldan beri sürüyor

Çalışma saatinin kısıtlanması ta başından beri işçi ve sendika hareketinin en önemli taleplerinden biriydi. Ve işçi sınıfı var olduğu sürece, geçimini sürdürme için gerekli olan çalışma saatinin kısıtlanması mücadelesine yönelmektedir. Bu yönde kaydedilecek her ilerleme, aynı zamanda çalışan insanların yaşam koşullarının düzeltilmesinde ve insana yakışır daha iyi bir yaşam uğruna mücadelede bir ilerleme anlamını taşır. Bu mücadele olmaksızın, çalışma saatinin kısıtlanmasında başarılar kaydedilemez.

Geçen yüzyılın ilk yarısında, örgütlü işçi hareketinin başlangıcından bu yana sadece ücret talepleri uğruna değil, aynı zamanda çalışma saatinin kısıtlanması talebi uğruna da grev, yürüyüş ve sınıf çatışmaları sürdürüldü.

Bu mücadele, sermayenin iş gücünü pervasız ve en acımasız bir şekilde sömürdüğü koşullar altında başladı. Kapitalizmin doğuşunda (serbest rekabetçi dönemde) günde 16 saat çalışma bir istisna değil, daha ziyade bir kuraldı. Bu dönemde aynı zamanda kadınlar ve hatta çocuklar bile, bedeni ve manevi zararları göz önünde bulundurulmaksızın, patronlar tarafından en ağır şartlar altında acımasızca sömürüye tabi tutuldu. Bu sömürü o denli katmerleştirdi ki, artık işçi sınıfının maddi varlığı tehlikeye girecek duruma geldi ve böylece burjuva devleti işçilerin manevi ve bedenî yıkımının en acımasızca sonuçlarına karşı bazı tedbirler almak zorunda kaldı.

Ancak ne varki, iş gününün sınırlandırılmasında belirleyici ilerlemeler, ancak ve ancak işçi sınıfının mücadelesi sonucunda kaydedildi. Talepler ilkin, çocuk iş gücünün sınırlandırılması yönünde billurlaştı. Daha sonra ise giderek iş gününün genel ve kanuni olarak sınırlandırılmasında yönünde de talepler ileri sürülmeye başlandı. Bu talepler giderek "normal iş günü" noktasında billurlaştı. Ancak bununla o dönemde kural olarak kastedilen 10 saatlik iş günü idi.

8 saatlik işgünü hakkı çetin bir mücadele sonucunda elde edildi

19. yüzyılın ikinci yarısında 8 saatlik iş günü talebinin gerçekleştirilmesi uğruna Avrupa'da ve Kuzey Amerika'da uluslararası bir işçi hareketi oluştu. Bu büyük hedefe, ancak ve ancak sermaye ve emek arasında süren çetin, hatta kısmende kanlı olan çatışmalar sonucunda varılabilirdi. 8 saatlik iş günü tam ve genel olarak ancak 20. yüzyılın ilk on yıllık dönemi içinde gerçekleştirildi.

Almanya'da 8 saatlik iş günü, işçi sınıfının bir yenilgisi ile sonuçlanan, ama işçi hareketinin sosyal politikası açısından bazı esaslı hedeflerin gerçekleştirilmesine yol açan 1918/19 devriminin bir ürünüdür. 1919 yılının 23 Nisan'ında, Alman işçi sınıfına 8 saatlik ve 6 günlük iş günü hakkını tanıyan bir kanun yürürlüğe kondu.

Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası!

Haftalık çalışma saatinin kısaltılmasının önemi

20/21 Eylül tarihleri arasında Ludwigsburg'ta toplanan metal işçileri sendikası IG Metall Yönetim Kurulu olağanüstü bir öneme sahip olan bir karar aldı. DGB içerisinde en büyük ve en güçlü sendika olan IG Metall, 1984 yılında günlük ve haftalık çalışma saatinin kısıtlanması için mücadele sürdürmeyi gündeme alacak. DGB ve ona üye olan tek tek sendikaların yönetici organlarında ve görevliler kurullarında yer alan, sınıflararası işbirliğinin yeminli çevrelerinin bazı girişimleri bu kararla belirli bir yenilgi hissetmiş oldu. Bu çevrelerin girişimleri, haftalık çalışma saatinin kısıtlanmasına karşı toplu sözleşmeler üzerinden erken emekliye ayrılma talebini alternatif olarak gösterme ve bunun sonucunda da merkezi sendikal bir hedef olan 35 saatlik iş haftasını rafa kaldırma yönündeydi ve hala da öyledir. Buna karşılık bir bütün olarak DGB'nin çizgisine etki yapabilecek IG Metall'in Ludwigsburg kararı tabanın zorlaması sonucunda gerçekleşti. Bu karar, aynı zamanda bu yılın Mayıs ayında yapılan DGB kongresinde kararlaştırılan 202, 280 ve 281 nolu önergelerle de uyum sağlamaktadır. Kararlaştırılan bu önergelerle DGB ve ona üye olan sendikalar "35 saatlik iş haftası hedefi ile haftalık çalışma saatinin kısıtlanmasını gerçekleştirmek için ortak ve anlaşılabilir bir temelde adım atmakla" görevlendirildi. Bir çok iş kolunda geçerli toplu sözleşme anlaşmalarının bu konuya ilişkin noktaları 31.12.1983 yılında bozulabilir. Bu anlamda Ludwigs-

burg kararı, IG Metall'in bu karara gerçekten bağlı kalarak, 1984 yılı toplu sözleşme politikasının ağırlık noktasını haftalık çalışma saatinin kısıtlanmasında yoğunlaştırması anlamına gelir. Daha önce Basım ve Kağıt işçileri sendikası, IG Druck und Papier de bu yönde bir karar almıştı. Böylece DGB içinde 35 saatlik iş haftası uğruna mücadele için bir rota oluştu; şimdi aktif sendikalar, bu rotayı kararlı ve uzlaşmaz bir biçimde hayata geçirmek için adım atmalıdırlar.

1978/79 kışında yerli ve yabancı işçilerin omuz omuza bu talep uğruna başladıkları, unutulmayan mücadeleyi, şimdi daha geniş ve yaygın bir temelde tüm güçle sürdürerek başarıya götürmeliyiz. Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftasını gerçekleştirme uğruna ileri! "Kızıl Şafak"ın bu sayısında başladığımız yazı dizisi ile, bu talep uğruna mücadelenin desteklenmesine katkıda bulunmak istiyoruz. Bu yazı dizisi ile amaçladığımız, bu talebin önemini, güncel ve yakıcı gerekliliğini açık seçik bir tarzda ortaya koymak, işverenler ve onların yarıdakçıları tarafından piyasaya sürülen tezleri ele alarak mahkum etmektir. Bu tezleri ele almadan önce, haftalık çalışma saatinin kısıtlanması uğruna mücadelenin dününü ve bugünü incelemekte yarar vardır. Hele hele bunun, siz, Türkiye'de okurlar için daha büyük faydası olacaktır.

Bilindiği gibi bütün ülkelerin işçi sınıfının geleneksel mücadelesi günü olan 1 Mayıs'ta, 8 saatlik iş günü hakkının elde edilmesi ile ilintilidir. 1 Mayıs 1886'da çalışma saatinin kısıtlanması için Amerika'da yüz binlerce işçi greve gitti. 3 Mayıs'ta polis Chicago'da greve bulunan işçileri saldırdı ve altı işçi arkadaşı katletti. Bu terör olayından bir gün sonra geniş çaplı protesto yürüyüşleri düzenlendi. Polis yeniden işçilerin üzerine ateş açtı ve bir kaçını daha katletti. Bu kanlı olayları gerekçe gösteren ve grevin önderlerini bunun için sorumlu tutan savcı onları tutuklattı. İşçi önderlerinden ikisi idama mahkum edildi ve idam sehpasına çıkarıldılar.

Chicago'da meydana gelen bu olaylardan ötürü, 1889 yılında toplanan 2. Enternasyonal Kongresi, 1 Mayıs'ı işçi sınıfının uluslararası bir mücadele günü olarak ilan etti.

Yeri gelmişken bir noktaya daha değinmek istiyoruz. Amerikan işçi sınıfı, daha kitlesel işsizliğin ve sefaletin alabildiğince büyük olduğu 20. yüzyıl başında 6 saatlik işgünü talebini ileri sürmüştü.

Artan sömürüye karşı direniş

8 saatlik iş gününün uygulanmasına kadar uzanan çalışma saatinin sınırlandırılmasının gelişimi, hiç bir şekilde buna paralel olarak sermayenin emeği daha az sömürmesi ile eşitlenemez. Çünkü gerçekte ise bu oran tam zıt şekilde gelişti. Kapitalistler işçilerin sırtından daha da muazzam kârlar elde ettiler.

Bunun nedeni şudur: Birincisi, kapitalistler yeni makineler, üretim teknikleri ile ve daha fazla verim sağlayan üretim metodları vs. uygulamakla, üretimi muazzam bir şekilde artırdı, hatta daha da çoğalttı. Yani emeğin verimliliği daha arttırılabildi. İkinci olarak ise kapitalistler, yeni makineleri fabrikaya yerleştirmeye ve yeni metodları uygulamaya paralel olarak işçileri daha hızlı çalışmaya zorladılar.

Bu ikinci olguyu, Karl Marks "Kapital"ın birinci cildinde çok canlı bir tarzda ele almaktadır: Yeni tekniklerle ve makinalaştırma ile üretici güçlerin geliştirilmesine paralel olarak işçiler aynı zaman zarfında daha fazla iş yapmaya zorlanmaktalar, diğer bir deyişle bu "işgücünün daha fazla

çalıştırılması, çalışma saatinin sıkı bir biçimde doldurulması, yani emeğin yoğunlaştırılması" demektir. Bu derecede randımanı artırma da "ancak kısaltılmış iş günü ile mümkündür."

Son tahlilde bu iki faktör, yani verimliliğin artırılması ve işin verimliliştirilmesi; işçilerin

da verimli bir şekilde kullanılmaktadır. Onun kültürel, sosyal ve siyasi çalışmalarını sürdürmesi şöyle dursun, kendisine yeniden hayat vermesi için daha fazla zamana ihtiyacı var.

Bugün "kapitalizmin son aşamasında" bir diğer etken daha gündeme gelmektedir:



Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi için 1978/79 kışında çelik işçileri 6 hafta boyunca greve gittiler. Yerli ve yabancı işçilerin omuz omuza sürdürdükleri bu mücadele başarıya ulaşamadı. Çünkü bu IG Metall sendikası yönetimi tarafından uzlaşıcı bir şekilde sürdürüldü ve işçi arkadaşların isteklerine karşı yapılan çürük bir uzlaşma ile sabote edildi.

artı değer yarattıkları ve kapitalistlerin bunu parasız olarak mal edindiği işgünü bölümünün, işçilerin yaşamını sürdürmek için gerekli olan işgünü bölümüne göre muazzam bir şekilde artmasına yol açmaktadır. Diğer bir deyişle sömürü daha da arttı ve 20. yüzyılın kapitalisti ise 19. yüzyılın kapitalistlerine göre "ücretli kölelerin" emeğinden daha fazla servet edinmektedir.

Bu olgudan hareketle, çalışma saatinin daha da kısıtlanması uğruna mücadeleden vaz geçmenin, sömürünün daha da yüksek bir dereceden olmasına karşı direniş sürdürmekten vaz geçmekle eş anlamda olduğunu söyleyebiliriz. Ayrıca bir işçinin ya da sıradan bir memurun çok acilen daha fazla boş zamana ihtiyacı var, çünkü onun işgücü şimdi daha

Çalışma saatinin kısıtlanması perspektifi Almanya'da ilk olarak yıkıcı dünya ekonomik krizi döneminde işçi sınıfının bilincinde yer etti. Kriz, 1929 yılından 1931 yılına kadar o ana değin eşi görülmemiş bir çapta kitlesel işsizliğe yol açtı. Böylece yıkıcı ekonomik krize rağmen o dönemde işçi hareketinde ve Alman Genel Sendikalar Birliği, ADGB'de iş saatinin daha da kısıtlanması üzerine tartışıldı. 1931 yılında ADGB Yönetim Kurulu'nun bir broşüründe ilk olarak 40 saatlik iş haftası talebi ileri sürüldü.

Ne varki faşizmin iktidarı ele geçirmesi, bu tür düşünceleri yerle bir etti. Nazi diktatörlüğü altında sermaye, işçi sınıfının yıllar boyunca süren, çetin ve zorlu mücadelesi sonucunda çalışma saatinin kısıtlanmasında kazanılmış başarılarını kısmen bir çırpıda geri alabilecek durumdaydı. Bu da sendikaların ve işçi sınıfının tüm siyasi örgütlerinin yok edilmesinden dolayı mümkündür.

Nazi diktatörlüğü döneminde bir çok iş kolunda 8 saatlik işgünü pratik olarak yok edildi. Özellikle de silah sanayisinde çalışma saati alabildiğince genişletildi. Ayrıca bu dalda, daha savaş öncesi dönemde 10 saatlik işgünü uygulanıyordu. Bunun yanı sıra işçiler sürekli fazla mesai yapmaya zorlanıyordu.

1945'ten sonra üçlü emperyalist güçlerin işgal bölgesinde (Bugünkü Batı Berlin ve Batı Almanya) gene 48 saatlik (günde 8 saatlik olan 6 günlük işgünü) iş haftası uygulanması gerçekleştirildi. İlk olarak 1956 yılının sonbaharında IG Metall toplu sözleşmeler temelinde 40 saatlik iş haftası hedefini gerçekleştirme yolunda belirleyici bir ilerleme kaydetti: Metal işçileri için haftalık çalışma saati 48'den 45'e indirildi. 45 saatlik iş haftasının Federal Almanya'da genel olarak normal iş haftası olarak gerçekleştirilmesi 1958 yılına kadar sürdü.

40 saatlik iş haftasının uygulanmasını ise Alman Sendikalar Birliği, DGB uzun süreli olarak sürdürdüğü bir kampanyanın sonucunda gerçekleştirdi. Bu kampanya o dönemde DGB tarafından "Baba, cumartesi'ni bana ayır" şiarı altında sürdürüldü.

Böylece 40 saatlik iş haftasının esas itibarıyla gerçekleştirilmesi tam on yıl, yani 1960

yılından 1970 yılına kadar sürdü. Ancak ne varki DGB bu dönemde, işverenlerin bu talebin gerçekleştirilmesinde yan çizmelerini önlemek için mücadeleci önlemlere başvurmazdı.

35 saatlik iş haftası uğruna mücadele başlatılmalı!

1960'ların ortalarından bu yana Federal Almanya ve Batı Berlin'de çalışma saatinin kısıtlanması temposunda büyük bir yavaşlamanın olduğu tespitini yapabilmekteyiz. Derin krizin baş göstermeye başladığı 1974 yılından bu yana bu durgunluk kaydedeğer bir sıçrama olmadan devam etti.

Görüldüğü kadarıyla, işverenler çalışma saatinin daha da kısıtlanmasına karşı direnişlerini yaklaşık 20 yıldır daha da yoğunlaştırdılar. Yüksek konjunktürün olduğu dönemlerde onlar çalışma saatinin daha da kısıtlanmasına, işgücünün az olmasını gerekçe gösteriyorlardı.

Ne varki kitlesel işsizliğin artmasıyla da kapitalistler tutumlarını hiç bir şekilde gevşetmediler. Aksine, onların bu yöndeki red tutumları şimdi daha da kategorik bir hal aldı. Ve şimdi ise esas olarak "masrafları" ve "uluslararası rekabet gücünü" gerekçe olarak gösteriyorlar.

Ancak diğer yandan işçiler ve memurlar için çalışma saatinin kısıtlanması, derinleşen kriz ve artan kitlesel işsizlik karşısında daha da kaçınılmaz bir gereklilik haline dönüşmüştür. Çalışma saatinin kısıtlanması uğruna mücadele, işçi sınıfının sermayenin ve onun hükümetinin krizin tüm yüklerini üzerlerine yıkmasına karşı direniş sağlayabilecekleri bir kaldıraç olarak ortaya çıkmaktadır.

Özellikle de 1974 yılından bu yana tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası talebinin sendika hareketi içerisinde giderek yer etmeye başlaması bir rastlantı sonucu değildir. Bu talebi gerçekleştirme girişiminin ilk olarak özellikle o dönemde krizden ağır bir şekilde etkilenen demir ve çelik sanayisinde yapılması da gene bir rastlantı değildir.

1978/79 kışında çelik işçileri tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası talebini gerçekleştirmek için 6 hafta boyunca greve gittiler. Ki sendika bu mücadeleyi hiç bir şekilde yeterince hazırlamamıştı. Bu talebin önemi ve anlamı üzerine aydınlatma kampanyası IG Metall tarafından oldukça geç başlatılmış ve çok basit bir şekilde ele alınmıştı. Buna rağmen çelik işçiler bu mücadelenin önemini kavradılar.

Mücadele bir yenilgiyle sonuçlandı. Bunun nedeni çok açık: Grev, sendika yönetimi tarafından uzlaşıcı bir şekilde sürdürüldü, gerekli ağırlık verilmedi, ve işçi arkadaşların isteklerine karşı yapılan çürük bir uzlaşmaz anlaşması ile sabote edildi.

Buna rağmen çelik işçilerinin bu mücadelesi, Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana sürdürülen en çetin mücadele idi. Çelik işçilerinin mücadelesi, sadece işverenlerin haftalık çalışma saatinin kısıtlanmasına karşı amansız bir şekilde direniş göstereceklerini değil, aynı zamanda bu talep uğruna mücadele gücünün artırılabilceğini de gösterdi.

Bu, gerçekleştirilmesi uğruna mücadele sürdürmeye değen ve bunu elde etmek ise işçiler ve memurlar için acil bir gereklilik halini almış olan bir hedeftir.

(Devamı gelecek sayıda!)

7700 işçinin çalıştığı

Ulm Magirus-Deutz işletmesi kapatılmak isteniyor!

ULM. — Magirus-Deutz'un Ulm tesislerinde kapitalistler 1350 yerli ve yabancı işçi arkadaşın çıkışını vereceklerini açıkladılar. Ancak kapitalistlerin saldırıları yalnızca bununla da sınırlı değil. Bunun dışında Ulm işletmesinin gelecek yıl tamamen kapatılması yolunda veriler de var. Magirus-Deutz patronları henüz 920 işçinin çalıştığı Mainz otobüs işletmesini tamamen kapatmak istiyorlar.

Kapatılan Videocolor işletmesinin hemen yanı başında bulunan ve kamyonların yapıldığı Ulm Magirus-Deutz işletmesinde şu an 7723 yerli ve yabancı işçi çalışıyor. Magirus patronları bu ayın sonuna kadar 550 işçinin ve 450 işe memurun çıkışını vermek, yeni yılın hemen başlangıcında ise ayrıca 350 memuru daha işten atmak istediklerini açıkladılar.

Bunun yanı sıra kasım ayında yapılan ve bu ay içinde de devam edecek kısa çalışmanın gelecek yılda sürdürülmesi öngörülmektedir. Kısa çalışmadan şu an 5 bin işçi etkilenmektedir.

İşveren bir yandan bu açıklamaları yaparken, diğer yandan ise "önümüzdeki yıl ücretliler bölümünde (üretim bölümünde, KŞ) yeni önlemlerin alınmasının gelecekteki gelişmelere bağlı olduğunu" vurguladı. Bu dolaylı açıklama; 1970'li yılların başından beri Magirus-Deutz AG'nin sahibi olan Fiat Grubu'nun (Iveco tekel) bu tür bir amacının olmadığını belirtmesi'ne rağmen, Magirus-Deutz'un Ulm tesislerinin tamamen kapatılacağı ihtimali anlamına gelir.

İşveren gazetesi "Handelsblatt" bile açıkça Turin'de bulunan Fiat İdaresi'nin açıklamasının inandırıcı olmadığını söyleyerek şöyle yazıyor: "Turin'deki Fiat merkezinin, Federal Almanya'daki Magirus-Deutz'u kapatmayı hiç bir şekilde amaçlamadığı teminatı, endişeleri her taraf edemez. Çünkü gerçekler ortada." Gazetede devamla "Diyelim ki Turin'in bu fabrikayı kapatmayacağı yönündeki teminatı doğru. Ancak ne varki Ulm'da buradaki işyer-

Schwetzingen'de

Bir yabancı ev küçük olduğundan dolayı sınır dışı edildi!

SCHWETZINGEN. — Baden-Württemberg Eyalet Hükümeti bu yıl içinde aldığı yeni kararları ile burada yaşayan her yabancının, oturma izni alabilmesi için en az 12 metre karelik bir evinin olduğunu ispatlaması şartını koşmaktadır. Bu insanlık dışı uygulamanın ilk pratik sonuçları daha şimdiden bile yaşanmaya başladı.

Baden-Württemberg CDU'lu Eyalet Hükümeti'nin bu kararının ilk somut etkisini yıllardan beri Federal Almanya'da yaşayan bir İtalyan ailesi üzerinde hisetti.

1973 yılından beri Federal Almanya'da yaşayan İtalyan göçmen işçi ailesinin 3 odalı evi bu yılın nisan ayında çıkan bir yangın sonucunda yerle bir oldu. Evlerinin yanmasından sonra yetkililer kendilerine geçici bir yatacak yer verdiler. Daha sonra aile ev aramaya koyulduysa da bunda başarılı olmadı. Ne varki yetkili makamlar 7 nüfuslu aileye 57 metre karelik yatacak bir yer vermiştiler. Ama kanuni olarak bunun 84 metre karelik olması gerekiyordu. Makamları ilgilendiren ailenin nüfusuna ve yönetmeliklere uygun bir ev vermek değil-

karşı direnişi ve mücadeleyi örgütlemesi, ve bunu adım adım geliştirmesi demektir.

Yoksa İG Metall Yönetimi, tekel yönetiminin işyerlerine yönelik yoğun saldırısına karşı gene mi seyirci kalmak istiyor! Buna hiç bir şekilde izin verilmemelidir! Videocolor'daki yerli ve yabancı işçilerin yaklaşık olarak bir yıl önce başlattıkları mücadele, şimdi Magirus'ta devam ettirilmelidir.

Bu yılın ilk baharında çok uluslu Iveco şirketi yönetimi, o

nun saldırısını bozguna uğratma girişimini; sessiz kalmaları gerektiğini, çünkü o zaman fabrikayı satın almak ve üretimi sürdürmek isteyen bir satıcı bulunabilir diyerek sabote ettiler.

Bu açıklamaların nasıl bir düzenbazlık olduğu çoktan açığa çıktı. Yakın zamanda Magirus-Deutz'un Mainz işletmesi kapatılmak isteniyor. Şu an geriye kalan 920 işçinin yalnızca 140'nın silah üretimi bölümünde çalıştırılması öngörülmüyor.



Mainz Magirus-Deutz işçileri, çıkışları ve işyerlerinin kapatılmasını protesto etmek için bu yılın mart ayında bir yürüyüş düzenlemiştiler. Bu yürüyüşte taşınan bir pankartta işçiler, patronların işçilere yönelik saldırılarının sadece Mainz işletmesi ile sınırlı kalmayacağına, bunun Ulm'da da gerçekleştirileceğine işaret etmiştiler.

in bir montaj fabrikasına dönüştürülmesinin çoktan kararlaştırıldığı ihtimali giderek şekilleniyor." diye yazmaktadır. Bundan daha da açık bir şekilde İtalyan kapitalistlerinin amacı ortaya konulabilir mi? Bu durum İG Metall ve işçiler için bir uyarı anlamını taşımaktadır! Derhal buna karşı önlemler alınmalı ve mücadele adımları atılmalıdır. Bu da ilk adım olarak, işçi temsilciliğinin verilmesi düşünülen toptan çıkışları reddetmesi, aynı zamanda sendikaların her çıkışa ve her işyerinin yok edilmesine

zaman henüz 1600 işçinin çalıştığı Magirus Mainz otobüs işletmelerinin kapatılacağını açıklamıştı. O zaman işçiler tekel yönetiminin bu karara karşı protesto eylemleri ve yürüyüş düzenlemiştiler. 13 Mayıs'ta Mainz Magirus işçileri, işyeri işçi temsilciliğinin başındakilerin ve IGM Yerel Yönetimi'nin isteğine karşı olarak kendiliğinden Eyalet Meclisi binasının önüne kadar bir protesto yürüyüşü düzenlemiştiler.

Ne var ki işyeri işçi temsilciliği başkanı Rodenkirchen ve IGM Yönetimi, işçilerin patro-

Böylece Magirus-Deutz'un Mainz ve Ulm tesislerinde en az 8500 işyeri sürekli yok edilmek tehlikesiyle karşı karşıyadır. Şu an tüm Magirus işletmelerinde toplam olarak 11200 işçi çalışmaktadır. Iveco patronlarının planları bunların büyük çoğunluğunun işsiz kalmasını öngörüyor. Bunu basitçe kabul etmek mi lazım? Asla! Çıkışlara son! Magirus Mainz ve Ulm tesislerindeki işyerleri korunmalı! İşyerleri uzlaşmaz ve tavizsiz bir şekilde savunulmalıdır!

Belçika Hükümeti'nin işçi sınıfına yönelik saldırıları artıyor

Bu yılın ilk baharında 10 bin Belçika çelik işçisi Brüksel'de modern silahlarla donatılmış 1500 polisle saatlerce süren sokak çatışmaları sürdürdü. Bu eylemlerin eşine şimdiye değin AET tarihi içinde rastlanmamıştı. Ancak buna rağmen muhafazakar Başbakan Marten Hükümeti geri adım atmadı. Şimdi ise ekonomik programını ikinci bir girişimle tam olarak gerçekleştirmek istiyor.

Bu yönde ilk uygulama, devlete ait uçak şirketi Sabena'da yapıldı. Sabena'da çalışan yaklaşık 10 bin işçi ve memur ücretlerinin genel olarak yüzde 17 kısıtlanması adımı ile karşı karşıya getirildiler. İlk baharda olduğu gibi, şimdi aynı çelik ve tekstil işçilerine de yapılacak isteniyor. Çelik işçilerine ortalamada ücretlerinin yüzde 15 kısıtlanması kabul ettirilmek isteniyor.

ABD ve İngiltere muhafazakar hükümetlerinin önlemlerini gölgede bırakan bu programla Belçika işçi sınıfının sırtına yeni yüklerin bindirilmesi öngörülmüyor. Böylece yalnızca hemen tüm sektörlerde çalışma saatlerinin kısıtlanması ve tabi ki buna paralel olarak sadece ücretlerinde düşürülmesi değil, aynı zamanda sosyal sigorta sistemi köklü bir şekilde reformlaştırılmak isteniyor. Son tahlilde ortaya çıkacak sosyal sigorta sisteminin, (işsizlik, emek-



Sabar Ali Khativ de Filistin göçmen kamplarında girişilen katliamda katledilenler arasındaydı.

Batı Almanya'dan Sınır dışı edilen ilticacı Beyrut'ta katledildi

Federal Mahkemelerin iltica isteminde bulunanların, bu isteklerini geri çevirerek onları nasıl ölümün pençesine teslim ettiklerinin bir yeni örneği ise 29 Kasım'da yaşandı.

26 Şubat 1981'de vatansız Filistinli Sabar Ali Khativ Beyrut'a gönderilmesi hedefi ile yabancılar polisinin talimatı üzerine göz altına alındı. O, 1975 yılında Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunmuştu. İltica istemine ise hayatının tehlikede olduğunu gerekçe göstermişti.

O, 1975 yılından beri El Fatah'ın saflarında özgürlük mücadelesini sürdürüyordu ve Falanjist milislerine karşı mücadelede yer alıyordu. Ne varki iltica istemi, Ağustos 1980'de Baviera Eyalet İdari Mahkemesi tarafından reddedildi.

Sabar Ali Khativ'in avukatı Gerhard Haerdle, müvekkilinin tutuklandığını ve sınır dışı edileceğini öğrenmez, yabancılar polisine Eyalet İdari Mahkemesi'nin kararına karşı Karlsruhe İdari Mahkemesi'ne itiraz edeceğini bildirdi. Zamanın az olmasından dolayı o, yabancılar polisinden sınır dışı etme kararının durdurulmasını rica etti. Aynı içerikli bir açıklamada Karlsruhe İdari Mahkemesi'nin 5 nolu bölümü de bulundu.

Bu açıklama yapıldığında Sabar Ali Khativ ise polis arabası ile Frankfurt havaalanına götürülüyordu, yani ona henüz ulaşılabilir ve sınır dışı edilmesi önlenebilirdi. Ancak bu yapı-

madığı gibi, yabancılar polisi 2 saat sonra onun uçakla Beyrut'a gönderildiğini bildirdi.

Baviera Eyalet İdari Mahkemesi iltica isteminin reddedilmesine gerekçe olarak diğer şeylerin yanı sıra "davacı, Lübnan'da hristiyan bir milis olan Falanjistler tarafından tehdit edildiğini ileri sürdüğü sürece, bu iltica hakkı açısından bir devlet takibatını oluşturmamaktadır. Çünkü Falanjistler Lübnan'da bir devlet gücü değil ya da buna benzer bir konumları yoktur; ayrıca bu güçlerin siyasi ve askeri olarak yönetimi ele almayı başardıkları ve gelecekte Lübnan'daki durumu belirleyebilecekleri de düşünülmüyor."

Böylece bu yılın eylül ayında Sabra ve Şatila kamplarında İsrail siyonistlerinin yardım ve desteği ile Falanjistlerin giriştiği katliamda o da katledildi.

Sabar Ali Khativ sınır dışı edilen ve daha sonra ise bunu hayatı ile ödeyenlerden sadece bir tanesidir ve o sonuncusu da olmayacaktır. Örneğin bugün Federal Hükümet özellikle de iltica talebinde bulunmuş Türkiye'de anti-faşistleri ve devrimcileri sınır dışı etmeye kalkışmakta ve faşist cuntanın ölüm pençesine vermeye çalışmaktadır. Bunun için ilticacılara ve iltica hakkına yapılan saldırılara karşı sessiz kalmamalı ve protestolarımızı yoğunlaştırmalıyız, sınır dışı edilmek istenen sığınmacılarla dayanışmaya girmeliyiz.

yatırım yardımları vs. verilmektedir. İşte işçi sınıfını mücadeleye seferber eden etkenlerden biri budur.

Şu an bu ülkede 600 binin üzerinde işsiz var. Ve işyerleri ise ard arda kapatılıyor. Hükümetin yeni planları bu insanları, aileleri ile birlikte daha büyük bir sefaletin ve çekilmez yaşamın içine itmektedir. Bunun içindir ki bu yıl savaş sonrası dönemde en büyük işçi yürüyüşleri yapıldı.

Hükümetin işçi düşmanı politikası; yıllarca her türlü muhafazakar politikanın sadık bir destekçisi olan katolik sendikasının daha radikalleşmesine ve tabanının büyük çoğunluğunun yönetimin kararlarına karşı bu yılın ilk baharında Sosyalist Sendika Birliği'nin çağırıldığı yürüyüşe katılmasına yol açtı. Ve daha sonra bir çok örgüt tarafından bu iki sendikanın birleştirilmesi talepleri ileri sürüldü.

Her iki sendikandan da örgütlenme potansiyelinin hemen hemen aynı olmasından dolayı, bunların birleşmesi hükümet politikasına karşı güçlü ve önemli bir adım olacaktır. İşte bunun içindir ki son aylarda bu adının önlenmesi için sermayenin çıkarları doğrultusunda yoğun kışkırtmalar başlatıldı.

Yabancı düşmanlığına, yabancı işçilerin sınır dışı edilmesine ve iltica hakkının yok edilmesine karşı

Uluslararası kongre

30/31 Ekim 1982 tarihleri arasında İsviçre'nin Basel şehrinde yabancı düşmanlığı, yabancı işçilerin sınır dışı edilmeleri ve iltica hakkının tehlikeye düşmesi konuları üzerine 12 ülkeden devlete ait olmayan örgütlerden temsilcilerin katıldığı uluslararası bir kongre yapıldı. Kongre aşağıdaki kararı aldı:

Karar

"Her türlü muhalefeti bedenen yok etmeyi hedefleyen, Türkiye'deki kitlesel davalardan ağır bir şekilde tedirgin olduğumuzdan, faşist devlet terörünün kurumsallaştırılmasından başka hiç bir şeyi amaçlamayan adete gülünç "Anayasa Taslağı" lektüründen etkilendiğimizden dolayı şunları talep ediyoruz:

1. Eşitlik prensibine dayalı olarak derhal şu örgütler tarafından belirlenen bir uluslararası hukukçular komisyonunun kurulması:

a) Günümüzdeki Türk devleti ile ekonomik ya da diğer ilişkileri olmasından etkilenen Avrupa hükümetleri;

b) Avrupa'da misafir işçilerin çıkarlarını savunan ya da ırkçılığa karşı mücadele eden gruplar ve misafir Kürt ve Türk işçilerinin birlikleri.

Bu uluslararası komisyon, süren davalarda hazır bulunmak, bakılmış olan davaları gözetmek, insanların tutuklu bulundukları hapishaneleri ve diğer yerleri ziyaret etmek ve verilen kararları yeniden kontrol etmek için Türkiye'ye gitmelidir. Bunun dışında o, yeni ve referandum sunulacak olan Anayasa üzerine bir rapor hazır-



Bavyera Eyalet Hükümeti, eyalette bulunan iltica kamplarındaki insanlık dışı durumun açığa çıkarılmasını önlemek için, Basel'de yapılan kongrenin görevlendirdiği delegasyonun bu kamplara girmesine mani oldu! (Resim: Zirndorf iltica kampı)

lamalıdır. Bu rapor, anayasa metninin, Uluslararası İnsan Hakları Açıklaması ile uygunluk içerip içermediğini, Avrupa Konseyi'ne üye devletler ve diğer büyük uluslararası örgütler için bunun kabul edilebilir olup olmadığını göstermelidir. Bunun (Anayasa metninin, KŞ)

NATO tüzükleri ile bir uygunluk içerip içermediği de kontrol edilmelidir.

2. Bu komisyonun raporu iletilinceye kadar silahların teslim edilmesi de dahil, her türlü ekonomik, maddi ve askeri destek durdurulmalıdır.

3. Kendisini tüm sendikal, siyasi ve kültürel muhalefetin baskı altına alınmasında iki taraflı anlaşmalarla gösteren, bazı devlet polis organlarının ve adalet cihazının sessizce, ama sık sık rastlanan ve ağır sonuçlara yol açan Türk askeri cuntası ile işbirliği yapmasından nefret ettiğimiz için şunları talep ediyoruz.

3.1. Ankarada'daki makamların "kriminal" oldukları gerekçesi ile geri gönderilmesini talep ettikleri tüm Kürtlerin ve Türklerin her türlü iade edilmesi derhal yasaklanmalıdır.

3.2. İltica talebinde bulunan siyasi sığınmacılara iltica hakkı hızlı bir şekilde tanınmalıdır.

3.3. Toplama kampları dağıtılmalı ve zorunlu çalışma kaldırılmalıdır. Her sığınmacı kaldığı ülkede, o ülkenin vatan-daşlarına uygulanan aynı muameleyi görmelidir."

Bu karar, aralarında Volks-

front Yürütme Kurulu üyesi Ellen Thielen'in de bulunduğu çeşitli ülkelerden bireyler tarafından imzalandı. (Bak Almanca bölüm!)

Vurgulamaya değer bu kararın alındığı toplantıya Longo Mai Avrupa Kooperatifi çağrı yapmıştı ve buna 11 Avrupa ülkesinden farklı siyasi görüşlere sahip kişiler katıldı. Gazetemizin bu sayısında Almanca bölümünde yayınlanan yazıya baktığımızda bu toplantıya kimlerin katıldığını daha açık bir şekilde görebilmekteyiz. Örneğin Federal Almanya'dan Mainz'lı bir avukatın, Stuttgart Türkiye ve Türkiye Kürdistanı Çalışma Grubu'ndan bir kadın temsilcinin, toplama kamplarına ve zorunlu işe karşı Regensburg Eylem Kurulu'ndan bir temsilcinin yanı sıra Gericilge, Faşizme ve Savaş karşı Volksfront (Halk Cephesi) Yürütme Kurulu üyesi Ellen Thielen de katılmıştı.

Volksfront'un yayın organı "Volksecho"nun yeni sayısında kongrenin temel hedefleri üzerine o şöyle yazıyor:

★ "Bir çok Avrupa ülkelerinden çeşitli insiyatiflerin, örgüt-

lerin ve partilerin birleştirilmesi; ★ Uygunsuzluklar ve olaylar üzerine ortaklaşa bilgi toplanması;

★ Bütün durumun; yabancı düşmanlığı ve iltica hakkının kaldırılmasının ortaklaşa analizinin yapılması;

★ Yöresel ve ülke çapındaki uygunsuzlukların uluslararası alanda tanıtılması;

★ Şahısların, partilerin ve makamların basında yer alan yabancı düşmanı açıklamalarının mahkum edilmesi;

kurulan bir koordinasyon bürosu sorununu ele aldı. Çalışma Grubunda yer alanlar merkezi Basel'de bulunan sığınmacıların ve misafir işçilerin çıkarlarının savunulması için "Avrupa Komitesi"nin kurulmasını kararlaştırdılar.

Bu çalışma grubunun sonuç raporunda diğer şeylerin yanı sıra şöyle denmekte: "Komite her an bir 'Müdahale delegasyonu' kuracak seviyede olmalıdır. Bu yönde ilk eylemin kasım ayının ortasında yapılması öngörülmektedir. Bir delegasyon Federal Almanya'daki Kürt ve Türk sığınmacıların kaldığı 'toplama kampını' ziyaret edecek. Bu büronun üyeleri her ülkede benzeri eylemlerde yer alabilecek insanlarla ilişkiler kurmalıdır. Örneğin avukatlarla, hukukçularla, doktorlar-

la, papazlarla, sendikacılarla, devlete ait olmayan örgüt temsilcileri ile, tanınmış şahıslarla vs."

Yapılması planlanan ilk eylem gerçekleştirildi; ancak buna katılanlar bekledikleri sonuçları elde edemediler. Çünkü onlar çalışmalarına Bavyera'da başlamak istiyorlardı. Ancak ne varki Strauss Hükümeti onların kampların herhangi birisine girmelerine mani oldu! Bu tutum insan haklarını hiçe sayan, aynı şekilde Bavyera Eyalet Hükümeti'nin insanlık düşmanı uygulamalarının uluslararası alanda mahkum edilmesi endişesini dile getiren bir tutumdur.

Komitenin çalışmalarına biz de gerekli desteği göstermiyiz. Ayrıca onun çalışmaları Federal Almanya'daki yerel komiteler içinde önemlidir.

Eyalet Yüksek İdari Mahkemesi: Daha fazla çocuk, evden çıkarmak için bir nedendir!

HAMM. — Eyalet Yüksek İdari Mahkemesi şimdi aile ve çocuk düşmanı olan bir karar aldı. Buna göre ev sahibinin, kiracının zamanla daha fazla çocuk yapması durumunda, onu evden çıkarma hakkı var.

Hamm Eyalet Yüksek Mahkemesi, 57 metre karelik bir evde oturan bir ailenin ev sahibi tarafından çıkarılması davasını inceledi. Evi kiraladığında üç çocuğu olan ailenin sonra üç çocuk daha yapmasıyla ev sahibi aileyi evden çıkarmaya kal-

kıştı. Yetkili İdari Mahkeme kiracının evden çıkarılmasını reddetti.

Ancak Eyalet Yüksek İdari Mahkemesi, alt mahkemenin kararını bozarak ev sahibine hak verdi. Mahkeme, evde oturanların "sayısının fazla olduğu" kanısına vardı. Alınan bu dehşet yaratıcı karar tüm aynı durumlar için geçerlidir.

Ayrıca bu kararın alınmasına yol açan davacı ise gene bir "kamu konut şirkettir."

KPD'nin tartışma toplantıları

Çelik ve kömür krizi

Ruhr Bölgesi Cumhuriyetin en yoksul bölgesi mi olacak?

Ruhr bölgesinin sorunları ve bu sorunların çözümü üzerine KPD Yerel Grupları şu tarihlerde birer toplantı yapacaklar:

Dortmund
9.12.1982, saat 20.00'de, Haus Göbbeln'de, Schützenstr. 46 Bochum
10.12.1982, saat 19.30'da, Gaststätte Oma Hölscher'de, Bochumer Str. 112, Bochum-Wattenscheid
Witten
14.12.1982, saat 19.30'da, Haus Hörster'de, Herbederstr. 8
Duisburg
14.12.1982, saat 20.'de, "Hamborner Ratskeller"de, Duisburger Str. 213

"Ruhr maden sanayi krizi"

12.12.1982, Pazar saat 11.00'de Recklinghausen'de
Gaststätte Berning ("Zum Amtsgericht"), Reitzensteinstr. 12

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından itibaren ismarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.

KPD'nin haftalık seminerleri

1983 yılında da, Marksizm-Leninizm giriş adı altında gene KPD'nin haftalık seminerleri yapılacaktır. Seminerlere katılmak için hiç bir ön bilgiye gerek yoktur. Seminerlere, parti üyesi olmayanlar da katılabilir. Tutarı: Kişi ve seminer başına 35 DM'dir. Kayıtlar, seminerin başlangıcından en geç üç hafta önce W.J. Herzog'a, Bothmerstr. 25, 3000 Hannover 81, gönderilmelidir.

Seminerlerde şu konular ele alınacak:

- ★ Sınıflar ve sınıf mücadelesi. Federal Almanya'da sınıflar.
- ★ Ekonomipolitika giriş.
- ★ Emperyalizm, özellikle de Batı Alman emperyalizmi üzerine.
- ★ Devlet ve devrimin gerekliliği üzerine.
- ★ Sosyalizm bize hangi kazanımları sağlıyor?
- ★ İşçi hareketi tarihi üzerine. Komünist Partisi.

Seminer tarihleri

15-20 Ocak arasında
28 Mart'tan 3 Nisan'a kadar
(bu, paskalyadan önce bir çok eyalette tatilin olduğu haftadır).
5-10 Nisan arasında
12-17 Eylül arasında
3-9 Ekim arasında

Türkiyeli yoldaşlar için seminer

Ayrıca 1983 yılında az ya da hiç Almanca bilgisi olmayan Türkiyeli yoldaşlar için de şu tarihlerde seminer yapacağız:
14-20 Şubat arasında
6-12 Haziran arasında
5-11 Aralık arasında
Not: Yeterli Almanca bilgisi olan yoldaşlar, Almanca yapılan seminerlere katılabilir.

Kayıt dilekçesi

Ben, 1983 tarihleri arasındaki KPD'nin haftalık seminerine katılmak istiyorum. Seminerin başlangıcından en geç üç hafta önce bu kayıt dilekçesini geri alabilirim.

Adı

Soyadı

Adres

Tlf

Mesleği ya da mesleki eğitimi

Yaşı